

berstört, ihm bleibt nichts übrig, als andere Wege einzuschlagen, und es wird diese Wege gehen, geradeaus auf das Ziel:

Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes.

Ein schwerer Sonntagsdienst für die Polizei war nach den Worten des Ministers der blutige Sonntag, ein Ehrendienst für das Proletariat war es nach unserer Ansicht, ein Ruhmestag in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Straßenterrorismus!

Das unerhörte brutale Vorgehen eines Teiles der Polizei gegen friedliche Straßendemonstranten wagt selbst die reaktionäre Presse nicht mit der ihr sonst eigenen Unverfrorenheit zu verteidigen! Man fürchtet offenbar, daß das vergossene Blut zum Himmel schreit und sucht sich deshalb mit feig verlogenen Phrasen herauszureden!

So fahelt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ etwas von „Straßenterrorismus“, den — die sozialistischen Demonstranten ausgeübt haben sollen!

Ah nein, dieser Straßenterrorismus ist verübt worden von den Organen der Polizei, die, auf Anweisung des Berliner Polizeipräsidenten hin, die Straße friedlichen Passanten sperrten, Verkehrsstopfungen künstlich provozierten und an zahlreichen Stellen durch absolut unmotiviertes Einhaufen ein Blutbad anrichteten.

Haben die Arbeiter nicht das gleiche Recht wie die Moskafänger, die ungestört zwei Straßendemonstrationen veranstalten durften, denen auf Anweisung des Herrn von Borries der Zugang zur inneren Stadt nicht gesperrt wurde? Und haben nicht Fürst Bülow und Wilhelm II. selbst diesen Straßendemonstrationen dadurch besondere Anerkennung ausgesprochen, daß sie sogar Ansprachen an die Demonstrierenden hielten?!

Sollen Arbeiter nicht das gleiche Recht haben wie Leute in Seidenhüten?!

Ueberhaupt: Straßenterrorismus! Bei jeder großen Parade, bei jedem Fürstenempfang wird die Straße terrorisiert! Den Passanten wird der Weg gesperrt! Geschäftsleute, Angestellte, Arbeiter werden stundenlang durch Stilllegung der Straßenbahnen an ihrem Erwerb gehindert!

Brachten die proletarischen Demonstranten den Verkehr zum Stillstand? Nein: sie machten allen Straßenbahnen usw. bereitwillig Platz. Erst als sie die Polizei auf Anweisung überschneidiger Polizeioffiziere zusammenkeilte, entstanden Verkehrsstopfungen! Wer also übte „Straßenterrorismus“?!

Daß die Polizei — resp. ihre Vorgesetzten — das schmachvolle Blutbad anrichtete, räumt auch die bürgerliche Presse ein! So schreibt die „Germania“:

„Die Menschenmenge auf den Straßen vermied Zusammenstöße mit der Polizei, immer wieder ließ sie sich willig in Nebenstraßen ablenken; nur in einigen wenigen Fällen hatten die Massen sich in engen Straßen so festgesetzt, daß sie nicht vorwärts und rückwärts konnten, und in diesen Fällen führte dann das scharfe Anbrängen der Polizei regelmäßig zu Unfällen, die in mehreren Fällen zu blutigen Zusammenstößen führten.“

Und das Zentrumorgan beweist dann diese Darstellung durch Einzelheiten. Genau in dem gleichen Sinne schildert auch das „Berl. Tagebl.“ die Vorgänge.

Wir wiederholen also die Frage:

„Wer verübte Straßenterrorismus?“

Und wenn sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf die zwei Schüsse beruft, die an der Friedrichstraße gefallen sind — nach unserer Information ist nur ein Schuß gefallen — so steht fest, daß dieser Schuß nicht aus den Reihen der Demonstranten gefallen ist. Das „Mosse-Blatt“ schildert die Szene folgendermaßen:

An der Vertrauensbrücke war zu beiden Seiten eine doppelte und dreifache Schußmannsreihe aufgestellt. Hier mußte es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kommen, da die enge Straße ein Umkehren oder Ausweichen nicht gestattete. Anfangs schien es noch, als ob die Polizei nur eine passive Rolle spielen wolle. Die Offiziere zeigten zwar Festigkeit, hatten aber wohl nicht die Absicht, die Waffe blank zu ziehen. Das Bild änderte sich jedoch in dem Augenblicke, als Hauptmann Stephan im Laufschritt erschien. Er gab sofort Befehl zum Vorwärts und die Menschenmengen an Wasser entlang zurückzudrängen. Wenige Sekunden später rief er: „Halt! Halt! Zurück!“ Deshalb er diese Weisung gab, war nicht recht ersichtlich. Vielleicht wollte er sich den Rücken decken, da sich auf der Vertrauensbrücke auch Menschenmassen angesammelt hatten, die den Demonstranten zugejubelt hatten. Plötzlich sprang Hauptmann Stephan vor und rief: Ich fordere Sie auf, sofort auseinanderzugehen. Nach etwa einer Minute wiederholte der die Aufforderung zum zweiten Male und kurz darauf zum dritten Male. Zu gleicher Zeit gab er das Kommando: Säbel heraus! Einhaufen! Nun entwickelte sich eine wilde Szene. Wohl fünfzig Schußmannsäbel hieben erbarmungslos auf die vorderen Reihen ein. Es half nichts, daß Schwerverletzte röhrend riefen: „Wir sind unschuldig!“ Die Säbelhiebe hagelten weiter. Ein tausendstimmiger Wuschrei pflanzte sich bis in die hinteren Reihen fort und Verzweiflungen wie: „Mörder! Blutbunde! Fensterknüche!“ hallten durch die Luft. Während des Tumultes fiel auf der gegenüberliegenden Wasserseite ein Schuß, der aber anscheinend in die Luft abgegeben war.

Es ist also geradezu jämmerlichste Verlegenheit, wenn sich das offiziöse Organ — wie übrigens auch im Abgeordnetenhaus der Minister des Innern Graf Witte — auf diese alberne Deutungen beruft! Wer weiß denn, ob dieser Schuß schatz war? Es scheint fast, als ob diese von irgendeiner Kreatur abgefeuerten Blaupatrone den Rettungsanker unserer „Straßenterroristen“ bilden sollte!

Welch böses Gewissen die Polizei hat, beweist auch der Widerspruch zwischen den Auslassungen eines höheren Polizeibeamten, die die „N. Z. am Mittag“ wiedergibt und den Verlautbarungen des Herrn von Borries im „Scherl-Blatt“!

Der höhere Polizeibeamte in der „N. Z. am Mittag“ stellt den demonstrierenden Arbeitern das Zeugnis aus, daß sie „harmlos“ gewesen seien. Sie hätten sich auch gegen 4 bis 5 Uhr zerstreut. Nun ereignete sich aber das Blutbad an der Friedrichstraße bereits am Mittag! Harmlose, friedlich demonstrierende, jeden Erzech sorgfältig vermeidende Arbeiter wurden mit dem Polizeisäbel attackiert!

Wenn aber der höhere Polizeibeamte behauptet, daß die nicht minder unerhörte Polizeiatacke an

der Ecke der Friedrichstraße und Lindenstraße mit ihren späteren Scharmühen in der Nachbarschaft durch einen „Janhagel“ provoziert worden seien, der mit den Arbeitern nichts zu tun gehabt habe, so lehnen wir diese Deutung ab! Der „Janhagel“ bestand nämlich aus den regulären Straßenspatzen, die sich unter die Arbeiter gemischt hatten! Sie machten gleich den Arbeitern die Bekanntschaft mit Pferdehufen und Polizeisäbeln! Ein Student, der mit der Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat, wurde sogar in der Behrenstraße niedergehauen! Das ist der „Janhagel“, den die Polizei zu Paaren getrieben haben will!

Im Abendblatt des „Scherl-Organs“ hat sich Herr v. Borries allerdings wieder von seiner Depression erholt. Er stellt die groteske Behauptung auf, daß sich die Polizei ihrer Aufgabe „mit Eifer“ — auch Herr v. Borries zitiert also gern! — erledigt habe. Freilich habe die Polizei „klar und einfach“ den Befehl erhalten: „Die Massen sind an dem Einbringen in die innere Stadt unter allen Umständen zu verhindern!“ Daß von der Waffe Gebrauch gemacht werden müsse, diese „Entwicklung aller Energie war“ — so verkündigt Herr v. Borries dem „Scherl-Publikum“ — „bei der Anordnung unserer Maßnahmen mit in Rechnung gezogen worden.“

Man „rechne“ also damit, Bürgerblut zu vergießen! Und zu welchem Zweck?!

Nicht um Ausschreitungen zu verhüten! Nein, lediglich, um den proletarischen Demonstranten den Zutritt zum Stadtimern zu sperren, wo bürgerliche Demonstranten kaum ein Jahr zuvor ohne jede Behelligung desselben Herrn v. Borries demonstrieren durften, wurden die demonstrierenden Arbeiter ohne jeden Anlaß, nur weil sie nicht rasch genug den Platz räumen konnten, niedergesägt!

Diese Blutsaat wird im Herzen des Proletariats aufgehen!

Wehrlose, Unbewaffnete mit dem Säbel zu traktieren, sie von hinten niederzuschlagen, ist kein Heldentum! Mit ungeheurer Energie bezwangen sich die Attadierten.

Zur Demonstration waren sie gekommen, nicht zum Straßenkampf. Denn das Proletariat kennt bessere Waffen als Säbelsklingen und Browningpistolen! Diese geistigen Waffen werden die Straßenterroristen und Wahrscheinungsverweigerer zu spüren bekommen!

Schon heute sind die Gewaltthäter auffallend kleinlaut! Sie wissen:

noch mehr solcher „Siege“ und sie sind verloren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar 1908.

Fortsetzung der Debatte über antisoziale Gesetzesentwürfe.

Aus dem Reichstag. Die Stellung der Sozialdemokratie zum § 63 des Handelsgesetzentwurfs wurde durch den Redner Singer dargelegt. Er geißelte mit scharfen Worten den antisozialen Geist des Regierungsentwurfs, der erkennen läßt, daß die Herren am grünen Tisch sich nur die Unternehmerränke über die Frage zur Richtschnur genommen, aber die Proteste der Angestellten in den Wind geschlagen haben. Singer gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Bundesrat aus der einmütigen Zurückweisung der im Regierungsentwurf geplanten Beeinträchtigung der Lehre ziehen werde, daß sie auf eine solche gehässige Maßregel ein für allemal verzichten müsse. Den erkrankten Handelsgesellen muß der Arbeitslohn sechs Wochen lang unberührt verbleiben, was sie auch an Krankengeld bekommen.

Der Staatssekretär Dr. Lieberding kam gegen diese Vorhaltungen mit der Retourkarte: daß Singer nur den Argumenten der Angestellten Beachtung schenke. Er konnte aber das Schicksal der Vorlage dadurch nicht verbessern; denn auch der antisemitische Redner Schack und der Freisinnige Mugdan, die nun folgten, stimmten in die Verurteilung der Vorlage ein. Entweder wird also die Regierung die von Singer vorgeschlagene Fassung in der Kommission annehmen müssen, oder sie hat die Vorlage in den Papierkorb zu werfen.

Das Haus trat noch in die erste Beratung des Entwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen ein. Auch in diesem Erzeugnis bürokratischer Staatskunst kommt stark die Tendenz zur Förderung agrarischer Interessen zutage. Tritt es so in Kraft, wie es geplant ist, so wird eine noch rigorosere Aussperrung des fremden Viehs und Fleisches vom deutschen Markt die Folge sein. Trotzdem waren die agrarischen Redner, die heute zum Worte kamen, nicht völlig mit dem Entwurf einverstanden, da auch die Sanitätsregeln gegen Viehseuchen im Inlande scharfer durchgeführt werden sollen. In einer Abrechnung mit der agrarischen Lebensmittelverteilung wird es kommen, wenn in der Weiterführung der Debatte auch die sozialdemokratische Auffassung zur Geltung gebracht werden kann.

Der Bruderkrieg der Flottentreiber.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Flottentreibers Berlin-Brandenburg kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Die Opposition gegen Keim behielt trotz aller Anstrengungen der Keim-Freunde die Oberhand.

Am heftigsten ging der Hauptmann Röper vor, der Verteidiger des bewußten humoristischen Telegramms an den Kaiser. Er schloß die gegen Keim sogar die „unglaubliche“ Falschheit aus, daß der „Vorwärts“ in der Sage war, daß er aus dem Kölner Geheimprotokoll zu veröffentlichen!

Schließlich wurde mit großer Mehrheit folgender Antrag angenommen:

„Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die sechste Krise durch den Rücktritt des Generalmajors Keim beseitigt werde.“

Aus Sachsen wird uns zu diesem Bruderkrieg der Flottentreiber geschrieben:

Die preussisch-sächsischen Flottensanitäter haben in der letzten Zeit gewaltige Kalamitäten bekommen. Ihr Programm paßt nicht in die gegenwärtig grassierende Engländerdemokratie an gewissen Stellen. In den Reichstagswahlen ließ man die „Keime“ ungebündelt emporfliegen, um den Nationalsozialisten im deutschen Spielzeug zu entsagen, aber jetzt hat dieser „Rechtliche Kummel“ seine Dienste getan und der Witz kann gehen.

Besonders in Preußen und Sachsen haben beiden reaktionären Mächtigkeiten, hat die Keimische „Käufliche Flottentone“ die wildesten Anhänger und der freibornige „Kochsänger“ Stresemann holte sich bekanntlich bei seinem Drauf-

gehen: „Einer von da unten“ eine kräftige Ohefelge, so daß er stammelte, etwas ganz anderes gesagt oder „gemeint“ zu haben. Nachdem nun die Situation durch die Niederlegung des bayerischen Thronfolgenträgers und die angeordnete Resignierung des Bruders des Kaisers, des Prinzen Heinrich, eine für die preussisch-sächsischen Flottensanitäter verhängnisvolle Wendung genommen, fürchtet man besonders in Sachsen nichts mehr, als die Verhandlung über die klaffenden Widersprüche im Flottentreibers in voller Öffentlichkeit. Der Präsident des Flottentreibers, Fürst Salin, hat bekanntlich eine außerordentliche Hauptversammlung des Flottentreibers auf den 19. Januar einberufen, zu der alle Landesverbände Delegierte zu entsenden haben.

Die sächsischen Flottentreibers mit ihrem fatalen enfant terrible Stresemann ergreift angeht dieser Hauptversammlung, auf der es ihnen vorwiegend sehr schlecht ergehen könnte, welches Entsetzen und sie haben deshalb sängs über Maßnahmen beraten, wie sie die drohende Blamage von sich abwenden können. In der Sitzung des Landesauschusses des deutschen Flottentreibers für das Königreich Sachsen am 10. Januar wurde mit Einstimmigkeit beschlossen, einen Antrag an das Präsidium auf Verchiebung der sächsischen Hauptversammlung zu richten, um einer von Sachsen aus einzuleitenden Vermittlung die nötige Zeit zu lassen.

Ob diese Vertuschungsversuche nach der Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen“ noch Erfolg haben werden, ist mehr als fraglich.

Ganz wild ist wegen der Abfägung des Keim das Organ der Panzerplattenpatrioten, die „N. Z. am Mittag“, geworden. So schreibt sie wieder in ihrer Sonntagsummer:

„Der eigentliche Grund, aus dem die organ General Keim geht, ist doch seine Wahltätigkeit, alles andere sind faule Ausreden. Diese Wahltätigkeit ist nun nicht nur vom Fürsten Bülow im Reichstage gelobt, sondern auch der Kaiser hat sein unumwundenes Lob gegenüber dem Fürsten Salin-Horlmar, wie bekannt, ausgesprochen. Man kann sich insofern nicht vorstellen, wie man den früheren lauten und demonstrativen Weisfall jetzt bedauern und einen Mann Höheren zu Liebe fallen lassen will, dessen ganze Tätigkeit ein unerlässliches Einwirken für die Interessen des Reiches und des Hohenzollernhauses gewesen ist, und man erinnert sich dabei daran, daß das bekannte geflügelte Wort vom Daul vom Hause Habsburg und nicht von einem anderen Kaiserhause zu sagen weiß.“

Das ist sehr deutlich! —

Die Polenvorlage.

Die Enteignungsvorlage gelangt im Plenum des Abgeordnetenhauses am 10. dieses Monats zur Beratung. Die Kommission hat bekanntlich einem Kompromißvorschlag zugestimmt, der die Enteignungsbesugnis der Regierung auf bestimmte Bezirke beschränkt. Sie hat diese Anträge beschlossen, obwohl ihr die Bezirke von der Regierung gar nicht namhaft gemacht worden sind und sie sich also über die Tragweite ihrer Beschlüsse gar kein Bild machen konnte. Wenn es sich um Enteignung und Ausnahmegerichte handelt, dann gibt es eben im Hause des Wahlrechts kein Jögern.

Trotzdem scheint diesmal die Sache nicht recht glücken zu wollen. Die Expropriation ist reine Willkür und die Junker sind mit den Garantien, daß diese Willkür ausschließlich Polen treffen wird, nicht ganz zufrieden. Zudem setzt die Enteignungsbesugnis dem Steigen der Güterpreise einige Hindernisse entgegen und die Unsicherheit des Besitzes wirkt gleichfalls nicht anziehend auf die Käufer. Daß die Junker Besorgnisse vor dem Annehmen des Expropriationsprinzips haben, ist uns weniger wahrscheinlich. Sie haben ja selbst eine lange Tradition und Erfahrung in dieser Beziehung. Ist doch der Großgrundbesitz nur entstanden durch die sorgfältige Expropriation des Bauernlandes. Was sie in der Tat abbaut, der Expropriation zugestimmt, ist nur die Sorge um die Erhaltung ihrer Grundrente.

Es wird ganz interessant sein, wie dieser Kampf zwischen dem Profitinteresse und der Furcht, den blamablen Vankrott der preussischen Polenpolitik einzugehen, schließlich enden wird.

Große Worte — keine Taten.

Zur preussischen Wahlrechtsfrage führte auf der Landesversammlung der württembergischen Volkspartei am letzten Montag der Führer der demokratischen Kammerpräsident und Reichstagsabgeordneter v. Payer wörtlich aus:

„Eine viel schwerer wiegende Frage ist die: werden nicht die Verhältnisse härter sein als der gute Wille der Volkspartei? In dieser Richtung scheint mir der allerkritischste Tag in dieser Woche im preussischen Abgeordnetenhaus zu kommen, wenn dort die Regierung zur preussischen Wahlrechtsreform Stellung nimmt. Man vermag es uns in Preußen, daß wir uns um diese angeblich rein preussische Angelegenheit kümmern, sehr mit Unrecht. Diese Frage ist eminent deutsch und sie wird vor allem den Preußen dafür abgeben, inwieweit es der Reichsregierung ernst ist mit ihren liberalen Umwandlungen. Die Geschäfte anderer besorgen wir nicht und unser Interesse an dem Bloß wird genau in dem Maße erlahmen oder erstarren, in dem wir uns überzeugen, daß im Reich und in Preußen ein wirklicher Fortschritt seinen Eingang halten soll.“

Die „Frankfurter Zeitung“ erläuterte die Drohung Payers folgendermaßen:

„Was den Bayerischen Ausführungen über ihren unmittelbaren Wert hinaus Bedeutung verleiht, das ist der Umstand, daß er wohlüberlegt und jeder einzelnen Reueung abgemessen, zum Ausdruck gebracht hat, was als politischer Gesamtwille der Fraktionsgemeinschaft der drei Parteien angesehen werden kann. Und darum dürfen die gestrigen Darlegungen Payers als Kundgebung nicht nur der württembergischen Demokratie, sondern der gesamten bürgerlichen Linken betrachtet werden.“

Der Reichstags- und preussische Ministerpräsident Fürst Bülow hat seitdem mit seiner Erklärung zum Wahlrechtsantrag der Freisinnigen dem Herrn Payer und der „gekauften bürgerlichen Linken“ Gelegenheit gegeben, ihren großen Worten die Tat folgen zu lassen. Doch wir haben noch nicht gehört, daß die Freisinnigen ihr Wahlverhältnis gefährdet haben.

Blutbade, vor die Front!

Beginnende Erkenntnis.

Je länger, desto mehr steigt die Erbitterung der Arbeiter über den Hohn, den die preussische Regierung als einzige Antwort den Forderungen nach dem politischen Recht entgegen bringt. Und fast scheint es, daß auch unsere Gegner einzusehen beginnen, wie groß die politische Einseitigkeit der Regierungserklärung gewesen ist. So schreibt die „National-Zeitung“, die allerdings nur die Ansichten einer Minorität unter den Nationalliberalen vertritt:

„Am schlechtesten weg kommt bei dem ganzen Ringen umeres Erachtens die Krone Preußens. Entschieden der Wahlkampf gegen die Feinde der Wahlreform, so wird es offenbar, daß die Krone nicht gut beraten war, als sie die Führung aus der Hand gab. Entschieden der Wahlkampf für die Gegner der Reform, so ist die Abhängigkeit der Krone von den preussischen Agrarkonservativen klarer und dauerhafter dokumentiert denn je.“

Dazu bemerkt das „Berl. Tagebl.“:

„Auch wir sind der Meinung, daß die preussische Regierung durch ihre Kurzsichtigkeit und durch die Schwächlichkeit, mit der sie sich vor den Blicken der „entscheidenden Stelle“ einfach gebeugt haben mag, der Kronen Preußens einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat.“

Zindirekte Steuern und Lebensmittelsteuer.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das „M. Gladbacher Arbeitervereinsblatt“, bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel über die Reichsfinanzen. Bezüglich der indirekten Steuern heißt es: „Diese bilden fast die ausschließliche Einnahmequelle des Reiches. Der Löwenanteil der indirekten Steuern aber wird getragen von der breiten Masse der minderemittelten Bevölkerung. Das Blatt stellt sodann eine Berechnung an, wieviel von den Pfennigen und indirekten Abgaben auf die Besizenden und wieviel auf die Unbemittelten fällt und kommt dabei zu dem Ergebnis: „Wahrscheinlich gibt es nur wenige Reichseinnahmen, die vornehmlich von den besizenden Klassen getragen werden.“

Natürlich hütet sich das Blatt, den wahren Schuldigen zu nennen und das Zentrum anzuklagen, daß es Bismarck seine vollständerische Zoll- und Steuerpolitik ermöglicht, daß es mit dem letzten Zolltarif den Massen zu den alten Lasten riesenhafte neue aufgeladen, daß es durch seine Bewilligungslust für Meer und Flotte die eigentliche Verantwortung für die Finanznot des Reiches und für die Schaffung neuer Steuern trägt.

Genau so unehrlich verfährt auch das Organ der christlichen Metallarbeiter. Es beruft sich auf die Auslassung eines Unternehmensvertrages, daß die gute Geschäftszeit reiche Früchte getragen habe und daß die Unternehmer der weniger guten Zeit mit Ruhe entgegensehen könnten. Das entspreche, meint das christliche Gewerkschaftsblatt, den Tatsachen; leider könnten die Arbeiter ähnliches von sich nicht sagen:

„Ihr kleiner Mehrerdiens während der Hochkonjunktur ist durch die anhaltende Teuerung aller Lebensmittel und der Mieten aufgewogen worden. Nimmermehr macht sich der Umschlag für sie um so schlimmer bemerkbar.“

Auch hier fehlt der Hinweis, daß die Hauptursache der Lebensmittelteuerung in der Zoll- und Steuerpolitik zu suchen ist, die ihren eifrigsten Förderer in der Zentrumspartei hat. Wenn die christlichen Führer ehrlich sein wollten, müßten sie samt ihrem Gefolge in schärfster Opposition zum Zentrum, dieser Partei des Volkbetruges, stehen. Aber das Zentrum weiß, weshalb es die Herren Gieberts, Schiffer usw. in den Schoß der Fraktion aufgenommen und ihnen die Verantwortung für die vollen- und arbeiterfeindliche Politik der Partei aufgeladen hat. —

Der Landtag in Sachsen-Weimar

wird am 3. Februar zur Fortsetzung seiner Arbeiten wieder zusammengetreten. Zum soundiobitiven Male wird er sich auch in dieser Tagung wieder mit einem Entschluß auf Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts zu den Landtagswahlen zu beschäftigen haben. Außerdem soll er einem Gesetze zur größeren Heiligung der Sonn- und Feiertage seine Zustimmung geben. Die Verteuerung der Lebenshaltung wird regierungsgünstig befähigt durch die Vorlage betreffend die Erhöhung der Weantengehälter.

Prozeß Puttkamer.

Der Prozeß gegen den früheren Gouverneur von Kamerun Jedo von Puttkamer begann heute vor dem kaiserlichen Disziplinarkhof in zweiter und letzter Instanz. Puttkamer war am 23. April 1907 von der kaiserlichen Disziplinarkammer zu 1000 M. Geldstrafe und zu einem Verweise verurteilt. Gegen das Urteil hat sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Revision eingelegt. Der Angeklagte ist erschienen. Auch Frau v. Gernar ist als Zeugin erschienen. Frau v. Gernar ist im Jahre 1873 zu Quedlinburg als Tochter des Wärtner Ede geboren und in Dresden wegen falscher Meldung, Urkundenfälschung und Betruges mit Gefängnis und Haft bestraft worden. Frau v. Gernar gibt als Zeugin an: Sie habe 1895 Herrn v. Puttkamer in Berlin kennen gelernt und sie habe sich Ehardt genannt. Sie erinnere sich nicht, zu Puttkamer gesagt zu haben, sie sei die Tochter eines Oberförsters und habe das Recht sich Freiin v. Ehardt zu nennen. Der erste Wah sei ihr in Berlin abhandeln gekommen. Der in der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ veröffentlichte Brief sei eine falsche Fälschung gewesen. Auf Verfragen des Staatsanwalts, weshalb sie nichts unternommen habe, um diesen Brief als Fälschung zu erklären, bemerkt die Zeugin, sie habe dem Herausgeber der Korrespondenz Vorstellungen gemacht; dieser habe weiter nichts unternommen. — Vorsitzender: Sie haben auch nichts weiter unternommen? — Zeugin: Nein. — Vorsitzender: Der Brief ist sogar im Reichstag zur Sprache gekommen und dort für wahr gehalten worden. Auf weiteres Verfragen sagt die Zeugin, sie gebe jetzt zu, in Dresden auch wegen Urkundenfälschung und Betruges verurteilt und von der Berliner Polizei zwecks gewisser kriminalistischer Feststellungen photographiert worden zu sein. —

Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird unter Verwerfung der Berufung der Anklagebehörde lediglich zu einem Verweise verurteilt.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus: Zu Punkt 1 der Anschuldigung, betreffend die Ausstellung des ersten Passes hat die Disziplinarkammer in Potsdam dem Angeklagten wohl den guten Glauben zugemessen, es aber als unverzeihlichen Leichtsinns hingestellt, daß der Angeklagte einen Pass auf die Freiin v. Ehardt ausstellte, ohne sich genau über die Person zu vergewissern. Der Disziplinarkhof hat sich diesem Urteil der Disziplinarkammer in vollem Umfange angeschlossen. Der Angeklagte hätte sich über die Person der Ede genau erkundigen müssen. Dazu verpflichtete ihn schon die Art der Bekanntschaft in einem Berliner Nachtcafé, ihre Eigenschaft als Prostituierte und ihre märchenhaften Angaben über ihre Zukunft. Hinsichtlich des zweiten Passes ist der Disziplinarkhof nicht zu einer Verurteilung gekommen. Die Unglaubwürdigkeit der Ede hat sich auch heute hier herausgestellt, und den Angaben der Polizeibeamten war nicht zu entnehmen, ob ihnen ein wirklicher Pass vorlag, oder, wie der Angeklagte behauptet, lediglich eine Abzugsbescheinigung. Auch bezüglich des dritten Punktes hatte der Disziplinarkhof keine Veranlassung, von der Verurteilung der Disziplinarkammer abzuweichen. Der Disziplinarkhof hat sich deshalb begnügt, dem Angeklagten die Strafe eines Verweises zu erteilen.

Bernard Shaw und die deutsche Majestätsbeleidigung.

Ein deutscher Genosse sandte unlängst in dem berechtigten Gefühl, daß das Urteil über Maximal nicht nur dem Politiker, sondern auch dem Satiriker zu denken geben müßte, den Abdruck des Artikels, die „Schandfäule von Romel“, an Bernard Shaw und fragte, was Maximal wohl von englischen Richtern zu erwarten gehabt hätte. Shaw antwortete folgendermaßen:

„Das Urteil wider Maximal ist vollkommen logisch und korrekt. Das Gesetz gegen Majestätsbeleidigung ist gegandelt auf den wohlbestimmten Glaubenssatz, daß der König eine geheiligte Person ist. Daraus folgt unabweislich die Anwendung des Dogmas von der unbesleckten Empfängnis auf die ganze regierende Familie. Wenn der Kaiser geheiligt ist, so folgt daraus, daß alle seine Ahnen bis zu Adam gleichfalls geheiligt sind, genau so, wie die unbesleckte Empfängnis durch die ebenedeute Jungfrau zu dem Schlusse führt (der von einem ökonomischen Konzil hochwürdiger Kirchenmänner gezogen

und verkündet wurde), daß die Jungfrau selbst unbesleckt empfangen war, daß auch ihre Mutter unbesleckt empfangen war und so zurück bis zur unbesleckten Empfängnis der Eva. Wenn Maximal also, wie er es tat, über die Königin Luise schrieb, so hatte er sich nicht bloß der Majestätsbeleidigung, sondern sogar der Gotteslästerung schuldig gemacht. Daß er dem Schicksal entronnen ist, bei lebendigem Leibe am Stahl verbrannt zu werden, muß er als eine weiserzige Erfüllung der Versprechungen der Milde betrachten, die dem Reichstage gemacht worden sind.“

Es ist überflüssig zu fragen, wie man sich in England zu einer solchen Sache stellen würde. Denn das englische Volk hat sich schon im 17. Jahrhundert unwiderleglich dahin entschieden, daß der König ein Mensch ist. Der Eindruck, den der Kaiser auf uns bei seinem neulichen Besuch bei uns gemacht hat, war ja sehr angenehm — aber an unserer Meinung in diesem Punkte hat auch er gar nichts geändert.“

Asphaltliberale Versammlung.

Am Freitag fand in den neuen „Arminhallen“ eine vom sozial-liberalen Verein einberufene überfüllte Versammlung statt, die auch von unseren Genossen zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Dr. Breitfeld, nannte die Erklärung Bülow's eine Provokation. Die Referenten Bögg, Hoff und Gothein übten am Dreiklassenwahlrecht scharfe Kritik. Hoff meinte, das Abgeordnetenhaus sei keine Volksvertretung. Das Dreiklassenwahlrecht bedeute nur, daß ein Teil der Königsgehalt auf eine kleine Schicht Privilegierter übertragen wurde. Es kann zu einer Katastrophe führen, wenn das Recht der 8 Millionen nicht anerkannt werde. Gothein erklärte, dieses elendeste und blödsinnigste Wahlsystem diene nur dem einen Zweck, den der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Kröcher, einmal mit den Worten umschrieben habe: „Die Arbeiter dürfen nicht Subjekte, sondern nur Objekte der Beschneidung sein.“ Mit allen gesetzlichen Mitteln müßte um das Wahlrecht gekämpft werden. Wenn die Arbeiter zum politischen Streik getrieben würden, müßte das demokratische Bürgertum und die demokratische Presse sie unterstützen.

Als erster Diskussionsredner sprach der Genosse Hirsch. Die Erklärung Bülow's sei ein Skandal, aber kein geringerer Skandal sei das Verhalten der Minderheit. Traeger sprach zwar scharf; aber Fischel und Padme haben ihn verleugnet. Die hätten mit einem Vertrauensvotum für Bülow geantwortet. Mit Recht habe der Oberscharfsmacher Jeddy dem Freisinn die Anerkennung ausgesprochen. Mit wirklichen Liberalen wäre ein Zusammengehen denkbar, aber keine Gemeinschaft mit den Fischelbuden. Die Parole aller Wahlrechtsfreunde müsse von jetzt ab lauten: „Weg mit Bülow!“ (Stürmischer Beifall.)

Dr. Barth, der darauf das Wort nahm, brandmarkt den Bloß als logische und moralische Verirrung. Für die Liberalen habe Bülow nicht einmal mehr eine Höflichkeitwendung übrig. Wahrheitslieblich denke er, die Freisinnigen freisen ja doch aus der Hand. Das Verhalten des Bloßfreisinn gebe wirklich schon über den Spieß. Im Ritus Busch habe Fischel gerufen: „Die Zwangsburg nieder!“ Wir haben uns das Niedergewingen anders vorgestellt. Bleibe der Freisinn weiter im Bloß, so spiele er die Rolle des dummen August. Für einen wirklichen Liberalen gäbe es nur eine Antwort: Krieg bis aufs Messer gegen den Minister, der uns diese Schmach getan.

Genosse Müller, der darauf zu Worte kam, erklärte, daß um die Junkernacht zu brechen, die Klassen zum Nachhunger erzogen werden müßten. Im Kampf ums Wahlrecht sei jeder Kämpfer willkommen. Dabei komme es nicht auf Vereinbarungen an, sondern auf die Tatsache des gemeinsamen Kampfes. Aber wir können und dürfen nicht mit einer Partei partizipieren, solange ein Fischel in ihr etwas zu sagen hat, der nur einen Kampf kennt, den Kampf gegen die besten und ehrlichsten Wahlrechtskämpfer, gegen die Sozialdemokratie. Wir werden weder bei Reichstags- noch bei Landtagswahlen jene unterstützen, die auch jetzt noch den Keim der Bloßfreiheit machen. Was Barth über den Bloß gesagt habe, ist richtig, aber der Liberalismus ist noch weit von Barth entfernt. Von dem „Heraus aus dem Bloß“ ist noch nichts zu hören. Die Sozialdemokratie werde ihre Pflicht tun, und dem Massensturm wird das Dreiklassenwahlrecht auf die Dauer nicht standhalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung beschloß auf Antrag Barths eine scharfe Resolution gegen Bülow und die Bloßpolitik.

Studentenschaft und Wahlrecht. In der Abteilung für Staats- und Rechtswissenschaft der Berliner freien Studentenschaft spricht am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, H. v. Verlach über: „Die Geschichte des preussischen Wahlrechts bis 1907/08.“ Alle Akademiker und Studierenden, alle Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Stadtverordnete sind willkommen. Eintrittskarten vor dem Versammlungssaale der Germania-Prachtstraße, Chausseest. 110.

Frankreich.

Ein freigeiprochener Antimilitarist.

Paris, den 10. Januar. (Fig. Ver.) Die Geschworenen der Provinz haben schon verschiedene Male gezeigt, daß sie verständig und anständiger sind als die durch die Bestärke der Verleumdungspresse verdummten Pariser Epheubürger. Die Reihe der Damagen, die sich die Regierung bei der allgemeinen Verfolgung der Antimilitaristen zugezogen hat, ist gestern um eine neue und gründlichere vermehrt worden: Vor dem Schwurgericht von Chalons-sur-Marne stand Genosse Raquillet, Bürgermeister von Mercurey, ein burgundischer Bürger, unter der Anklage, in einem Zeitungsartikel zu militärischem Ungehorsam, zu Mord und allem möglichen sonst „aufgereizt“ zu haben. Diese Gerichtsaffäre hat bezeichnenderweise in einem demagogischen und lächerlichen Artikel des „Matin“ ihren Ursprung. In der Verhandlung legte Raquillet seine antimilitaristischen Anschauungen, die er in der Zeitung etwas lässlich dard stillfiziert hatte, mit Offenheit dar. Er bekannte sich als Sozialist und als Gegner des Krieges und des kapitalistischen Herrschaftsystems und erklärte, daß er den Herdöcken Ideen nicht anhängt.

Eine lange Reihe von Zeugen gehen zu seinen Gunsten auf. Es wurde nachgewiesen, daß dieser intelligente Landmann, der in den Pausen einer angestrengten Berufsarbeit selbst die ersten Grundlagen einer ansehnlichen Bildung hat legen müssen, einst ein ebenso tüchtiger, gewissenhafter und kameradschaftlich empfindender Soldat war, wie er jetzt ein tüchtiger, gewissenhafter und opferwilliger Bürgermeister ist oder eigentlich war; denn die Regierung hat ihn vor einigen Tagen, offenbar um auf die Geschworenen Eindruck zu machen, für einen Monat suspendiert, und sie hat ihn heute abgesetzt. Die Geschworenen sprachen Raquillet trotz der heftigen Anklage des Staatsanwalts frei.

Dieses Urteil wird heute in der bürgerlichen Presse eifrig kommentiert. Das „Journal des Débats“ findet das Urteil äusserstregend und meint, daß es die Destruktionsarbeit des Antimilitarismus ermüde! Alle diese Kritiker moßten sich mehr oder minder zeitweise darüber, daß sich Raquillet zum Unternehmer hinaufgearbeitet hat und in seiner Wirtschaft Arbeiter beschäftigt... Am besten aber macht's der „Temps“. Er fährt nämlich gegen die Streber los, die das revolutionäre Programm annehmen, um es zu verleugnen, wenn sie emporgelommen sind. Was sagt der neugeborene Justizminister zu diesem Ausfall seines letzten publizistischen Gönners? —

England.

Englisch-irische und preussisch-polnische Politik.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: In meinem Jahresberichte über „Das Britische Reich“ erwähnte ich kurz die Schinn-Pölnisten: die extremen Nationalisten Irlands, denen Homerule und Agrarreformen nicht genügen, sondern die

Schinn-Pölnisten, gälische Mundart und „anderen nationalistischen Forderungen“ verlangen. Diese Bemerkung setzte die Kenntnis eines über „Die irische Lage“ vor einiger Zeit im „Vorwärts“ erschienenen Artikels voraus, in dem die Schinn-Pöln-Bewegung näher besprochen und deren reaktionärer Charakter beleuchtet war.

Wie ich nun aus der „Täglichen Rundschau“ vom 8. d. Mts. und einigen anderen konservativen deutschen Blättern ersehe, wurde das abfällige Urteil über die Schinn-Pölnisten als der polenfreundlichen Haltung der deutschen Sozialdemokratie widersprechend hingestellt.

Auf den an den Haaren herbeigezogenen Vergleich ist nun aber folgendes zu erwidern:

Erfreut ist die Gesamtpartei nicht für die Ansichten eines „Vorwärts“-Korrespondenten verantwortlich. Als langjähriger Mitarbeiter des „Vorwärts“ habe ich die Erfahrung gemacht, daß wir ein viel größeres Maß von Gedankensfreiheit genießen, als irgend ein bürgerliches Parteiblatt Deutschlands seinen Mitarbeitern gewähren würde.

Zweitens beruht jener Vergleich auf einem Mißverständnis. Mein Urteil richtete sich nicht gegen die Iren im allgemeinen, also nicht gegen die im britischen Parlament vertretenen Homerule-Bewegung, sondern gegen einen kleinen Bruchteil der irischen Jugend, die in ihrer Unreife das ganze Antulleben Englands und die ganze politische Reformarbeit des irischen Volkes verweist.

Drittens — und das ist das wichtigste — lassen sich die Iren und die preussisch-polnischen Verhältnisse gar nicht vergleichen. Irland ist seit 700 Jahren unter englischer Herrschaft. Seine Sprache und seine Literatur sind englisch. Die Iren im Vereinigten Königreich, in Amerika, in Australien sprechen und schreiben englisch. Die irischen Schriftsteller und Dichter bedienen sich des Englischen als ihres Ausdrucksmittels. Die gälische Mundart ist eine tote Sprache, die nur von wenigen Irländern gesprochen wird. Polen dagegen war bis zu Ende des 18. Jahrhunderts ein selbständiges Gemeinwesen. Es hat eine große Literatur geschaffen und auch ein wichtiges Stück Geschichte gemacht. Die Polen sprechen überall polnisch.

Weiter: die englische Regierung hat in den letzten Jahren das Gälische als Redensprache der irischen Schulen anerkannt, also eine tote Mundart wieder zum Leben gerufen, während die preussische Regierung seit 30 Jahren einen immer lebhafteren Kampf gegen das Polnische führt, also eine lebende Sprache unterdrücken will.

Schließlich: die englische Regierung hat im Jahre 1903 einen Kredit von 112 Millionen Pfund Sterling eröffnet, um die englischen Grundbesitzer in Irland auszukufen und die irischen Bauern zu Grundeigentümern zu machen, während die preussische Regierung gerade das Gegenteil tut: sie eröffnete einen Kredit von einer halben Milliarde Mark, um die Polen auszukufen und deutsche Bauern auf polnische Scholle anzusiedeln. —

Ja glaube, diese trostlosen Tatsachen genügen, den Widerspruch in der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu lösen und den charakteristischen tendenziösen, keuchenden Angriff der „Täglichen Rundschau“ ins richtige Licht zu rücken. Analogien zu entdecken ist leicht, aber sie sind stets irreführend, wenn die Unterchiedsverhältnisse aus Tendenz oder aus Unwissenheit unberücksichtigt bleiben.

Dänemark.

Die Tribünen.

Kopenhagen, 13. Januar. In der heutigen Sitzung des Folketings, in der sich eine Debatte über die Verwaltung der Ruderplätze entspann, wurden die Ausführungen des Sozialdemokraten Sabroe, der auf die Rede des Justizministers Alberti einging, von den Zuhörerplätzen mit starkem, anhaltendem Beifall begrüßt. Der Vorsitzende hob infolgedessen die Sitzung für zehn Minuten auf und ließ die Zuhörerplätze räumen.

Kommunalwahlen.

Die dänische Sozialdemokratie hat im neuen Jahre schon in fünf Provinzstädten Gelegenheit gehabt, bei den Kommunalwahlen ihre immer mehr anwachsende Stärke zu zeigen. Ueber die Wahl in Esbjerg, wo trotz aller Wählungen und -Häufungen der verbündeten Antisozialisten die reine sozialdemokratische Liste mit ihren zehn Kandidaten siegte, haben wir schon berichtet. In den jütländischen Kleinstädten Årre Sundby und Løgstør, sowie in der seeländischen Kleinstadt Frederiksberg und in Frederiksberg, der großen Nachbargemeinde Kopenhagens, hatten die Sozialdemokraten mit den Radikalen gemeinsame Kandidatenlisten aufgestellt, und diese Listen siegten. Die drei Kleinstädte sind neu erobert.

In den Wahlen beteiligten sich bis zu 90 Proz. der Wahlberechtigten. In Frederiksberg, wo im Jahre 1896 zum ersten Male drei Sozialdemokraten neben vier Liberalen in den Gemeinderat gewählt wurden, siegte diesmal die sozialdemokratisch-radikale Liste, die von beiden Parteien je vier Kandidaten enthielt, mit 5554 gegen 4827 konservativ-stimmigen. Unsere Genossen samt den Radikalen haben seit der vorigen Gemeindevwahl (1904) über 2000 Stimmen gewonnen. Der Sieg war in dieser 90 000 Einwohner zählenden Stadt keineswegs von vornherein sicher. Die innere Stadt ist in den letzten Jahren immer mehr mit Villen und vornehmen Häusern bebaut worden. Außerdem wurde von den Antisozialisten eine unverschämte gewissenlose Agitation entfaltet. Sie hatten unter anderem die Wähler dadurch zu betrogen versucht, daß sie ihre eigene Liste mit dem Titel „Liste der Opposition“ drucken ließen, sich dann eine Anzahl „Socialdemokraten“ verschafften, ihre Listen dahineinstickten und das Ganze so den Wählern ins Haus bringen ließen. —

Rußland.

Senfer Raubhans.

Odesa, 12. Januar. Da die Sappente sich weigern, die wegen Meuterei zum Tode verurteilten Kameraden zu erschießen, hat General Raubhans angeordnet, das Todesurteil durch den Strang zu vollziehen.

Marokko.

Der Eindruck des Fezr Umsturzes.

Wie aus Tanger berichtet wird, hat die Proklamierung Mulah Hafids großen Eindruck sowohl auf die diplomatischen Kreise als auch auf die Eingeborenen von Fez gemacht.

In Paris äußerte der konservative Deputierte Dents Cochin, der an den Kammerdebatten über die Marokkoangelegenheit hervorragenden Anteil genommen hat, daß ihn die Nachricht von der Revolution in Fez mit lebhafter Beunruhigung erfüllte. Er glaube, daß die Abziehung von Abdul Ifs gleichbedeutend sei mit der Verkündigung des heiligen Krieges. Das Ereignis sei für alle überraschend gekommen. Seiner Ansicht nach müsse Frankreich mit aller Energie handeln. Abdul Ifs auch jetzt noch halten und mutig vorwärts gehen. Jedenfalls müsse die Angelegenheit in der Kammer sofort bei Wiedereröffnung der Session zur Sprache gebracht und die Regierung gezwungen werden, bekannt zu geben, welche Haltung sie unter den obwaltenden Umständen beobachten wird.

Persien.

Teheran, 12. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bur.“) Das Parlament hielt heute eine nicht öffentliche Sitzung ab zur Besprechung der Beziehungen zwischen Regierung und Parlament und der Lage an der türkisch-persischen Grenze. Die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Parlament sind wieder unbefriedigend. Auch die politischen Klubs begannen sich wieder zu rühren und verlangen die Erfüllung der vom Schah am 22. Dezember v. J. gegebenen Versprechungen. Sie werfen dem Gouverneur und der Polizei der Hauptstadt ihre Untätigkeit in bezug auf die Verfolgung verschiedener Nordiaten vor und wünschen die Einrichtung einer Munitzpalgarde und eines ständigen Nachdienstes.

Die „Rechten“ in der dritten Duma.

Über hundert „Echt-Russen“ sind siegesheulend in die dritte Duma eingezogen, und man kann sagen, daß noch kein Parlament der Welt eine so grenzenlos-reaktionäre, barbarische Bande in seinen Wänden gesehen hat. Ihr reaktionäres Wesen braucht nicht erst an den Vorgängen in der dritten Duma bewiesen zu werden; denn ihre politische Physiognomie war längst klar, noch ehe sie die Hallen des Zarenpalastes überstiegen hatten. Nicht nur in Aufstand, sondern auch weit über die rot-weiß-blauen Grenzspähle hinaus kennt man ja die „Rechten“ der gegenwärtigen Duma als die Verkörperung blinden Hasses gegen alles, was irgend nach Fortschritt aussieht, kennt man sie als Leute, die, um diesen Haß in die Tat umzusetzen, vor keinem noch so abscheulichen Verbrechen zurückzusehen. In dieser Beziehung also haben sie in der Duma nichts Neues aufzuzeigen vermocht.

Es ist einfach natürlich, daß die „Echt-Russen“ der verschiedenen Schattierungen, die Herren Purischkewitsch, Krupensky usw., in der Adreßdebatte auf der Anrede ihres hohen Gönners, des Zaren, mit dem Titel „Selbstherrscher“ beisehen, und daß sie sich weigern, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem vom „Ausbau“ der erneuten Staatsordnung durch die Duma die Rede ist. Sie wollen eben keine Erneuerung Russlands, am liebsten möchten sie zurück ins ferne russische Mittelalter, in die finstere Zeit zwangs des Schrecklichen. Ebenso konsequent handelten sie mit ihrer Zustimmung zur Stolypinschen Deklaration, die in dem feierlichen Gelübde der Regierung gipfelt, die Hydra der Revolution mit allen Mitteln zu bekämpfen. Warum sollten die „Echt-Russen“ sich mit einer solchen Politik nicht einverstanden erklären? Und wenn sie mit ihr solidarisch sind, so können sie selbstverständlich auch die dafür notwendigen Geldmittel nicht verweigern, um so mehr, als diese ja nicht ihren eigenen Taschen entnommen, sondern dem Volke abgepreßt werden. Warum schließlich sollten die „Echt-Russen“ gegen die Regierungsprojekte über die Herausgabe von 15 Millionen für die hungernden Bauern und 5 Millionen für den Ausbau des Volksschulwesens stimmen? Sie wissen ja ganz genau, daß die Regierung den Bauern das Essen und das Lernen nur so weit gestatten wird, als es den Regierungsinteressen, die auch die Interessen der „Echt-Russen“ selbst sind, nicht schadet.

Nach einer anderen Richtung hin hat aber die erste Dumasession das Charakterbild der „Echt-Russen“ vervollständigt. Die reaktionären Parteien Europas haben es sämtlich verstanden, sich ein gewisses Minimum von Kultur anzueignen; bei den „Echt-Russen“ hingegen würde man selbst mit dem schärfsten Mikroskop vergeblich danach suchen. Größte Unwissenheit über die primitivsten Tatsachen der Staats- und Volkswirtschaft, der Geschichte und Politik paart sich bei ihnen mit einer vollkommenen Apathie. In der einfachsten Regeln nicht nur des parlamentarischen, sondern auch des elementarsten menschlichen Anstandes. Sind doch während des Zwischenfalls Moditschew von den rechten Banken derart, in der Presse nicht widerzuegebende Schimpfworte gefallen, daß die Stenographinnen den Saal verließen! Alles, was von der Opposition kommt, wird niedergestimmt, mag es sich gehmal richtig sein. Wenn auf der Rednertribüne ein Pole oder ein Jude oder gar ein Trudowik und zumal ein Sozialdemokrat erscheint, so erhebt die ganze Rechte wie ein Mann einen wüsten Lärm, und es ist schon oftmals vorgekommen, daß sie durch ihr Toben es diesem und jenem unmöglich gemacht hat, seine Rede zu Ende zu bringen. Selbst die zahmen Kadetten haben, wenn auch nicht in so argem Maße, darunter zu leiden.

Dabei verschmähen es die „Echt-Russen“ nicht, dieselben verhassten Oppositionellen als Arbeitsvieh in den Kommissionen zu benutzen, d. h. wenn sie sich dazu hergeben, wie es die Kadetten tun. Den Herrschaften selbst fehlt es eben dermaßen an Kenntnissen, daß sogar die Okzidenten im Vergleich mit ihnen die hehrsten Leutchen der Gelehrsamkeit sind. In keinem anderen Parlament würde eine Partei, wie die der „Echt-Russen“, ernst genommen werden, denn sie verfügt weder über große, hinter ihr stehende Volksmassen, noch über die moralische Bedeutung, die eine Minderheit unter Umständen haben kann. Die „Echten“ sind fast nur durch die Unterstützung der Regierung, die ihnen ja in die Duma verschoben hat, sie sind mächtig nur durch die im Lande herrschende Reaktion. Der dritten Duma gebührt das „Verdienst“, die moralische und geistige Verkommenheit dieser Rechte auf ein hohes und daher weit im Lande sichtbares Piedestal gestellt zu haben.

Gewerkchaftliches.

Die Gründung gelber Gewerkschaften innerhalb der Bergarbeiterkreise im Ruhrrevier hat man schon einige Male versucht. Wenn auch innerhalb der Bergarbeiterkreise vier verschiedene Organisationen bestehen (der alte Verband, der christliche, der nationalpolnische und die Hirsch-Dunderschen Witläufer) und schon hieraus logischerweise eine prinzipielle Bekämpfung resultiert, so hat doch der „gelbe“ Organisationsversuch bis jetzt unter den Ruhrbergleuten noch immer Schiffbruch erlitten. Neuerdings scheint man nun auf verdoppeltem Eifer an die Gründung dieser sogenannten „nationalen“ Organisation heranzugehen und zwar ist es die „Gutehoffnungshütte“ bei Sterkrade, auf welche die bergkapitalistischen Drahtzieher ihre „gute Hoffnung“ gesetzt zu haben scheinen. Zwar hat eine kürzlich einberufene öffentliche Bergarbeiterversammlung durchaus versagt, indem nur eine ganz verschwindend kleine Zahl von Bergleuten es überhaupt der Mühe wert gehalten hatte, zu erscheinen, so daß die Macher ihre bereits fix und fertigen Statuten wieder einpacken mußten; indes das scheint die Hintermänner der Gelben noch nicht entmutigt zu haben, denn jetzt versucht man mit Hilfe der Steiger die Angel auszuwerfen. So sollen einige Steiger sich dazu bereit gefunden haben, Listen zu formulieren zu lassen in den einzelnen Abteilungen. Auch soll das „Komitee“ des erst noch zu gründenden Vereins bereits bei der Direktion der „Gutehoffnungshütte“ um eine einmalige Zuwendung von 10 000 M. eingekommen sein! — Ob das denn nun endlich zieht? Öffentlich nicht. Doch: Bergarbeiter, seid gewarnt!

Berlin und Umgegend.

Wahrung, Metallarbeiter!

Über den Streik unserer Kollegen in der Berliner Motorfahrzeugfabrik verbreitet die Direktion Gerüchte, die den Tatsachen nicht entsprechen. Es ist deshalb notwendig, daß wir eine klare Darstellung geben.

Die Direktion hat unseren Kollegen eine neue Berechnung des Verdienstes an. Die Kollegen nahmen zu dem neuen System Stellung und entließen sich, der gegenwärtigen Zeit Rechnung tragend, es trotz ernstlicher Bedenken mit dem neuen System zu versuchen. Das wurde der Firma mitgeteilt und nun glauben unsere Kollegen, daß damit die Differenz behoben sei.

Doch weit gefehlt. Nunmehr verlangte nämlich die Direktion, daß die Kollegen sich verpflichten, daß ein Vierteljahr lang nichts gegen die Firma unternommen werden dürfe, gleichviel wie das neue System wirkt. Darauf konnten sich natürlich unsere Kollegen nicht einlassen, denn wenn auch zurzeit nicht die Absicht bestand, irgend etwas gegen die Firma zu unternehmen, so konnten wir uns doch auch nicht für ein Vierteljahr binden. Zumal wir nicht absehen konnten, wie das neue System wirkt.

Die Erzählung der Direktoren, unsere Kollegen hätten Forderungen gestellt, trifft absolut nicht zu. Wir ersuchen unsere Kollegen allerorts, den Betrieb zu melden, dann werden wir auch Erfolg haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Wahrung, Steinbrücker! In der Firma E. A. Schwerdfeger erhielten die Steinbrücker der Andrudderei-Abteilung am Sonntagabend die Kündigung, weil sie mit der Einführung des Akkords nicht einverstanden waren. Vor Engagement wird gewarnt.

Deutsches Reich.

Sie lassen es sich was kosten,

die Industriellen Rheinland-Westfalens, um billige und willige Ausbeuteobjekte aus dem Ausland herbeizufischen. Da sie unter den Einwirkungen der Krise die „ungekultivierte Verworfenheit“ der unskutivierten Auslandsarbeiter fürchten, erfolgen ja zwar bei dem ständigen Geschäftsgange zunächst einige bemerkenswerte Entlassungen kroatischer und italienischer Arbeiter. Doch nicht etwa deutsche Arbeiter treten an Stelle der Entlassenen; nein, im Bedarfsfalle holt man Arbeiter aus Holland, die eine billigere Lebenshaltung gewöhnt, mit niedrigeren Löhnen zufrieden sind. In Amsterdam begannen am Mittwoch Verhandlungen zwischen der dortigen Kommission zur Unterstützung der Arbeitslosen und Vertretern großer Werke aus Westdeutschland und der Zweck ist, einen großen Teil der Arbeitslosen nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu bringen und ihnen dort Arbeit zu verschaffen. Um die Not holländischer Arbeitsloser zu lindern, müssen sich die Industriellen wahrlich nicht, aber als Lohnbrüder können sie selbige gut gebrauchen. Darum stützen sie sich in moralische und finanzielle Luftholen.

Die Vorkoster Textilzweige haben sogar bedeutende Summen für eine projektierte Kleinbahn gezeichnet, die eine leichte Verbindung mit Katten in Holland schafft und von den holländischen Gemeinden ebenfalls nur unterstützt wird, um den dort wohnenden Arbeitern eine getragene und billige Fahrgelegenheit zu bieten, wenn sie in den Vorkoster Textilfabriken arbeiten. Dabei haben die Vorkoster Textilarbeiter schon seit langer Zeit über den Lohnbruch ihrer holländischen Kollegen, die jenseits der „Segnungen“ deutscher Brotwucherpolitik wohnend, mit ihrem Verdienst viel besser auskommen können und daher auch zumeist ihre Arbeitskraft zu einem Preise verlaufen, gegen den die heimische Arbeiterkraft nicht konkurrieren kann.

Ist so schon die Ausbeutung ausländischer Proletarier ein besonders günstiges Geschäft für die Schloßbarone, so können sie sich ja obendrein noch in der ruhigen Gewissheit wiegen, daß die preussische Polizei denen eine besondere Aufmerksamkeit widmet, die sich dem Kapital lästig machen. Soeben meldet die „N. W. Ztg.“ aus Emmerich:

„Ausgewiesen wurden in den letzten Tagen vier hier beschäftigte holländische Zigarrenarbeiter, die in der jüngsten Zigarrenarbeiterbewegung als die hauptsächlichsten Außer nach dem Streik eine Rolle gespielt hatten; dem Vernehmen nach stehen weitere Ausweisungen bevor.“

Und nachdem sie darauf hingewiesen, daß die Tabakarbeiter des Niederrhein bei Abschluß der kürzlich beendeten Bewegung ausdrücklich vereinbart hatten: die Fabrikanten sollten darauf hinwirken, daß die nach dem vorletzten Streik erfolgten Ausweisungen sich nicht wiederholen, schreibt sie mit schneidendem Hohn:

„Die man sieht, hat sich die Behörde beeilt, den diesbezüglichen Wunsch der Arbeiter zu erfüllen.“

An dem schadenfrohen Hohn der Kohlentante merkt man deutlich die Benützung der kapitalistischen Pressen darüber, daß die Behörden mit den Unternehmern einträchtig zusammenarbeiten, wenn es gilt, ausländische Lohnbrüder ins Land zu locken und, falls diese dennoch ausländische Löhne fordern sollten, sie wieder über die Grenzen werfen.

Ausland.

Der Streik in Goldfield.

New York, den 23. Dezember.

Ein Streik der Grubenarbeiter in Goldfield (Staat Nevada) gab dem Präsidenten Roosevelt willkommene Gelegenheit, sich den Kapitalisten gegenüber durch das Entsenden von Truppen nach dem Auslandsgebiet erkenntlich zu zeigen und gleichzeitig den Beweis zu erörtern, daß ihm die Bundesverfassung nichts gilt, wenn die kapitalistischen Interessen es erheischen. Zwar hat der ehrenwerte Herr auf dem Präsidentenstuhl vorgefesselt das Zurückziehen der Bundesstruppen verfügt — die Soldaten sollen am 30. Dezember abziehen — aber deshalb bleibt doch der berechtigte Vorwurf gegen ihn bestehen, daß er in einem ungleichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit offen Partei für die stärkeren, für die Kapitalisten gezeichnet hat. Sein Vorgehen war umso verwerflicher, weil das Recht ausschließlich auf Seiten der Arbeiter war, wohingegen die Grubenbesitzer mit Lüge, Betrug, Gewalt und ungesetzlichen Mitteln kämpften.

Zwischen den Grubenarbeitern (zumeist Goldgräbern) des Goldfeldbezirks, die in der Western Federation of Miners (Bergarbeiterverband des Westens) organisiert sind, und den Grubenmagnaten besteht seit langer Zeit ein gespanntes Verhältnis, das im Laufe des Sommers zu wiederholten Ausständen führte. Hauptursache dieser Kämpfe war das Bestreben der Grubenbarone, die Western Federation of Miners zu vernichten. Aber dank der vorzüglichen Organisation der Bergarbeiter wurden alle derartigen Angriffe mit Erfolg abgeblasen. Neuerdings, mit dem Einsetzen der Kälte und dem damit verbundenen stärkeren Angebot der Arbeitskräfte glaubten die Grubenbesitzer ihren alten Lieblingsplan mit mehr Erfolg durchsetzen zu können. Die „Geldknappheit“ diente ihnen als Handhabe. Statt den Arbeitern die Löhne in Bargeld auszugeben, erhielten sie Zahlungsanweisungen auf Vanten. Ist schon in normalen Zeiten das Kassieren solcher Anweisungen für den Arbeiter mit Zeitverlust und Schwierigkeiten verbunden, so kam im vorliegenden Falle hinzu, daß die Grubenbesitzer sich sträubten, den Nennwert der Anweisungen zu garantieren. Die Löhnebesitzer Goldfelds weigerten sich deshalb, die Anweisungen an Geldesstatt anzunehmen, oder wenn sie es taten, nur mit einem Abzug von 20 Proz. Gegen diese Art der Lohnzahlung, die einer Lohnkäufung gleichkam, wehrten sich die Bergleute; ein Ausstand war die Folge. Bald darauf kam auf der Grundlage, daß die Löhne zur Hälfte in Bargeld und der Rest in garantierten Anweisungen gezahlt werden sollte, ein Vergleich zustande. Aber die Grubenbesitzer wollten keinen Frieden. Sie behielten die bisher geübte Lohnauszahlung und zweifelhaften Anweisungen bei und wandten sich an den Gouverneur Sparks mit der Bitte, sie in ihren „heiligsten Rechten“ zu schützen. Sparks hatte nichts eiligeres zu tun, denn Roosevelt um Entsendung von Bundesmilitär nach Goldfield zu bitten, wo (natürlich) nur nach der Ansicht der Grubenbesitzer und des Gouverneurs „alle Bande“ des Rechts gelöst seien. Roosevelt entsand ohne weiteres dem Ersuchen und befehlet dem Kommando von Kalifornien, sofort Truppen nach Goldfield zu schicken, obwohl sowohl der Sheriff (der höchste Vollzugsbeamte des County) als auch ein Teil der bürgerlichen Presse von vornherein gegen eine etwaige Entsendung von Militär protestiert hatten, weil ein solcher Schritt im Widerspruch mit dem Artikel 4 Absatz 4 der Verfassung steht und nur zur Provokation von Gewalttätigkeiten dient. Glücklicherweise ist es zu Gewalttätigkeiten nicht gekommen, obwohl es weder die Grubenbesitzer noch der Brigadegeneral Junston, welcher letzterer die Auswahl der nach dem Streikgebiet zu entsendenden Truppen zu treffen hatte, an frechen und unverschämten Provokationen nicht fehlen ließen. Der Kommandeur der Truppen, Oberst Reynolds, war nämlich ein verständiger Mann. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Goldfield meldete er nach der Bundeshauptstadt Washington, daß im Streikgebiet vollkommen Ruhe herrsche und daß die von ihm zu Rate gezogenen Zivilbehörden versicherten, daß sie keinerlei Schwierigkeiten mit den Streikenden haben.

Selbst als die Grubenbesitzer den Versuch machten, mit Streikbrechern den Betrieb wieder aufzunehmen — ein Versuch, der schmachlich mißlungen ist — wurde zum Leidwesen der Kapitalisten die Ruhe in keiner Weise gestört. Jetzt begann auch Roosevelt einzusehen, daß er mit der Entsendung der Truppen nach Goldfield eine Dummschicht gemacht. Er schickte eine aus dem Hilfs-Handelssekretär Murray, dem Bundes-Arbeitskommissar Keil und dem Korporationskommissar Herbert Anag Smith bestehende Kommission nach Goldfield zur Untersuchung der Lage und der Ursachen des

Streiks. Ihr Bericht bestätigte, was Oberst Reynolds gemeldet: daß der Gouverneur Sparks gelogen hat. Auf Grund dieses Berichtes deponierte Roosevelt an den Gouverneur Sparks, er werde die Truppen aus Goldfield zurückziehen, wenn Sparks ihm keine guten Gründe für deren längeres Verweilen anführen könne. Sparks schwie, eine vielstündige Antwort. Drei Tage später verfügte Roosevelt, daß die Soldaten am 30. Dezember Goldfield zu verlassen haben. Jetzt begann Sparks zwar keine Gründe anzuführen, aber umso lebhafter auf die Vergleute und deren Organisation zu schimpfen. Und die Grubenbesitzer, die sich in ihrer Hoffnung getäuscht sahen, die gewerkschaftliche Bewegung der Bergleute in Blut erstickt zu können, rufen jetzt die Gerichte an, um die Auflösung der Federation of Miners von „Rechtswegen“ zu erzwingen.

Soweit der Sachverhalt, der zugleich eine Kabeldepesche des New Yorker Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ widerlegt, die in der Abendausgabe des 6. November publiziert worden ist. Dieser Korrespondent, dessen frühere Nebelberggeschichten selbst der „New Yorker Staatszeitung“ Anlaß zu Protesten gab, meldete:

„In furchtbaren Krawallen hat ein Streik der Goldgrubenarbeiter in Goldfield (Nevada) geführt. Dieselben sind bereits in einen allgemeinen Kampf zwischen den Goldgräbern und den von den Grubenbesitzern aufgestellten Wachmannschaften ausgeartet. Die Behörden von Nevada sind gegenüber den aufgeregten Arbeitermassen machtlos und haben sich nach Washington um Hilfe gewandt. Gestern ist dem General Junston in San Francisco der telegraphische Befehl zugegangen, 1000 Mann zum sofortigen Abmarsch nach Nevada bereit zu halten. Bereits heute früh sind, wie aus der kalifornischen Hauptstadt telegraphiert wird, zwei Regimenter mit Maschinengewehren per Eisenbahn dorthin abgegangen. Die Erregung unter den Goldgrubenarbeitern ist ungeheuer. Ihren Reizen, zumal den nicht-organisierten Arbeitern, gehören die weitestgehenden Desperados an, die aus dem Minenbezirk von Creple, Creek und Cuerdalene herübergekommen sind. Sie sind nicht allein Mann für Mann mit Gewehren und Revolvern bewaffnet, sondern haben sich auch mit Dynamitpatronen, die im Bergwerksgebiet leicht zu beschaffen sind, reichlich versehen. Man befürchtet, daß sie ihre Drohung wahr machen und den Bundesstruppen mit diesen Mitteln erbitterten Widerstand leisten, so daß es möglicherweise zu einer förmlichen Schlacht kommen kann. Zu dem Wachstum der Bewegung hat noch beigetragen, daß überall im Gebiet der Goldgruben die Storesinhaber (Ladenbesitzer). Der Berichterstatter des „Vorwärts“ die Läden geschlossen haben, weil die Arbeiter sich weigerten, während der Periode der Geldknappheit von ihnen Vons an Stelle von Bargeld anzunehmen. Die Streikbewegung dehnt sich immer weiter aus und hat fast das ganze Bergbaugebiet von Nevada, in dem Tausende von Bergarbeitern beschäftigt sind, ergriffen. Man sieht den Ereignissen auch in Washington mit großer Besorgnis entgegen.“

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ verweist das Lügen noch besser als der der Lüge überführte Gouverneur Sparks von Nevada. Wahr an der ganzen Depesche ist nur, daß im Goldfeldgebiet ein Ausstand ausgebrochen ist, erfinden sind die Gewalttaten, die Krawalle und der allgemeine Kampf, wie überhaupt das ganze gruselige Getöse. Und in den Rahmen dieser Art „schlicher“ Berichterstattung paßt auch die Erzählung, daß die Arbeiter sich weigern, von den Storesinhabern Vons an Stelle von Bargeld anzunehmen. Tatsächlich verweigern die Storesinhaber die Annahme von Vons, mit welchen die Grubenbesitzer ihren Arbeitern die Löhne auszahlten.

Wir hielten es ausnahmsweise einmal für angebracht, dem obigen Bericht das Begleit Schreiben unseres Korrespondenten anzuhängen, das von begrifflicher Frische des Tones ist. Dasselbe lautet nämlich:

„Der New Yorker Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ ist ein journalistischer Hochstapler solcher Art, daß eine Veröffentlichung des Schlusses der heutigen Korrespondenz meines Erachtens nur heilsam sein könnte. Hier nimmt zwar niemand die Kabeldepeschen oder Nachrichten des „Berliner Tageblatt“ aus Amerika ernst, aber drüben dürfte die Sache anders liegen. Deshalb erscheint mir eine Annäherung dieser blühsichen Berichterstattung ratsam.“

Aus Chile in Südamerika kam vor etwa zwei Wochen die Meldung, daß einige Hundert Arbeiter, die im Salpetergebiet in einen Streik getreten waren, vom Militär mit Maschinengewehren zusammengegeschossen wurden. So lautete kurz die Meldung, zu der erst jetzt nähere Einzelheiten vorliegen. Die Arbeiter sind eingeborene Halbindianer, die durch empörende Behandlung, unermesslich lange Arbeitszeit und lächerlich geringe Löhne zur Verzweiflung getrieben waren und ihrer schrecklichen Sklaverei durch einen Streik zu entgehen suchten. Und wenn man sich nun wundert, daß der Staat ohne weiteres sein Militär auf die Streikenden losließ, so diene zur Aufklärung, daß der Staat als größter Profitausbeuter der schändlich behandelten Arbeiter dabei interessiert war. Die hauptsächlichsten Staatseinnahmen Chiles bestehen aus dem hohen Ausfuhrzoll auf Chilisalpeter. Dieser Salpeter ist auf dem Weltmarkt ein sehr begehrter Artikel und ein Monopol Chiles, nur in Peru werden noch unbedeutende Mengen gewonnen. In einer Wüste Chiles, in der ein mörderisches Klima herrscht, findet sich dieses wichtige Material für die Zwecke der Industrie und namentlich der Landwirtschaft, und es wird auch gleich an Ort und Stelle einem Reinigungsprozeß unterworfen, um die Transportkosten zu sparen. Mit brutaler Gewalt wurde sofort der Widerstand der Arbeiter gebrochen und sie mußten in die Sklaverei zurückkehren. Das „Staatswohl“ geflattert nicht, daß man ihnen nachgab oder ihre Klagen hörte; sie wurden direkt vor die Maschinengewehre gestellt, damit die Einnahmen des Staates nicht geringer wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im Zeichen der Arbeitslosigkeit.

Röln, 13. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In einer zahlreich besuchten Arbeitslosenversammlung, die heute nachmittag stattfand, wurde eine Mitteilung des Oberbürgermeisters verlesen, wonach er sich bereit erklärt, sämtliche Italiener, die vom städtischen Tiefbauamt beschäftigt werden, zu entlassen. Die freizumachenden Stellen sollen von einheimischen Arbeitern besetzt werden.

Im Streik erschossen.

Munster, 13. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der vergangenen Nacht wurde der Bergmann Brings von einem Bergmann aus Heinen nach vorhergegangenem Wortwechsel erschossen. Der Tot trat sofort ein. Der Täter ist verhaftet.

Folgenschwerer Gerüstesturz.

Sabrje, 13. Januar. (W. S.) Auf dem Wilhelminenschacht stürzte ein Gerüst ein. Ein Arbeiter wurde getötet, viele verletzt.

Von Räubern überfallen.

Sudabest, 13. Januar. (W. S.) Zwischen Oso und Saszallas wurden die Eisenbahnbeamten Jarnaz und Ragg, welche in Begleitung eines Kutschers und des Gendarmerieoffiziers Galba 60 000 Kronen, die zur Lohnauszahlung bestimmt waren, bei sich führten, unter einer Bräde von vier mit Gewehren bewaffneten Räubern überfallen. Der Gendarmerieoffizier wurde getötet, Ragg und der Kutscher wurden schwer verwundet. Im kritischen Augenblick fuhr ein Personenzug an der Stelle vorbei und hielt an, wodurch der andere Beamte gerettet werden konnte. Die Räuber entflohen, ohne daß man bisher ihre Spur gefunden hat.

Reichstag.

78. Sitzung vom Montag, den 13. Januar 1908, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des internationalen Übereinkommens betreffend den Schutz an Werken der Literatur, Kunst und an Photographien zwischen Deutschland, Belgien und Italien.

Abg. Deiss (natl.) gibt seiner Genehmigung über die Verträge Ausdruck und bittet die Regierung, auch mit Rußland und den Vereinigten Staaten in Verhandlungen einzutreten, um Verbesserungen der mit diesen Staaten bestehenden Verträge durchzuführen.

Die Diskussion ist erledigt, Kommissionsberatung ist nicht beantragt, es folgt daher sofort die zweite Beratung. Beide Verträge werden debattelos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 366 des Handelsgesetzbuches. Nach dem Entwurf soll in Zukunft durch Vertrag nicht mehr ausgeschlossen werden dürfen, daß ein erkrankter Handlungsgehilfe sechs Wochen lang Anspruch auf sein Gehalt hat. Dagegen bestimmt der Absatz 2 des Entwurfs, daß der erkrankte Handlungsgehilfe entgegen dem gegenwärtigen Rechtszustand keine Bezüge aus einer Krankenkasse auf sein Gehalt muß anrechnen lassen.

Abg. Singer (Soz.):

Bei der Begründung der Vorlage hat sich der Herr Staatssekretär lediglich auf die Petitionen des rückschrittlichsten Teiles der Gewerbetreibenden gestützt und die Petitionen der Handlungsgehilfen überhaupt nicht berücksichtigt. Er hat die Vorlage mit dem Wunsche begründet, dem Mittelstand im Handelsgewerbe zu helfen. Aber der von ihm als Mittelstand bezeichnete Teil des Handelsgewerbes hat gar keine Neigung nach dieser Art Hilfe. Aus den Kreisen der Interessenten ist dieser Wunsch in keiner Weise ausgesprochen worden. Aus den Entgegnungen, die er gefunden, wird der Herr Staatssekretär schon eingesehen haben, daß er einer geschlossenen Kothalung des ganzen Reichstags gegenübersteht und ich hoffe, daß die Vorlage an diesem Block scheitern wird. Die Forderung, daß der Absatz 1 des § 63 von den Gerichten verschiedenartig ausgelegt wird, gibt auch uns Veranlassung, für den Absatz 1 der Vorlage zu stimmen. Die Voraussetzung aber, von welcher der Staatssekretär ausgeht, daß sämtliche Interessenten im Zweifel über die Bedeutung des gegenwärtigen Absatz 1 sein sollen, ist falsch. Schon auf der Rürnberger Konferenz zur Vorbereitung des Handelsgesetzbuches in den Jahren 1859 bis 1861 bekam der Paragraph die gegenwärtige Fassung, und es ist damals niemandem eingefallen, anzunehmen, daß diese Bestimmung durch Vertrag ausgeschlossen werden könnte. Es ist auch nicht richtig, was der Herr Staatssekretär behauptet, daß gerade die kleineren Geschäftskreise schwerer unter dieser Bestimmung leiden. Der ganze Ansturm in Bezug auf den § 63 geht nicht von den kleinen und mittleren Handelstreibenden aus, sondern von den großen Warenhäusern, den großen industriellen Unternehmungen mit Hunderten von Angestellten. Es ist durchaus falsch, zu behaupten, daß die mittleren Geschäfte mit ein und zwei Angestellten auf die Abänderung des § 63 dringen. Das ist schon aus dem sehr einfachen Grunde nicht richtig, weil hier der Chef den Handlungsgehilfen menschlich so nahe steht, daß er den Wunsch nach Verschlechterung der Lage des Gehilfen nicht hat. Erst wo jede persönliche Beziehung des Handlungsgehilfen zu dem Geschäftsinhaber aufhört, wo es sich um Hunderte von Angestellten handelt, erst da tritt die Neigung nach der Verschlechterung der Lage der Handlungsgehilfen auf. Und erst auf den Anstoß von Warenhäusern ist es der Richtigkeit von Juristen gelungen, darauf zu kommen, daß die Bestimmung des Absatz 1 des § 63 durch Vertrag ausgeschlossen werden könnte. Soweit die Regierungsvorlage diesem Zustand ein Ende machen will, sind auch wir mit ihr einverstanden, und der Reichstag hat durch die Annahme des Antrages Wassermann in der vorigen Session sich einmütig auf diesen Standpunkt gestellt. Es erübrigt sich deshalb in Bezug auf den Absatz 1 noch etwas hinzuzufügen.

Anders sieht es mit dem Absatz 2, durch welchen die Regierung das, was sie mit der einen Hand gibt, mit der anderen sofort wieder nehmen will. So wichtig auch der Absatz 1 für die Handlungsgehilfen ist, so würde ihm doch ein erheblicher Teil der

Vorteile desselben verloren gehen, wenn der Handlungsgehilfe es sich gefallen lassen muß, im Falle der Erkrankung das Krankengeld vom Gehalt abzuziehen zu lassen. Das verschlechtert die gegenwärtige Lage der Handlungsgehilfen ganz außerordentlich. Die Petition, auf welche der Herr Staatssekretär sich stützt, entsteht in Bezug darauf einen außerordentlich starken Widerspruch und bemüht sich nachzuweisen, daß die Berechtigung zu diesen Abzügen im Interesse der Gewerbetreibenden liege, die nach Absatz 1 das Gehalt fortzahlen müssen, und gibt dann selbst an, daß 98 Proz. aller Geschäftsinhaber gar nicht den Anspruch erheben, den Absatz 1 durch Vertrag auszuschließen. Der Staatssekretär folgert aus den Mittelungen der zwei Prozent von Geschäftsinhabern die Notwendigkeit der Vorlage. Mit weit mehr Recht kann ich sagen: Wenn nur zwei Prozent aus dem Stande des Handelsgewerbes die gegenwärtige Bestimmung des Absatz 2 beklagen, so muß man die Meinung der übrigen 98 Proz. respektieren. (Sehr richtig!) Der Absatz 2 des § 63 bestimmt jetzt, daß eine Aufrechnung von Krankengeld nicht erlaubt ist. Das ist auch dringend notwendig; denn es kann doch gar keinen Zweifel unterliegen, daß eine Krankheit an sich schon, auch wenn man die Arzneimittel geliefert bekommt, wesentliche Verluste verursacht. Wenn Sie dem Handlungsgehilfen durch Abziehen der Krankengeldbeiträge vom Gehalt die Möglichkeit höherer Bezüge nehmen, so schädigen Sie dadurch nicht nur den Erkrankten, sondern Sie verlängern dadurch die Krankheit und das Fernbleiben vom Geschäft und schädigen somit indirekt auch den Geschäftsinhaber. (Sehr richtig!) Sie wollen das damit begründen, daß durch die Krankheit des Gehilfen dem Prinzipal erhöhte Kosten entstehen. Das ist aber falsch. Jeder, der aus eigener Erfahrung der Frage näher steht, weiß ganz genau, daß in den weitaus meisten Fällen die erkrankten Handlungsgehilfen von ihren Kollegen mit vertreten werden, so daß dem Prinzipal keine Mehrkosten entstehen; es steht mit dieser Frage genau so wie mit dem Urlaub der Handlungsgehilfen. Man kann zum Glück sagen, daß — abgesehen von allen wirtschaftlichen und politischen Spaltungen der Handlungsgehilfen — diese Solidarität in ihrem Stande vorhanden ist, daß kein Handlungsgehilfe sich weigert, seinen erkrankten Kollegen zu vertreten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Handlungsgehilfen sind nicht in der Lage, die Mehrarbeit, welche ihnen durch das Fernbleiben erkrankter Kollegen erwächst, sich bezahlen zu lassen; denn sie erhalten ihr Gehalt monatlich. Es ist also durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß diese Aufrechnung von Krankengeld im Interesse des Chefs notwendig ist, um ihn vor erheblichen Mehrkosten zu schützen. Es kommt noch ein anderes Moment hinzu. Der Herr Staatssekretär sollte doch die Bestimmung des Krankenlosengesetzes kennen, daß der Chef ein Drittel, der Handlungsgehilfe zwei Drittel der Beiträge zahlt. Wie kommt er nun dazu, die Beiträge des Handlungsgehilfen dem Prinzipal aufrechnen zu lassen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er dürfte ihm doch höchstens das aufrechnen lassen, was er selber zahlt; ihm aber eine Zuwendung aus den Beiträgen der Handlungsgehilfen zu machen, geht nicht an. Die Aufrechnung würde nur dazu führen, die Verhältnisse zwischen dem Prinzipal und den Gehilfen zu verschlechtern. Der Verlust eines Teiles des Krankengeldes würde die Handlungsgehilfen verhindern, ihre Krankheit rechtzeitig anzugehen, sie würden nicht mehr rechtzeitig in ärztliche Behandlung kommen, und es würde dadurch viel mehr Schaden entstehen, als wenn beide Absätze des § 63 zwingendes Recht werden. (Zustimmung.) Es wird behauptet, die Nichtaufrechnung des Krankengeldes würde der Simulation Tür und Tor öffnen. Nun, so verlockend sind denn doch auch die Bezüge zufolge der Krankenversicherung nicht, daß jemand deshalb simulieren sollte, wobei er sehr leicht in die Lage kommen kann, seine Stellung zu verlieren. Glauben Sie übrigens, daß dieser Hinweis auf die Simulation geeignet ist, moralisch auf die Handlungsgehilfen einzuwirken? — Ich bin der Meinung, daß der Handlungsgehilfenstand in seiner überwiegenen Mehrheit derartige Vermutungen mit Enttäufung zurückweist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als Grund für die neue Fassung des Absatzes 2 wird angeführt, daß die Disziplin dadurch gefestigt werden solle. Das zeigt, daß die Herren wirklich nur vom grünen Tisch aus die Verhältnisse beurteilen. Wie die Disziplin dadurch verbessert werden soll, ist mir unverständlich. Wenn es irgend etwas gibt, was für die Disziplin und die Arbeitsfreudigkeit schädlich ist, so wäre es eine solche Bestimmung. Der Handlungsgehilfe muß sich sagen: wenn du dich noch so sehr abarbeitest und durch deine Heberarbeitung krank geworden bist, so wird dir noch das Krankengeld abgezogen. Das

ist geeignet, ihn davon abzubringen, seine äußerste Kraft in der Pflichterfüllung anzuwenden. (Sehr wahr!) Diese Bestimmung ist so antisozial wie nur denkbar und nur dadurch zu erklären, daß man einer juristischen Theorie zuliebe ganz und gar vergessen hat, daß der § 63 ausdrücklich die Krankenversicherungsverhältnisse zugunsten der Handlungsgehilfen regeln sollte. Alle Verträge, das Krankengeld auf das Gehalt aufzurechnen, sind daher antisoziale Verträge der Regierung.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Antisoziale dieses Vertrages wird um so deutlicher, als es sich nur um die Handlungsgehilfen handelt, welche in schlechter Lage sind; denn nur die Handlungsgehilfen bis zu einem Gehalt von 2000 M. unterliegen dem Krankenversicherungsgezet. So zeigt sich also der soziale Charakter der Vorlage. Als im Jahre 1897 das Handelsgesetzbuch vorlag, war der § 63 Gegenstand langer Erörterungen und die übrigen Parteien, welche heute auf unserem Standpunkte angelangt sind, hätten ihre Wünsche schon damals erfüllt sehen können, wenn sie unseren Anregungen gefolgt wären; denn wir haben schon damals den Antrag gestellt, den Herr Wassermann in der vorigen Session gestrichelt hat, unser Antrag wurde damals aber in der Kommission abgelehnt. Ich habe den Wunsch, daß der Reichstag sich heute einmütig auf unseren Standpunkt stellt. Kommissionsberatung ist bei der einfachen Sachlage eigentlich gar nicht nötig, ich will aber den Wunsch aussprechen, daß die Kommission einmütig unseren Standpunkt teilt. Wenn der Reichstag dem zustimmt, so hoffe ich, daß der Widerstand der verbündeten Regierungen aufhört. Sonst würden sie sich dem gerechten Vorwurfe antisozialer Bestimmungen aussetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Petitionen, auf welche sich der Staatssekretär stützte, sind ganz vereinzelt und geben der Meinung der Prinzipale keineswegs Ausdruck. Die Petitionen der Handlungsgehilfen dagegen sind der Ausdruck der Stimmung des ganzen Handlungsgehilfenstandes. Nach der Begründung, die der Herr Staatssekretär diesem Gesetzentwurf gegeben hat, darf ich mit Recht behaupten, der Reichstag ist über die Wünsche und die Stimmung der Bevölkerung weit besser unterrichtet als der Herr Staatssekretär. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Wir werden in der Kommission den strikten Nachweis führen, daß der Vorschlag der Regierungen nichts verlangt, als was der Billigkeit entsprechend ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist völlig falsch, wenn man behauptet, daß der Entwurf antisozial ist. (Widerspruch auf verschiedenen Seiten.)

Abg. Garfenz (fr. Sp.) führt aus, daß er und ein Teil seiner Freunde in dem Entwurf einen sozialen Fortschritt erblicke, ein anderer Teil jedoch die Bedenken des Abg. Singer teile. Vielleicht empfehle es sich, den ersten Teil der Novelle obligatorisch zu gestalten, den zweiten Teil dagegen (Anrechnung der Krankenbezüge) fakultativ. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Barenhorst (Sp.) erklärt, daß seine Freunde den Entwurf in dieser Gestalt unbedingt ablehnen müssen, weil er eine unsehbare Verschlechterung für die Handlungsgehilfen bringe.

Abg. Schädel (wirtsch. Vg.): Der erste Teil der Novelle kommt etwa 2 Proz. der Handlungsgehilfen zugute. Dagegen bedeutet der zweite Teil der Vorlage eine allgemeine Verschlechterung der Frage des gesamten Standes.

Staatssekretär Dr. Rieberding (auf der Tribüne fast unverständlich) tritt dem Vordruder entgegen.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.) (ebenfalls auf der Tribüne zunächst schwer verständlich) scheint den Standpunkt der Minderheit seiner Fraktion zum Ausdruck zu bringen, welche dem Entwurf ablehnend gegenüber steht. Redner kommt auf die Frage der Simulation zu sprechen und behauptet, daß seitens der Klassenverbände oftmals, aber fälschlich, gegen die Verträge der Vorwurfe erhoben werde, daß sie die Simulation unterstützen. — Fürst Valois hat hier in seiner Eigenschaft als Reichskanzler von dem Tropfen demokratischen Oels gesprochen — als preussischer Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus hat er nur Sinn für aristokratische Parfäms. (Seiterle!) Freilich ist dem neugewählten Reichstag die Fortsetzung der Sozialpolitik versprochen worden, mit dieser Vorlage aber wird kein sozialpolitischer Fortschritt gebracht, sondern ein offener Rückschritt. (Beifall.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.) erklärt sich gegen die Regierungsvorlage. Der Kranke braucht mehr als der Gesunde,

sicheren Keller untergebracht und erwarten ihre Auserkennung von irgend einem glänzigen Gesicht. Wir sind ja in Deutschland in legalistischen Angelegenheiten nicht verwehnt; das Grimmsche Wörterbuch wird, wenn es fertig werden sollte, bereits in vielen Städten vertrieben sein.

Der mißglückte Mensch. Die Fundstelle des Pithecanthropus erectus in Sumatra, der von seinem Entdecker Dubois und anderen Forschern als direkter Vorfahre des Menschen in Anspruch genommen wurde, ist neuerdings geologisch genauer untersucht worden. Es scheint daraus das Ergebnis abzuleiten zu sein, daß die Schichten, die die Überreste des Menschenaffens bergen, in das mittlere Diluvium gehören. Dann erscheint es, wie in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ ausgeführt wird, wahrscheinlich, daß Mensch und Pithecanthropus gleichzeitig, in Indochinesien vermutlich nebeneinander gelebt haben. Als Stammvater des Menschen käme dann Pithecanthropus nicht mehr in Frage. Er gehört dann vielmehr zu den menschenähnlichen Affen und wäre ein Versuch einer menschenähnlichen Entwicklung des Stammes der Langarmaffen, ein mißglückter Versuch zur Menschwerdung.

Zigarettensucht. Der Verbrauch an Zigaretten steigert sich monströs und erweckt naturgemäß die Aufmerksamkeit der medizinischen Wissenschaft. Die nachteiligen Folgen gewohnheitsmäßigen Zigarettenrauchens sind so bekannt, als daß es besonderer Ausführungen nach dieser Richtung bedürfte. Gleichwohl wird es den meisten, die ihm untertan sind, recht schwer, davon zu lassen. In erster Linie dürfte dabei die Bequemlichkeit der Handhabung gegenüber den anderen Formen des Tabakrauchens eine Rolle spielen. Aus diesem Gesichtspunkte wird auch im „Lancet“ ein Heilmittel für eingefleischte Zigarettenraucher empfohlen, das in seiner Einfachheit einerseits eine gewisse Resignation auszubringen scheint, andererseits vielleicht doch das Richtige trifft. Der Zigarettenraucher soll von den fertigen Zigaretten, die er in ununterbrochener Folge zum Munde führt, zu den selbstgedrehten übergehen. Wenn er sich sein Gift jedesmal vor dem Gebrauch erst zurechttrifft, wird er von dem Hebermah von 50 und mehr Zigaretten pro Tag auf ein milderer Maß herabsteigen können.

Eine Gemeinde, die ihren Bierdurst verkaufte. Die kleine Ortschaft Dubois in dem nordamerikanischen Bundesstaat Ohio erhielt von dem Millionär E. C. Casworth ein Geschenk von 200 000 Dollar (über 800 000 M.) unter der Bedingung, daß der Getränkeauskauf in Spirituosen in dem Orte aufgehoben sollte. Den Verkauf von Bier wollte der Geber gestatten, aber eine Ausnahme zugunsten von Bier ist in solchen Fällen gesetzlich nicht zulässig. Die Bewohner des Ortes sind zwar überwiegend für den Getränkeauskauf, aber die schöne Aussicht, für das Geld eine Gasbeleuchtung und einen Umbau der alten Schule zu erlangen, betrug sie doch dazu, der Bedingung zuzustimmen. Die Opposition war immerhin ziemlich stark, denn das Geschenk wurde in dieser Form nur mit 299 gegen 188 Stimmen angenommen.

Kleines feuilleton.

Päpstliches, Unpäpstliches... Der römischen radikalen Zeitung „Vita“ wird aus vatikanischen Kreisen eine ergötzliche Anekdote berichtet, die zeigt, wie der Vatikan noch immer mit seinem religiösen Prestige einen ebenso unantastbaren wie einträglichen Handel treibt. Ein Angestellter der päpstlichen Kasse hat den Auftrag, die eleganten Hotels nach reichen Gläubigen abzusuchen, natürlich freunden, denn die Gläubigkeit ist in Italien sehr dünn gesät. Den Herrschaften wird viel von der Not und Bedrängnis des heiligen Stuhles erzählt und eine Privatandienz beim Papst in Aussicht gestellt. Die Leute pflegen dann in den Mantel zu greifen und erhalten beim Besuche beim Papst nebst dem Segen einige Dankesworte. Diese unterscheiden sich insofern von einer regelrechten Danksagung, als sie nicht die Höhe der gespendeten Summe angeben.

Diese distrierte Form des Dankes machte es möglich, daß der zur Brandstiftung der Fremden bestimmte Angestellte mit der Not und Bedrängnis des heiligen Stuhles oft seine eigene verwechselte, ohne daß diese Verwechselungen bemerkt wurden. Aber eines schönen Tages befand sich in einem eleganten Hotel des Ludovisquiertels ein amerikanisches Ehepaar, das seinem Glouben einen sehr hohen numerischen Ausdruck verlieh. Es spendete 3000 Dollar. Der vatikanische Beamte verwechselte diesmal Dollar und Lire, gab 2000 Lire an den Papst, um mit dem Rest seiner eigenen Not und Bedrängnis zu stemmen. Aber die ungewöhnlich hohe Summe verleitete den heiligen Vater zu einer ungewöhnlichen Form des Dankes: er dankte für die 2000 Lire! Die Amerikaner waren nun zwar tief ergriffen von dem päpstlichen Dank und Segen, aber sie waren doch viel zu sehr Geschäftsmänner, um nicht diese „Danksagung“ gleich der Wahrheit gemäß zu korrigieren. „2000 Dollar, Heiligkeit“, sagten die beiden Gläubigen, und der Papst erlaubte so von den Verwechselungen seines Betreuen. Der Schuldige ist gelinde bestraft worden. Man hat ihm eine amerikanische Fiarre in Rom gegeben, wo er über italienische und amerikanische Währung, über eigene und päpstliche Not nachdenken kann.

Humoristisches.

Steuerepolitik.

Sie fragen ihn, Sie fragen Sie (Mit Rücksicht auf die Wahlen): „Wo nehm' ich neue Steuern her, Die andre Leute zahlen? Was nichts erschuf einst Gott die Welt; Wo nichts ist, holt der Staat das Geld für die, die etwas haben.“

Die Zigarette wird verpaypt Mit einem bunten Schleifen, Und einen Feinzig mehr besoppt Der Laß für sein Weischen, Draus baut das Reich zwei Panzer mehr. Das freut die großen Herren sehr; Sie rufen: Hoch der Kaiser!

Ein solches Hoch rentiert sich auch, Wie weiland Iobabs Linsen. Denn fällt der Fiskus seinen Daus, So brachst du nicht zu sinen. Besteuert wird ja nur die Not; Du aber bleibst ein Patriot Auf anderer Leute Kosten.

Edgar Steiger.

— Angeln verboten. „Drides, jank väran mit dinge Angel, dä Schugmann kütt (kommt).“ — „Ich angele ja jar nit, ich läwe ninge Wilm' schwinne.“

Notizen.

Theaterchronik. Karl Bötkers Drama „Ausgewiesen“, das unbegreiflicherweise jahrelang von der Zensur verboten war, ist wieder von einem Berliner Theater und zwar von dem Theater an der Spree in den Spielplan aufgenommen worden. Die Aufführung, die Sonntagmorgen vor sich ging, bewies, daß das Stück zwar die Hebergriffe und die Verfolgungswut der Behörden in der Zeit des Sozialistengesetzes wader geißelt, aber doch im Grunde ein Märchenstück ist. — Frau Wedelinds Lebensdrama „Ruf!“ wurde in dem rührigen Intimer Theater in Rürnberg mit starkem Erfolge aufgeführt. — Ferdinand Bonn ist auf Gastspielreisen gegangen, er tritt zurzeit im Münchener Volkstheater als Hamlet auf. — D'Annunzios neues Drama „Das Schiff“ wurde im römischen Teatro Argentina am Sonntagabend zum erstenmal gegeben. Es ist eine Verherrlichung Venedigs, in dessen Frühzeit es spielt. Hysterische Grauelzgen wechseln darin mit Stellen blühenden Wortgepräges und poetischen Säuunges.

Das neue Weimarer Hoftheater, das von den Münchener Architekten Heilmann und Wittmann an Stelle des am 18. Februar 1906 abgebrannten alten im klassizistischen Stil erbaut wurde, wurde am Sonntagabend feierlich eingeweiht.

Die Sammlung für deutsche Volkskunde, das frühere Museum für deutsche Volksbräute und Erzeugnisse des Hausgewerbes an der Klosterstraße, wird am 15. Januar wieder eröffnet. Es ist unentgeltlich wochentäglich außer Montags im Winter von 10—3 Uhr, Sonntags und an den zweiten Feiertagen der hohen Feste von 12—6 Uhr, im Oktober und März von 12—5 Uhr, im November und Februar von 12—4 Uhr, im Dezember und Januar von 12—3 Uhr zu besichtigen. Der „Führer“ durch die Sammlung ist in neuer Auflage erschienen.

Das Technolexikon soll nach einem Beschluß des Vereins deutscher Ingenieure nun doch nicht fortgesetzt werden, da die Kosten ihm zu hoch sind. Man rechnet, daß zu den bereits angebrachten 480 000 M. noch weitere 1 1/2 Millionen Mark erforderlich wären. Einweilen sind die sechs Millionen Petal, auf denen ein Teil des technischen Vortrages der deutschen, französischen und englischen Sprache gesammelt ist, in einem feuer-

das mühten gerade die Beamten wissen, die oft genug während der Krankheit um besondere Unterstützung einkommen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Abg. Frhr. v. Fretten (Z.): Für die Tierhalter, insbesondere die Landwirte, wird das Gesetz mit seinen Verschärfungen der bisherigen Bestimmungen eine Reihe unangenehmer Pladerien bedeuten. Die Regelung der Entschädigungsfrage begrüßen wir. Ich beantrage die Einsetzung einer Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Siebenbürger (L.): Wir stehen voll und ganz auf dem Boden der Vorlage, wenn auch den Landwirten schwere Opfer durch sie auferlegt werden. Wenn der Kampf gegen die Viehseuchen energisch und zielbewusst geführt wird, so werden wir auch in Deutschland dahin kommen, daß Sonntag jeder sein Huhn im Topf hat. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Abg. Lehmann (nail.) verbreitet sich ausführlich über einzelne Bestimmungen des Gesetzesentwurfs, bleibt aber auf der Tribüne im Zusammenhange unverständlich.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: 1. Interpellation des Abg. Graf Kanitz (L) betr. den Wahllokalen. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Berichtigung.

Im Reichstags-Einlauf (letzte Sonntags-Nummer) muß es heißen: Schiedsgericht, nicht Streitgericht.

Einlauf.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus: Bericht der XI. Kommission über den Gesetzesentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen (nebst drei Anlagen: Kommissionsanträge und Beschlüsse).

Uebersichten über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1907 pachtfrei gewordenen und der im Jahre 1908 pachtfrei werdenden Domänenverträge.

Antrag Schiffer: Die königliche Staatsregierung um eine eingehende Auskunft zu ersuchen

1. über die Ergebnisse der letzten vom Herrn Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsführer,

2. über die Stellung des Herrn Unterrichtsministers zu diesen Ergebnissen,

3. über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen etwa zutage tretenden Mängel des Volksschulunterrichts.

Interpellation v. Carmer: Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zu treffen, um den immer mehr überhandnehmenden Ausföhrungen bei dem Betriebe von Kraftfahrzeugen besser wie bisher zu begegnen?

Die Vereinigten Staaten im Jahre 1907.

Lob- und Freidlieder auf die glänzende Prosperität des Landes sang die kapitalistische Presse der Vereinigten Staaten in allen Tonarten, als das Jahr 1907 seinen Anfang nahm. Auch nicht im entferntesten hatte man eine Ahnung von dem gewaltigen Finanzsturz und dem wirtschaftlichen Sturm, der im letzten Viertel des Jahres losbrach und dessen Wirkungen in allen Kulturländern gespürt wurden und werden.

Die großen Industrie- und Handelsunternehmen wiesen stolz auf die Zahl der kaum ausführbaren Aufträge hin und jammernten laut über den „furchtbaren Mangel an Arbeitern“. Auf den Eisenbahnen wurden die Verkehrsleistungen fast zur Regel, weil die Bahnen den gesteigerten Ansprüchen an den Gütertransport nicht mehr genügen konnten. Die Klagen über die „Gezelligkeit der Arbeiter“ waren allgemein geworden, da die Arbeiter auch ihren Anteil an dem guten Geschäftsgange verlangten. Nicht selten aber mühten die Arbeiter erst in den Streik treten, um die Erfüllung ihrer Wünsche zu erzwingen. Das vergangene Jahr war daher reich an Kämpfen, welche die Gewerkschaften führen mußten und in denen sie nicht immer siegreich waren.

Der große geschäftliche Aufschwung brachte zugleich eine außerordentliche Stärkung der Trustgewalten hervor. Das Kleinbürgertum fühlte sich dadurch in seiner Existenz bedroht, die Farmerbevölkerung empfand den schweren Druck des Großkapitals, und auch in der Arbeiterwelt rief man nach Abhilfe. Roosevelt trat in die Schranken und führte mit diesem Räum einen Schein-kampf gegen die Trusts. Es fiel ihm nicht ein, die kapitalistische Grundlage der Trusts anzulassen, aber er erklärte in vielen Reden, daß die schädlichen Auswüchse der Trusts beseitigt werden mühten! Untersuchungen wurden amtlich eingeleitet, und es ward festgestellt, daß Verschwörungen zur Ausplünderung des Publikums sowohl als auch zur Unterdrückung aller Konkurrenz auf seiten der Großkapitalisten bestanden, in erster Linie durch eine Verbindung der Trusts mit den Eisenbahngesellschaften. Eine Anzahl von Trusts wurden angeklagt, darunter der mächtigste von allen, der Standard-Oil-Trust, der denn auch zu einer Strafe von 90 Millionen Dollar verurteilt wurde. — Der Kongreß erließ Gesetze, den Eisenbahnerbetriebe betreffend, und rüstete die zwischenstaatliche Handelskommission mit größerer Vollmacht aus, um der mißbräuchlichen Ausnutzung der Trustsgewalten entgegenzuwirken.

Zeitweise fand die Eisenbahnfrage im Mittelpunkt des Interesses. Viele Stimmen erhoben sich, die eine scharfe Kontrolle des Bundes über die Eisenbahnen verlangten; andere forderten die Ueberführung der Eisenbahnen in Nationalbesitz. . . .

Den Großkapitalisten wurde Roosevelts Politik unangenehm. So wenig sie seine „traufseindliche“ Politik ernstlich zu fürchten brauchten, so brachte diese ihnen doch viele Unannehmlichkeiten. In einem Streite zwischen Roosevelt und dem „Eisenbahnherrn“ Harriman wurde jenem denn vorgehalten, daß er ja nur mit Hilfe der Trusts gewöhnt sei und daß die Großkapitalisten den republikanischen Wahlkampf zu diesem Zwecke gefüllt hätten! Als ein Sieg der Trusts über den Kleinbürgertum Roosevelt ist es schließlich auch anzusehen, daß dieser am Ende des Jahres sein Spiel um die dritte Präsidentschaft endlich aufgab und in aller Form erklärte, daß er nicht als Kandidat zu betrachten sei: seine Chancen waren zu ungünstig geworden.

Eine wichtige Rolle in der inneren Politik spielte auch die Einwanderungsfrage, besonders durch die Opposition der Bevölkerung der Staaten Kalifornien, Washington und Oregon gegen die Einwanderung der Japaner. Die Weigerung der Stadt San Francisco, den Japanern Zutritt zu den hädlichen Schulen zu gewähren, führte zu Reibungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, die zwar bald ihre Erledigung fanden, aber doch immerhin zu einer sehr lebhaften Erörterung in der Presse Veranlassung gaben. Man erlachte die Rivalität zwischen beiden Reichen um die Herrschaft im Stillen Ozean, von der unter anderem die Flotte der Kriegsmarine von

33 Schiffen, die im Dezember den Atlantischen Ozean verließ, Zeugnis gibt.

Der Kongreß erließ strengere Einwanderungsgesetze und erschwerete auch die Naturalisation der Eingewanderten; ferner wurde beschlossen, daß naturalisierte Bürger ihr Bürgerrecht verlieren, wenn sie länger als zwei Jahre dauernden Aufenthalt in ihrem Heimatlande nehmen! Gegen die japanische Einwanderung wurde Stellung genommen, indem man nur mit Pässen und Geldmitteln versehenen Japanern Einlaß gewährte.

Die Einwanderung im Kalenderjahr 1907 wird auf rund 1 400 000 angegeben. In den letzten zehn Wochen des Jahres dagegen setzte eine Rückwanderung nach Europa ein, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Die Industriekrise, die rapid um sich greifende Arbeitslosigkeit trieb viele Tausende von Arbeitern aus dem Lande.

Der große Finanzsturz begann am 17. Oktober mit dem Zusammenbruch der New Yorker Firma Peirce und Co., die ungeheure Spekulationen in Kupfer unternommen hatte und bald andere Firmen nach sich rief. Eine furchtbare Unsicherheit ergriff die Finanzwelt; denn große Kapitalien waren nur auf flüchtigen Werten aufgebaut, die sofort zusammenzusinken mußten, sobald das Vertrauen schwand. Die Börse war fieberhaft erregt; gewaltige Kursstürze brachte jeder Tag. Am 22. Oktober brach eine Millionenkrise, die Knickerbocker Trust Co., zusammen, und Tausende verloren ihr Vermögen. Jetzt folgte ein Banksturz dem anderen. Das Bargeld war äußerst rar und teuer geworden. Die Regierung griff ein, um eine noch größere Panik zu verhüten; sie stellte den Banken Millionen zur Verfügung; auch in Europa wurde Hilfe gesucht und von dort das begehrte Gold im Werte von 125 000 000 Dollar bis Ende des Jahres nach den Vereinigten Staaten gebracht. Die Zentralinstitute für die Banken in den Großstädten gaben ihr eigenes Geld (Papier) heraus, und manche Großunternehmer taten dergleichen, was in einigen Orten zu Konflikten mit den Arbeitern führte, welche mit Recht Garantie für die wertlosen Scheine forderten, die man ihnen in die Hand drückte. In Goldfields im Staate Nevada brach aus diesem Anlaß ein großer Streik der Bergleute aus. Roosevelt sandte ohne jeden Grund Bundesmilitär nach Nevada, und er wurde von der Organisation der Bergleute beschuldigt, daß er dies nur aus Hoch und aus Rache gegen den Verband der Bergleute der Weststaaten getan habe.

Die Führer eben dieses Verbandes standen im Mai 1907 im Prozeß zu Idaho vor Gericht, angeklagt der Verschwörung gegen den Staatsgouverneur Steunenberg, der vor einigen Jahren einem Attentat zum Opfer fiel. Der Prozeß erregte bei der gesamten organisierten Arbeiterschaft die größte Sensation. Die sozialistische Partei hat es sich besonders angelegen sein lassen, zu zeigen, daß es sich hier um eine Verschwörung der Grubenbesitzer gegen die Führer der Bergarbeiterorganisation handelte. In allen Städten des Landes wurden Protestversammlungen veranstaltet und Gelder zur Verteidigung der Angeklagten, die schon ein Jahr lang in Untersuchungshaft saßen, gesammelt. Roosevelt nahm Stellung gegen die Angeklagten, ehe noch der Prozeß begonnen hatte! Er bezeichnete sie öffentlich als „unerwünschte Bürger“, was einen Sturm der Entrüstung entfesselte. Nach verzweifelterm Kampfe gelang es, für den ersten Angeklagten, Haywood, einen Freispruch zu erzielen, worauf der zweite, Mohr, gegen Bürgschaft entlassen wurde. Gegen den dritten Angeklagten, Pettibone, begann der Prozeß im Dezember und endete Anfang Januar 1908 gleichfalls mit einem Freispruch!

Die feindselig die Regierung sich den organisierten Arbeitern gegenüber verhielt, das zeigte sich nur zu häufig durch die Herausgabe der sogenannten Inhaltsbefehle, durch die versucht wurde, Streiks und Wobkotts der Arbeiter lahmzulegen. Präsident Comper vom Arbeiterbund erhob öffentlich scharfen Protest gegen diese Parteimahne der Regierung zugunsten der Unternehmer.

In Norfolk im Staate Virginia trat der Amerikanische Arbeiterbund am 11. November zu seinem 27. Jahreskongreß zusammen. Ueber 400 Delegierte waren anwesend, und die Sitzungen nahmen zwei Wochen in Anspruch. Nach dem Jahresbericht hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter überall gute Fortschritte gemacht, trotzdem eine Reihe großer Streiks erfolglos verlief. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres betrug 1 535 970, das sind 85 000 mehr als 1906. Die Jahreseinnahmen betragen 174 330, die Ausgaben 159 000 Dollar, und es war ein Kasienbestand von 127 610 Dollar vorhanden. Die Zeitung des Bundes erklärte es für dringend notwendig, einen Verteidigungsfonds anzulegen, um den scharfen Angriffen der Fabrikantenliga der Vereinigten Staaten zu begegnen, die sich die Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisationen zum Ziel gesetzt hat. Der Kongreß beschloß die Erhebung eines Extrabeitrages zu diesem Zwecke. Es wurde auch erklärt, daß der Bund nicht gesonnen sei, sich die für das Jahr 1908 zahlreich angekündigten Lohnreduktionen widerstandslos gefallen zu lassen, so daß also viele schwere Kämpfe in Aussicht stehen. Größere Aufmerksamkeit soll auch den Einwanderern zugewendet werden, die durch angestellte Organisationsleiter über Ziele und Zwecke der Gewerkschaften unterrichtet werden müssen, wenn sie nicht eine Gefahr für die organisierten Arbeiter bilden sollen. Gegen die asiatische Einwanderung nahm der Bund entschiedene Stellung; er verlangte, daß auch die Japaner nicht zugelassen werden dürften. Aus allerlei nichtigen Gründen wurde ein Antrag mit großer Majorität verworfen, der dahin zielte, die Ueberführung von Eisenbahnen und Kohlengruben in öffentlichen Besitz zu begünstigen. Einen ähnlichen Antrag in bezug auf die Telegraphen- und Telefonlinien hatte man vor einem Jahre auf dem Kongreß in Minneapolis angenommen! Dieses halblöse Hin- und Herschwanken ist bezeichnend für den Geist in den großen gewerkschaftlichen Organisationen Amerikas, die politisch ohne Einfluß sind und auf deren Stimmen die Politiker nicht hören, weil sie die Machtlosigkeit der Arbeiter kennen. . . .

Am 5. November fanden in Kentucky, Maryland, Mississippi, New Jersey und Rhode Island Staatswahlen statt, die aber von keiner besonderen Bedeutung waren. Republikaner und Demokraten kämpften miteinander und spannten die Arbeitermassen in ihren Dienst. Von den vielen Kommunalwahlen, die am gleichen Tage stattfanden, beanspruchten die Kämpfe in New York, San Francisco und Cleveland (im Staate Ohio) das größte Interesse. In New York hatte W. A. Hearst es mit einer neuen politischen Konstellation versucht, um zu Einfluß zu gelangen. Er hatte sich gegen Tammany Hall, die mächtige demokratische Organisation, mit den Republikanern verbündet, wurde aber von Tammany mit einer erdrückenden Majorität geschlagen. — In San Francisco, wo die Arbeiterpartei durch die Bestechungsaffäre ihres Bürgermeisters Smith stark an Ansehen verloren hatte, setzte der Kandidat der „Reformer“ mit kleiner Majorität über den Kandidaten der Arbeiter. — In Cleveland wurde Tom C. Johnson, ein alter und angesehener Demokrat, zum dritten Male als Bürgermeister gewählt. Seine Stärke lag darin, daß er die Rechte der Bürger gegen die Sozialistengesellschaften vertrat. — In Cleveland existierten eine schwere Niederlage. Während ihrer Wahlliste bei der Präsidents-

wahl 1904 beinahe 8000 Stimmen erzielte, wurden am 5. November 1907 kaum 800 Stimmen für die Kandidaten der Partei abgegeben! Die übrigen Resultate der Wahlen, wie z. B. in New York, zeigten dagegen gute Erfolge: In Groß-New York wurden vor einem Jahre 13 354 Stimmen, diesmal 17 656 abgegeben. Im Staate New York erhielten die Kandidaten im Vorjahre 21 751, jetzt 23 798 Stimmen. In vielen kleinen Kreisen war ein überraschender Aufschwung in den Stimmengahlen für sozialistische Kandidaten zu verzeichnen.

Die sozialistische Partei hat im allgemeinen während des Jahres gute Fortschritte gemacht: die Organisation umschließt rund 80 000 Mitglieder. Auch die Parteipresse hat einen Aufschwung genommen, und in Chicago wurde eine englische Tageszeitung gegründet. Tüchtige Redner waren ständig auf Agitationsreisen durch die Vereinigten Staaten.

Auf dem Schlachtfelde der Industrie fielen Tausende von Arbeitern. Viele große Unglücksfälle wurden aus der Bergwerksbetriebe und aus der Stahl- und Eisenindustrie gemeldet. Im Dezember nach kamen einige Schwedenberichte über Bergwerkskatastrophen in Fairmont, West-Virginia und Pittsburg. Zahlreiche Opfer an Arbeiterleben forderte, wie in jedem Jahre, auch diesmal wieder der Bahnbetrieb des Landes.

Der Panamafanal machte im Jahre 1907 große Fortschritte. Am 1. April wurde die Leitung der Arbeiten der Armeeverwaltung übertragen. Eine neue Kommission wurde eingesetzt, und Armeeingenieure traten in die leitenden Ämter. Man hat sich für einen Schleusenkanal entschieden, und die Kosten des Unternehmens auf 140 Millionen Dollar veranschlagt. Am 30. Juni 1907 war die Zahl der Angestellten beim Kanalbau 4137 weiße und 14 000 farbige Arbeiter gegen 500 weiße und 13 625 farbige Arbeiter im Juni des Vorjahres. Mit den Erdarbeiten will man bis zum Jahre 1912 fertig sein.

Die Philippinen erhielten im verfloffenen Jahre eine gewisse Selbständigkeit. Im Oktober wurde das Parlament der Philippinen in Manila durch den Kriegsfeldmarschall Taft eröffnet. Dies Parlament bildet das Unterhaus in der Gesetzgebung, der maßgebende Faktor ist aber die Philippinenkommission (als Oberhaus), die von Washington aus eingeseht wird. Die Wahlen zum Parlament ergaben eine Niederlage der den Amerikanern freundlichen Partei. Da die Philippinen den Amerikanern viel kosten (beinahe 100 Millionen Dollar pro Jahr), wurden wiederholt Stimmen laut, die Inseln aufzugeben, was aber stets Zurückweisung fand als „unverträglich mit der Ehre der Nation“. Dagegen legte man viele Befestigungswerke auf den Philippinen an. . . .

In Kuba und in Porto Rico folgte das amerikanische Kapital immer festeren Fuß, und in Uebereinstimmung damit wurden auf jenen Inseln die Klagen der Arbeitermassen über die furchtbare Ausbeutung immer lauter.

Ein neuer Staat, Oklahoma, der 46. im Bunde, wurde in die Union aufgenommen.

Das provisorische Handelsabkommen mit Deutschland lief am 30. Juni ab. Deutschland erwartete Zugeständnisse, die Amerikaner wollten nichts zugestehen, und man begnügte sich schließlich mit einem Stillwerk: als weiteres Provisorium. (Die Vereinigten Staaten exportieren jährlich für 325 bis 350 Millionen Dollar nach Deutschland.)

Am Schlusse des Jahres mehrten sich die Berichte über ein ungeheures Anschwellen der Arme der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Die Arbeiter stellten Forderungen an die Regierung, eingedenk der riesigen Anstrengungen, welche die Regierung machte, um den bedrängten Finanzmännern bei Beginn der Krise beizuspringen. Es ist aber sehr fraglich, ob die Arbeiter ebenso geneigtes Gehör finden werden. Für die nächste Zukunft eröffnen sich also der von Not und Sorge bedrängten Arbeiterschaft wenig Lichtblicke. . . .

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 18. Januar 1908.

Geldmarkt — Kohlenmarkt — Rohisenfundat — Stahlverband — Güterverkehr — Fertigungsindustrie — Verminderte Konsumkraft — Baumarkt.

In den letzten Wochen des vergangenen Jahres hatten sich die Geldverhältnisse derart verschlechtert, daß die Hoffnungen, die sich am Beginn des neuen Jahres knüpften, zunächst stark herabgemindert wurden. Nun sollen aber anscheinend die allzu trüben Verfassungen sich doch nicht bewahrheiten. Wenn die nächsten Wochen eine gleiche Weiterentwicklung am Geldmarkt bringen wie die letzte, dann kommen wir doch wohl schneller zu normalen Verhältnissen, als nach der Marktgeltung im Dezember 1907 zu erwarten war. Die letzten Verkaufswerte ergeben ziemlich erhebliche Statusverbesserungen. Die Reichsbank hat den Diskont heute auf 6½ Proz. ermäßigt und der Privatdiskont ist schon auf 5 Proz. herabgegangen. Für eine größere Geldflüssigkeit scheinen auch die Ergebnisse der neuerlich preussischen Emission zu sprechen. Wie die Seehandlung der Öffentlichkeit hat wissen lassen, ist die Beteiligung an den Zeichnungen eine über Erwarten große. Und auch an der Börse herrschte in den letzten Tagen hoffnungstreue Stimmung. Die Aktien der Industrie- und Bauunternehmungen, die unter der ungünstigen Gestaltung am Warenmarkt und der pessimistischen Beurteilung der Zukunft teilweise trübe Kurstüdigänge zu erleiden hatten, gewannen wieder einige Prozent. Es dürfte aber verfehlt sein, aus dieser Bewegung und einer weiteren Besserung am Geldmarkt auch auf eine schnelle Erholung in Handel und Verkehr zu schließen. Allerdings, für die eigentliche Großindustrie sind, nach den Stimmen aus dem eigenen Lager, überhaupt noch keine trüben Tage gekommen. — Im Kohlenbergbau wird immer noch mit allen Kräften produziert. Aber der Verbrauch der Eisenindustrie hat zweifelsohne nachgelassen. Das beweist der Beschluß des Kohlenyndikats, die Beteiligung in Kohle um 10 Proz. einzuschränken. Inzwischen ist die Produktion damit, daß sogar eine länger andauernde Produktions-einschränkung von 25 Proz. sich als notwendig erweisen wird. Daß der Bergbau, trotz des offensichtlichen Nachlassens des Begehrs nach Brennmaterialien in der Grobindustrie, noch angezogen wird, erklärt sich zum Teil aus der plötzlich scharf einsetzenden Kälte. Für Hausbrand waren keine Vorräte vorhanden. Wegen der hohen Preise und der langanhaltenden milden Witterung hatten die Konsumenten es unterlassen, größere Mengen einzulagern; andererseits lebt eine ansehnliche Schaar der Konsumenten überhaupt von der Hand in den Mund. Erklärlich also, daß mit den kalten Tagen ein starker Begehrt hervortrat, dessen Befriedigung die Produktion unmittelbar beeinträchtigte. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß bisher die ganze Förderung durch den direkten Verbrauch und Export abgenommen wurde, aus diesem Grunde die Werke- und Händlerlager ebenfalls geräumt wurden und die Möglichkeit, diese wieder zu füllen, die Förderung vorläufig auch günstig beeinflussen kann. — Wie die „N.-West. Ztg.“ zu berichten wußte, hat das Düsseldorf-Rohisenyndikat in den letzten Wochen wieder erhebliche Aufträge herbeikommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen tragen so unbestimmte Angaben wie „erheblich“ allzu sehr den Stempel der Stimmungsmache an der Stirn. Wenn es sich um Mengen handelte, die für den Arbeitsmarkt wirkliche Bedeutung hätten, würde man die neuen Auftragsquantitäten nicht belächeln verweigern. Die Wirkung soll jedenfalls als ein Symptom betrachtet und gewertet werden, während es sich tatsächlich vielleicht um irgend einen Zufallsauftrag handelt. Wäre es ein Symptom für ernstes Auswachsen des Begehrt, dann würde das Luxemburger

Stundlohn den Preis für Gubdeleisen kürzlich nicht noch um zehn Pfennig reduziert haben. — Eine glückliche Hand oder gute Schenkel hat zweifellos der Stahlverband bei seinen Abkühlungen mit Stahloberverwertung. Dem für seine Mitglieder sehr günstigen Abkühlung mit der preussischen Eisenbahnverwaltung hat er jetzt einen mindestens so vorteilhaften Lieferungsvertrag mit der Verwaltung der bayerischen Staatsbahnen abgeschlossen. Während anderweitig Aufträge nur mit erheblichen Preissteigerungen zu erlangen sind, ist der erwähnte Vertrag, der dazu auch noch auf drei Jahre läuft, auf der Grundlage der Hochkonjunkturpreise abgeschlossen; für Schienen z. B. mit 120 M. pro Tonne. — Daß solche Abkühlungen in der tatsächlichen Marktlage nicht begründet sind, ergibt sich schon aus dem verminderten Güterverkehr. Der ungünstige Fuhwasserstand bedingt eine erhebliche härtere Transportabnahme der Eisenbahn für die Güterbewegung, trotzdem sind die Klagen über Wagenmangel vermindert. Die Eisenbahnverwaltung kann jetzt allen Anforderungen genügen. — Troy der aus der Eisen-Großindustrie gemeldeten günstigen Momente sind aber auch hier schon mehrfach Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden. Viel trauriger sieht es aber in der Weiterverarbeitung aus. Mit Entlassungen halten die Unternehmer allerdings möglichst zurück; vielleicht erwarten sie baldiges Wiederaufleben des Wirtschaftslebens und suchen daher einen guten Arbeiterstamm zu erhalten. Durch Einlegung von Feiertagen und Reduktion der täglichen Arbeitszeit, bis auf sechs Stunden hinab, glaubt man ohne umfangreichere Entlassungen über die harte Zeit hinwegzukommen. Bei alledem ist in einzelnen Branchen die Zahl der Arbeitslosen außerordentlich groß. — Daß schon im Dezember vorigen Jahres die Kaufkraft der Bevölkerung stark abgenommen haben muß, kann man aus den Ergebnissen des letzten Weihnachtsgeschäftes schließen. Teilweise sind die Entnahmen nicht nur hinter den Erwartungen, die man glaubte hegen zu dürfen, sondern auch hinter den Leistungen des Vorjahres zurückgeblieben. Von dort, wo Einnahmesteigerungen berichtet werden konnten, wurde gleichzeitig konstatiert, daß die Käufer vielfach zu minderwertigen Erzeugnissen gegriffen haben. Das sind jedenfalls keine Zeichen für die Ansicht, die Kaufkraft der Arbeiterklasse sei gewachsen. — Ob bei den obwaltenden Verhältnissen das Baugewerbe bald eine erhebliche größere Unternehmungstätigkeit entfalten wird, erscheint auch dann noch zweifelhaft, wenn die Geldverhältnisse sich weiter günstig entwickeln. Das Unternehmertum glaubt nämlich, es sei eine günstige Zeit gekommen, um den Arbeitern verminderte Tarifbedingungen aufzudrängen zu können. Im vorigen Jahre hat die Vantätigkeit zweifellos sehr unter der Geldknappheit gelitten. Wie schwer es hier, Baugelder zu bekommen, geht aus dem Jahresbericht der Firma G. Salomon hervor: Für streng mündelsichere Posten, welche im Jahre 1908 noch 4 1/2, 5 1/2 und 7 1/2 Proz. p. a. abgeschlossen werden konnten, liegt der Zinssatz auf 4 1/2—4 3/4—5 1/2 Proz.; für andere Posten, für Privatkapitalisten geeignete erste Stellen, selbst für solche in Posten bis etwa 200000 M., mußte bis Oktober d. J. bis 4 1/2, 5 1/2 und später 4 1/2 Proz. bewilligt werden. Bei den Darlehnsinstituten war schon im ersten Semester 1907 unter 4 1/2 Proz. Zinsen kaum Geld zu haben. Später verlangten dieselben 4 1/2—4 3/4—5 1/2 Proz. für Beleihungen in ein-

zelnen Vororten sogar bis 5 Proz. Zinsen und in allen Fällen eine Abschlagsprovision von mindestens von 1 1/2—3 Proz., und selbst zu diesen Zinsen und Provisionshöhen war im letzten Quartal bei den meisten Instituten kein Geld zu haben. — Eine natürliche Folge dieser Geldknappheit war die Einschränkung der Bauvartätigkeit. Baugelder waren zeitweise gar nicht zu haben und bei den Zinshöhen von 6—7 Proz. neben hohen Abschlagsprovisionen, welche für Baugelder gefordert wurden, konnte eine Vantätigkeit nicht mehr lohnend erscheinen. — Während in Berlin in der Zeit vom 1. Oktober 1905 bis ultimo September 1908 9197 Baugenehmigungen erteilt wurden, sind in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis ultimo September 1907 nur 8901 Baugenehmigungen, also 206 weniger erteilt worden. Da sich für das laufende Jahr die Verhältnisse für das Baugewerbe, trotz der sonstigen industriellen Abschwächung, zweifellos viel günstiger gestalten werden, dürfte die Unternehmer sich doch wohl noch überlegen, ob sie lediglich um ihren Kampfplan an den Arbeitern zu tüpfeln, die für sie günstigere Periode durch einen wirtschaftlichen Krieg ausfüllen wollen. D.

Gerichts-Zeitung.

Ein Staatsanwalts-Embryo.

Eine „Zweikampffare“, die eines gewissen humoristischen Reizgeschmacks nicht entbehrt und einen eigenartigen Beitrag zu der „Duellfrage“ lieferte, beschaffte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Kartelltragens nach § 203 St.-G.-B. war der Student der Rechte Max Angelbich angeklagt. Den Ausgangspunkt dieser Angelegenheit bildete ein Vorfall, der sich unter dem Zeichen des Alkohols in den Winterjahren abspielte. Am 3. August v. J. sah der Angeklagte mit einem Freunde, der damals auf einer sogenannten „Preise“ war und jetzt Farmer in Argentinien ist, in dem genannten Lokal. Jener Freund, ein gewisser Milch, hatte schon manchen leichtsinnigen Streich hinter sich und hatte auf Anregung seines Vaters später die Reise über den großen Teich angetreten, um in Südamerika Landwirt zu werden. Durch seinen letzten Streich in Berlin brachte er noch den jetzigen Angeklagten in eine sehr fatale Situation. Wegen einer Dummjungen-Ansicht kam es zu einem Streit zwischen Milch und einem am Abendessen sitzenden 17jährigen Buchbindungsgehilfen Pollad. Es kam zu einem „Kraach“, der, obwohl sich die Kontrahenten kaum noch auf den Beinen halten konnten, zu einem Kartentausch führte. Am nächsten Tage erhielt der von Milch geforderte Pollad einen Brief, in dem er um Angabe von Zeit und Ort einer Zusammenkunft zwecks Klärung der näheren Bedingungen aufgefordert wurde. Pollad antwortete darauf, daß er — nur während seiner Arbeitszeit von 4 bis 6 Uhr sich auf der Potsdamer Brücke zur Verfügung stellen könnte. Tatsächlich trat auch am nächsten Tage auf der Potsdamer Brücke der Angeklagte Angelbich, der die Verurteilung seiner und seines Freundes „Sitten“ nicht merkte, an P. heran und überbrachte ihm mit feierlichem Ernst

eine Forderung auf „Sübel eine“. Pollad antwortete, wie es vor Gericht befandete, scherzhaft, daß ihm eine „Apfel-sine“ lieber wäre, er würde jedoch, wenn es nicht anders ginge, „antreten“, vorher aber müsse er seinem Vater jedoch von dem bevorstehenden Zweikampf benachrichtigen. Als Pollad, der die ganze „Forderung“ von der scherzhaften Seite auffaßte, am nächsten Tage nichts von sich hören ließ, erschien Angelbich in der Buchhandlung, bei der P. angestellt war, und erklärte ihm, daß sein Auftraggeber Milch ihn ohrfeigen würde, wenn er (Pollad) „Ineisen“ würde. Der Chef des Geschäftes, der zufällig diese Unterredung mitangehört hatte, setzte sich mit dem Vater in Verbindung, der der ganzen Komödie durch einen Gang nach dem nächsten Polizeirevier ein Ende machte. Die Folge war, daß die jetzige Anklage gegen den Kartellträger Angelbich erhoben wurde. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er selbst habe die ganze Forderung nicht ernst genommen und habe auch Versuche gemacht, eine Einigung herbeizuführen, so daß er nach § 209 St.-G.-B. strafflos bleiben müsse. Staatsanwalt Laasche bezeugte die ganze Forderung an den jungen Mann vom Buchhandel und die Ueberbringung durch den etwas mehr konstanten Angeklagten als einen Dummjungenstreich. Da jedoch die Forderung von seiten des Angeklagten ernst genommen sei, wie er durch den Vorgang in dem Geschäft des P. bewiesen habe, so beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 5 Tage Festungshaft. Das Gericht hielt jedoch die ganze „Zweikampffare“, wie der Vorsitzende ausführte, für eine Kindererei, da der Angeklagte schon bei der Ueberbringung der Forderung ein kindlich und lächerlich zu nennendes Gebaren an den Tag gelegt habe. Das Gericht erkannte deshalb auf Freisprechung. Welche Freude, wenn der Angelbich später mal als — Staatsanwalt amtiert wird!

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. L.	am 11. L.	Wasserstand	am 12. L.	am 11. L.
Remel, Mühl	284 ^h	— 2	Saale, Großh.	160	— 14
Bregel, Jüterburg	59 ^h	+ 1	Gabel, Staudau ^h	95 ^h	0
Reichel, Thorn	231 ^h	+ 4	Kathen ^h	125	— 8
Oder, Rathor	145 ^h	— 9	Spree, Spremberg ^h	100	0
„ Krollen	124	0	„ Biesdorf	157 ^h	+ 9
„ Bannfurt	160 ^h	+ 20	„ Köthen	35 ^h	— 20
Barthe, Schramm	150	+ 10	„ Riesa	25 ^h	— 11
„ Landsberg	76 ^h	+ 28	Rhein, Marienflandau	202	— 0
Nehe, Borsdam	145 ^h	— 12	„ Kriebitz	114 ^h	0
Elbe, Lüttenberg	— 27	— 1	„ Röll	155 ^h	0
„ Dresden	—	—	Reda, Zellbrunn	24	— 9
„ Barby	107 ^h	+ 9	Rain, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	—	—	Wesel, Zeitz	—	—

h) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterwass. — *) Ufshand. — *) Starkes Grundbeil. — *) Treibeil. — *) Grundbeil.

Zur den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 11. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Götterdämmerung. Anfang 6 1/2 Uhr.
Königliches Schauspielhaus. Die Frau von Messina.
Deutsches Schauspielhaus. Die Räuber.
Kammerspiele. (Abend) Erntedankfest. (Anfang 8 Uhr.)
Leipzig. Kaiser Karls Hofkapelle.
Thalia. Er und seine Schwester.
Vorjüng. Die Fäustel.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Gonne.
Neues Schauspielhaus. Jüdischer Hahn.
Berliner. Wanders.
Renes. La Gioconda.
Kleines. Mandragola.
Gartenstr. 48. (Kammer-Theater.)
Hermannschloß.
Schiller-Charlottenburg. Philister.
Die Lore.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. In Vertretung.
Weitra. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Johis-pohs.
Komische Oper. Aelion.
Central. Frau Warrens Gewerbe.
Neuburg. Gang der Papa.
Zirkus. Cyprienne.
Trianon. Fräulein Josefine — meine Frau.
Bernhard Rose. Die arme Wiege.
Bürgerl. Schauspielhaus. Wehrlater der Reichheit.
Carl-Haberland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n!
Uvols. Hymna. La belle Alexia.
Gente.
Wahalla. Spezialitäten.
Gottes Caprice. Mal nach andres.
Dumme Punkte. Eine anständige Frau.
Gehr. Herrnsfeld. Papa und Gesellen.
Parodie. Jodensack, Lammhauer.
Königs-Banna.
Sahns. Federleute.
Wintergarten. Robert Stelm. Spezialitäten.
Palast. Die kranken Engel.
Lohse. Spezialitäten.
Vorwärts. Varietés, Adress. 67.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
12a. 12. Tauentzstraße 18/19.
8 Uhr: Koko und die Pyramiden.
Vorjüng abends 8 Uhr: Dr. C. Thasing: Aus dem Tagebuch der Erde.
Sternwarte. Invalidenstr. 97/92.

Berliner Theater.

Gastspiel d. Neues Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Blaubart

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Eleonora Duse:
La Gioconda.
Mittwoch: Hedda Gabler.
Donnerstag: La Signora delle Camelie (Die Kammerdame).

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr. Agnes Sorma.
Mandragola.
Mittwoch: Mandragola. Agnes Sorma.

Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.
Samstag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

In Vertretung.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: In Vertretung.
Donnerstag: Madame Sans Gêne.
Freitag 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
König Heinrich.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Zauberflöte.
Mittwoch: Umlinde.
Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen.
Freitag: Die Entführung aus dem Serail.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Harz und Desvalliers. Deutsch v. R. Schönan.
Baron des Kubraus: Rich. Alexander.
Sonabend, den 13. Januar zum erstenmal: „Vikt.“
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu ver-sollen?

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Cyprienne
oder: Wir lassen uns scheiden.
Mittwoch: Cyprienne oder: Wir lassen uns scheiden.
Donnerstag: Krieg im Frieden.
Freitag: Das Geträumel.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Was und Worin? Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kisten.
Abends zum erstenmal: Wallenstein's Tod.
Montag: Wallenstein's Tod.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Arnsdorferstr. 132
Premiere: Die arme Wiege von Kurt Matull.
Anfang 8 Uhr. — Bedeutungspreis.
Mittwoch Operenvorstellung: Der Troubadour.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Hermannsblüthe.
Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Reiterattache.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)

Dienstag abends 8 Uhr: Vieder-Abend. Ernst und Friedrich Schwabe. (Vieder und Duette.) Otto Vals (Klavier).
Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag von Fritz Stahl: Rembrandt (2 Teil) mit Lichtbildern.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag, 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr.
— Um 9 1/2 Uhr zum 21. Male —
Ende gegen 11 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!

Amerika

zur Zeit des Bürgerkrieges.
Klavierspiel u. Trachten 1861—1863
Wild-West.

Cowboyexerziten

auf importierten Maultieren.
Festtag auf dem
Broadway in New York.
Feuerwehr aller Nationen.
Glänzende Licht- u. Wasserrefekte.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
C. Thielscher, F. Massary, B. Darmant, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
La belle Alexia. die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Harry u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner Opernprobe.
Hymack.
Der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (Kleine Preise) Familienvorstellung.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josefine — meine Frau.
Sonntag nachm. : Gastons Frauen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Philister.
Lustspiel in 3 Akten v. Joh. Wolfgang Goethe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
College Crampton.

XIII. Saison.

Zirkus Busch
Dienstag, den 14. Januar 1909 abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.
Kunstler d. Herrn Kommissionsrat Gustav Stenbock. Dir. des Berlin. Zirkus als Gast. Die berühmte Reiterfamilie Clarke. The Kremo Family, 10 Personen. Bros. Clarkonians aus Amerika. Das Böhmische Musik- u. Tanz-Orchester der Kulturwelt. Ferner Herr Stelle Gressel, Schachmeister Herr Ernst Schumann. Reiterexerziten.
Um 7,10 Uhr: Auf der Gasse! Gr. Wagners-Musik-Band d. Juchos. Tanz in 4 Bildern. Sturm und Schiffsuntergang. Die Wunder der Tiefsee.

Rixdorfer Theater

Bürgerliche, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 13. Januar 1909:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörster.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Die Tochter des Herodias.
Trio Florenti. Lotte Henke, Hil Yanke, Trio Fasio, The Gidols, Jacques Bronn, Till Marx, Cavaliere Grotto, Zetiond Zetto, die singenden Engelsköpfe.
The wonderful Emillions, Vitascope.

Wahalla Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 49/49.
8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörspiel 8 Uhr:
Dr. C. Thasing: Aus dem Tagebuch der Erde.

Theater an der Spree

Abendkassette 68.
Täglich 8 Uhr:
Sofuspokus.
Neue Berliner Fosse mit Gel. u. Lang von Louis Herrmann.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Witt. Baumstr. 10.
In der Irre.
Schauspiel nach d. Roman d. „Berliner Morgenpost“.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsstellen gültig!
Donnerstag Extravorstellung: Der Sonnenhof.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr:
Entree 20 Pf.

Rixdorfer Theater

Bürgerliche, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 13. Januar 1909:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörster.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Die Tochter des Herodias.
Trio Florenti. Lotte Henke, Hil Yanke, Trio Fasio, The Gidols, Jacques Bronn, Till Marx, Cavaliere Grotto, Zetiond Zetto, die singenden Engelsköpfe.
The wonderful Emillions, Vitascope.

Wahalla Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.
Tänze, Musik, Kunst, Kunst, Kunst.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Hierdurch teilen wir allen Freunden und Bekannten mit, daß am Freitag, den 10. Januar, unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Restaurateurin

Auguste Kamp

verwitwete Lenz geb. Schmack im Alter von 68 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden verschieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
P. Deng, Gabelstr. 110.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Ackerstraße, aus statt.

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Letzte Woche. Zum 74. Male:
Zapfenstreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.
Sonabend Gala-Premiere: Nacht ashl. Rosenmontag.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Bedeutungspreis 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Sanssouci

Katzenbuser Straße 6
Direktion: Wilhelm Reimar.
Gute Dienstag:
II. große Spezialitätenvorstellung.
Glans-Nummern!
Erstklassige Künstler!
Beginn 8 1/2 Uhr.
Tanz-Kränzchen.
Beg. Sonntag, Sonntag 8 1/2.

Buddenhagen

Montzplatz
..... im Theatersaal täglich

Albert Böhme

und das großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Sefer, Brummann, Göhrig, Reumann, Offen, Kästig.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer Uk-Trio.



Neues Programm.
Ruth St. Vincent
 Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
 reizende Radfahrkünstlerinnen.
 Rochez Affen
 Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
 der beliebteste Humorist,
 und viele andere
 erstklassige Spezialitäten.

Russische Varietetheater
 und Festsäle
 Inh.: J. Leschkowski.
 Ackerstraße 6-7.
 Täglich:
 Theater- und Spezialitäten-
 Vorstellung.
 Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W.,
 Goltzstr. 9.
 Das glänz. Januar-Programm.
 Die berühmte Jahnke-Compagnie,
 in der alle Rollen ohne Konkurrenz
Vater und Sohn.
 Volksstück mit Gesang.
 Fingerring: 16 Spezialitäten.
 Jeden Abend: Duskos Kinematograph.
 Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
 10, 20 und 30 Pf.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Biogr-Theater „Westend“
 Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neuheiten.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide
 No. 108-114.
 Großartige, vollständig neue 16182*
Riesen-Festsaal-Dekoration
 das bayerische Hochgebirge, Münchener Hofbräuhaus,
 Hohenschwangau, Salzburg usw. darstellend,
 aus der Theatermalerei **Franz Schulz, Pappel-Allee.**
 Täglich! Täglich! Täglich!
Großes Bayerisches Bockbier-Fest.
Baron Muckls Bauernkapelle
Tirolertruppe Max vom Heede
30 bayerische Madl!
 Anfang täglich 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Donnerstag, den 16. Januar 1908:
Prämierung des längsten Zopfes.
 Drei Preise: M. 75,-, M. 50,-, M. 25,-.

Haben Sie schon
 die
Deutschen Konzerthallen,
 An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute
 Sonnabend, den 18. Januar:
Gr. Wiener Maskenball
 in Schnegelbergs Festsaal, Hasenh., Jahnstr. 22.
 Um 12 Uhr Domestizierung, um 1 Uhr Kaffeepause.
 Festpolonaise mit Überraschung. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende??
 Einlaßkarten a 50 Pf.
 sind vorher bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben:
 H. Cirke, Waldemarstr. 49 part., E. Posteur, Graunstr. 39,
 L. Hagenstein, Solmsstr. 21 III., H. Mathesius, Rigaerstr. 5,
 Quergebäude 1 Tr., W. Haupt, Schönleinstr. 7 vorn 1 Tr.,
 F. Büchner, Elisabethufer 36, Hirschkorn, Oldenburgerstr. 13,
 J. Beltz, Jablonskystr. 3, 2. Aufg. 3 Tr., sowie bei folgenden
 Mitgliedern: A. Bruzel, Wilsnackerstr. 61, C. Mahn, Eisen-
 bahenstr. 31. Mitglieder, Gönner u. Freunde unseres Vereins
 laden wir freundlich ein, recht zahlreich zu erscheinen.
Abendkasse findet nicht statt. Das Komitee.
Neuen großen Saal
 an Festlichkeiten, Kommerzien und Versammlungen, sowie kleinere Feste
 zu allen Gelegenheiten unter günstigen Bedingungen.
C. Elste, Deponier der Brauerei Hoppoldt, Hasenheide.
 Fernsprecher 4. 1932. — Straßenbahn nach allen Richtungen.
 Verantwortlicher Redaktor: Hans Weber, Berlin. Für den

Gebr. Herrnfeld-
Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Abends 8 Uhr:
 ●● Der Gipfel ●●
Herrnfeld schon Humors
Papa
 und Genossen.
 Sonntag nachmittags 8 Uhr bei
 halben Preisen:
Endlich allein!
 und
Der Fall Blumentopi

Hoppoldt's
 Neuer Konzertsaal.
 Dienstag:
 Richard Wagner-Abend: Graf.
 Mittwoch:
 Börsen-Wisla-Konzert.
 (23 Künstler.)

Wer ein Liebhaber von Vögeln
 ist, dem wird jetzt Gelegenheit ge-
 boten, in der am 15. Januar statt-
 findenden **Großen**
Berliner Vogel-Lotterie
 sein Glück zu versuchen.
 Nur sehr wenig Lose und große
 Chancen. In der v. 11.-14. Januar
 Rosenhallerstr. 11-12 stattfindenden
 Ausstellung können die Gewinne
 besichtigt werden. **Lose à 50 Pf.**
 Porto und Liste 30 Pf. extra sind
 in Lotterie- und Zigarrengegeschäften
 und **C. Haase, Berlin, Neue König-**
str. 85,
 zu haben. 292/10*

Neu! Elegant! Interessant!
 Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
 Sonntag von 3-11 Uhr.
 Stetiger Eingang von Neuheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
 Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn
 Thiel, Bergstr. 151/152:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Ob-
 männer. 4. Wahl der Ortsverwaltung und der Delegierten. 5. Wahl
 der Delegierten zum Gaukongress. 6. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerbe-
 gericht. 7. Verhandlungsangelegenheiten. 77/16

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!
 Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 in Dräfelds Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.
 Tages-Ordnung:
 Der Ruin der Tabakindustrie durch die drohende
 Weiterverpflanzung des Banderolensteuergesetzes auf
 die weiteren Tabakfabrikate, Zigarren usw. angesichts
 der heutigen Lage der Tabakindustrie.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wolffenshuh.**
 Jeder Tabakarbeiter und jede Arbeiterin muß am Platze sein!
 Der Abgeordnete **K. d. m. p. l.** ist brieflich eingeladen.
 187/1* Die Vertrauensleute: **W. Boerner, C. Gutry.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1292. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 15. Januar 1908,
 abends 8 1/2 Uhr:
Bezirksversammlung
 für die Südenbezirke (5, 7, 8, 9, 10)
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.
 Tages-Ordnung:
 1. Die zukünftige Zusammenlegung unserer Generalversammlung. Referent: Kollege **Dito Handke.** 2. Diskussion.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen wird zahlreicher Besuch erwartet.

Maschinenformer.
Mittwoch, den 15. Januar 1908,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Saale von Milbrodt, Müllerstr. 7, am Weddingplatz:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Die Lage in unserer Gruppe. 3. Diskussion.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
 110/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Drechsler.
 Die zu heute abend nach dem Gewerkschaftshaus einderstere
 Versammlung findet des Jahlabends wegen **nicht** statt.
 77/14 Die Kommission.

Achtung! Stockarbeiter.
 Mittwoch, den 15. Januar, abends punkt 6 Uhr, bei Lehmann,
 Neue Friedrichstr. 1:
Vertrauensmänner-Versammlung.
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen mehrerer Kollegen
 von den größeren Werkstätten notwendig. Der Obmann.

Achtung! Steinarbeiter Berlin II!!
 Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Engel-Ufer 15 (Saal III):
Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl des
 Vorstandes. 4. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz und Anträge zu
 derselben. 5. Gewerkschaftliches. 171/3
 Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
 Tel.: Amt IIIa 4835. Drittverwaltung Berlin. Tel.: Amt IIIa 4835.
Heute Dienstag
 vormittags 11 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:
Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht und Neuwahl des gesamten Vorstandes. 2. Bericht
 der Arbeitsvermittlung, der Bibliothekare, der Fleischer und Neuwahl derselben.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 50/3 Der Vorstand.

Einwohner Mariendorfs, Tempelhofs!
 Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr:
Volksversammlung
 im Lokal „Zum alten Askanier“ (Zuh. Parschke), Chausseestr. 82.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit. Referent: Schrift-
 steller Genosse **Paul Göhre-Zehendorf.** 2. Diskussion.
 Arbeiter, Hausfrauen! Erscheint zahlreich. Der Elberaner.

Leih-Haus Friedrich-Karl-Platz 12.
 Reich v. Brillant, Gold- u. Silbergesch.
 Uhren, Schm., Wäsche, Kleidungsst. etc.
 — Charlottenburg —
 Informativ veranm.: **H. Glöck, Berlin.** Druck u. Verlag: Vorwärts

Dankagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die zahlreiche Kränzschenke bei der
 Beerdigung meines lieben Sohnes,
 Bruders und Schwagers 24965
Wilhelm Riedel
 sage ich hiermit allen Verwandten,
 Freunden, als auch Bekannten, sowie
 dem Deutschen Holzarbeiter-Verband
 meinen herzlichsten Dank.

Familie Riedel.
Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 unvergesslichen Mannes, unseres guten
 Vaters, des Schloßers
Paul Haase
 sage ich allen, insbesondere meinen
 treuen Kollegen und Freunden vom
 Andreashof für ihre unergründliche
 Opferwilligkeit meinen tiefgefühltesten
 Dank. 24956
 Frau **Marie Haase** nebst Kindern.

Dankagung.
 Für die liebevolle Teilnahme und
 die zahlreiche Kränzschenke bei der
 Beerdigung meiner lieben Frau sage
 ich allen Verwandten, Freunden und
 Bekannten, wie dem Haushaus
 „Storubüne“, den Formern der
 Firma **Hoesmann u. Kühnemann**
 und der Sterbefälle der Metallarbeiter
 (Hilke Pantow) meinen herzlichsten
 Dank. 24978
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Hugo Bodien
 nebst Kindern.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4
Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 14752*
 Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuester Katalog
 in Empfehlung viel Acetate u. Prof. grat. u. fr.
 H. Unger, Gammelsdorfstr.
 Berlin NW. Friedrichstrasse 21/22.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
 Suspensorien sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
 Liefer. f. Ort- u. Hülfs-Krankenhäuser.
 Berlin N., 14992*
 jetzt **Gothringer Straße 60.**
 Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
 leuten, angenehm u. weich am Körper.

Glumen- und Kranzbinderei
 von **Robert Meyer,**
 nur **Mariannen-Straße 2.**
 Elle zu Weile.
119 Dresdner Str. 119
 Eckhaus Oranienplatz
Räumungs-Verkauf.
 Stolas,
Pelz-Krawatten,
 Mäntel u. s. w.
Nur prima Waren
 zu
 wirklich billigen
Inventur-Preisen.



Zur Aufklärung!
 R. Schmeißers Sauces-Würfel dient
 nicht, wie vielfach irrtümlich ange-
 nommen wird, als Heilmittel oder Ver-
 besserung für fertige Saucen, sondern
 zur ursprünglichen Herstellung der-
 selben ohne irgend welche weitere Zu-
 satz. Heberal zu haben. 5892*
 R. Schmeißers Nahrungsmittel-Fabrik,
 G. m. b. H., Leipzig, Filiale Berlin,
 Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.

Erklärung.
 Die Differenzen zwischen dem Ver-
 band der Bäcker und Herrn **Blod,**
 Aufseherstr. 46, und zur Aufrechter-
 haltung der Sache, sind durch die
 Väterei wieder als bewilligt
 zu betrachten. 24975
 Der Vertrauensmann der Bäcker.

Allen Parteigenosseninnen und
 Genossen, sowie meinen per-
 sönlichen Freunden sage ich
 auf diesem Wege für die zahl-
 reichen Beweise der Achtung
 und Freundschaft, die mir zu
 meinem 60. Geburtstag am
 Vorabend der großen gewaltigen
 Wahlrechts-Demonstration
 zugegangen, meinen aufrichti-
 gen Dank.

Fritz Zubeil,
 Mitglied des Reichstages.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 (Stöpenicker Viertel.)
 Begleit 201, Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Wahlkreis
Fritz Gohlke
 (wohnt auf Oppenheide 5)
 gestorben ist. 216/3
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. Januar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des **Gymnasiums - Kirchhofes**
 auf statt. 216/4
 Der Vorstand.

Am Freitag abend 11 Uhr nach
 nach langem, schwerem Leiden
 mein lieber Sohn, Bruder,
 Schwager, Onkel, der Schriftfeger
Alex. Packendorf
 im 43. Lebensjahre. 24985
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr,
 Nikolai-Kirchhof, Grenzlaube
 Allee 7-8 statt.

Am Freitag, den 10. Januar,
 verstarb unter lieber Mitarbeiter,
 der Schriftfeger
Alex. Packendorf.
 Wir werden ihm ein ehrendes
 Andenken bewahren.
Vorwärts-Buchdruckerei.

Todes-Anzeige.
 Am Freitag, den 10. Januar,
 verstarb nach kurzem Leiden unser
 Mitarbeiter, der Schriftfeger
Alex. Packendorf
 im 43. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mit-
 woch, den 13. Januar, nachmittags
 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Nikolai-Kirchhofes, Grenzlaube
 Allee, aus statt.
 Das Personal
 der Vorwärts-Druckerei.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Schlosser
Max Wunderlich
 gestorben ist. 110/3
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung

Den Kollegen zur Nachricht, daß
 mein lieber Mann, der Tischler
Max Manding
 am Sonnabend, den 11. Januar,
 abends 6 1/2 Uhr, plötzlich am Herz-
 schlag verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mit-
 woch, den 15. Januar, nachmittags
 1 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Frank-
 furter Allee 86, aus auf dem
 Georgen-Kirchhof, Landsberger
 Allee, statt. 16152
 Die trauernde Witwe.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, der Drechslermeister
Karl Wandrey
 am Sonntag nach langem schweren
 Leiden verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Mittwoch
 nachmittags 3 Uhr vom Kranen-
 halle **Roabit,** Eingang **Birken-**
straße, aus auf dem **Hellands-**
Kirchhof in **Pöthenitz** statt. 25078
 Die trauernde Witwe.

Dankagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 reiche Kränzschenke bei der Beerdigung
 meiner lieben Frau
Emma Sailer
 geb. **Schäfer**
 sage ich allen Freunden, Bekannten und
 Parteigenossen sowie dem Sparverein
 „**Acter Wille**“ und insbesondere der
 „**Sänger-Vereinigung Süd-D. II**“ meinen
 herzlichsten Dank. 16142
Eduard Sailer,
 Schantloet, Lübbenerstraße 6.

Das Volk heischt sein Recht!

Die acht Berliner Versammlungen

waren durchweg überfüllt. Im Feenpalast sprach vor 5000 Genossen der Genosse Stadthagen, in der Sodabrauerei vor 3000 der Genosse Richard Fischer. 2000 Versammlungsbesucher sah der große Saal von Duggenhagen, wo Heine sprach, und über 3000 Kellers Saal in der Rappensstraße, in dem Genosse Borgmann das Referat hielt. Auch in den Sophiensälen, wo Genosse Wurm sprach, waren 1500 Personen anwesend. Von allen Wahlkreisen hatte nur der langgestreckte und mehrfach durch Bahnanlagen geteilte sechste drei Versammlungen einberufen. Hier sprachen in der Brauerei Königstadt Genosse Ledebour, in den Germania-Sälen Genosse Fröhne und in der Brauerei Moabit Genosse Dr. Wenzl. Die Zahl der Versammlungsbesucher betrug insgesamt etwa 20 000, die Zahl der Demonstranten, welche keinen Einlass mehr in den Lokalen fanden, mindestens das Fünffache oder noch mehr.

Die Polizei und der 12. Januar.

Der 12. Januar wird nach zwei Richtungen hin im Gedächtnis der Berliner Arbeiterschaft haften bleiben, einmal weil an diesem Tage das Proletariat Berlins in machtvoller, imposanter Weise der herrschenden Klasse seinen Willen kundgab, sich nicht länger rechtlos machen zu lassen, dann aber deshalb, weil an diesem Tage dieselbe herrschende Klasse durch ihre Organe — vor allem durch die Polizei — dem Proletariat diese Rechtlosigkeit doppelt fühlbar werden ließ.

In letzterer Beziehung wurde der Arbeiterschaft klar gemacht, daß wir weit entfernt sind, davon zu reden, daß wir in einem Rechtsstaate leben, in einem Staate, in dem Gesetz und Recht gilt. Die Gewalt geht vor Recht, das hat sich am Sonntag wieder einmal deutlich gezeigt. Ueber das Verhalten der Polizei am Sonntag sind uns aus den Kreisen der Parteigenossen zahlreiche Zuschriften zugegangen, die beweisen, daß am 12. Januar in einer Weise gegen die Demonstranten vorgegangen wurde, die jeder Beschreibung spottet. Friedliche, ihres Weges gehende Bürger sind wie tündige Hunde behandelt worden, auf fliehende wehrlose Menschen ist rücksichtslos mit dem Polizeifüßel eingeschlagen worden, auf Leute, die der Polizei nicht im geringsten Widerstand geleistet haben. Ueber diese Verbrechen hier nur eine kleine Auslese aus dem sich zu Bergen häufenden Material, das uns zugegangen; alles zu veröffentlichen ist ganz unmöglich.

Eine Anzahl Genossen schreiben uns: Wir waren in disziplinierter Haltung, wie es unsere große Sache verlangt, bis in die Schönhauser Torstraße gekommen. Dort standen wieder wohl so gegen 30 Schuppleute unter Führung diverser Vorgeleiteten. An der Angermünder Straße, — es ertönte Hochrufe auf das Wahlrecht, wurde diese Anzahl von Schuppleuten nennend. Ob wir uns verhielten, kamen die Schuppleute unter Führung eines Leutnants daher gestürzt und in den Zug hinein. Unter Schlägen und Pöffen vertrieben sie die Massen auseinander, was ihnen auch zum Teil gelang. Es wurde auf die Leute eingeschlagen, auf der anderen Seite der Straße wurde ein unbedeutender Mann ins Kreuz gehauen, weil er nicht schnell genug ging. Es wurde sogar auf Personen eingeschlagen, die schon an der Erde lagen.

Von anderer Seite schreibt man uns: Am Schönhauser Tor sahen wir schon von weitem eine Schupmannsleite unter Führung eines Hauptmanns und zwei Offizieren. Durch die Lothringer Straße — der Menschenstrom hatte noch nicht die Angermünder Straße erreicht — da stürzten die Beamten im Sturmschritt, mit den Hüften: „Mit Euch werden wir schon fertig“, und: „In ein paar Minuten seid Ihr auseinander“, mit geballten Fäusten zuschlagend, in die Massen, welche schon beim Herankommen der Beamten widerstandlos zurückgewichen waren.

Eine andere Zuschrift lautet: Als wir am Feenpalast mit einem älteren Genossen, einem Veteranen der Arbeiterbewegung, eine Straße passieren wollten, wurden wir in handgreiflicher Weise daran gehindert. Als unser Begleiter sich dies höflich aber entschieden verbat, rief ein junger Schupmann seinem Kollegen zu: „Achten Sie ihm doch eine!“ Ein weiterer sagte, es wäre alles nur ein Puppenpiel und ein anderer behauptete, alle, die in die Versammlungen gingen, seien ja nur „Kaufjungen“. Gegen 1 Uhr fingen sie an zu „räumen“ und nun konnte man wälzen, abstoßende Szenen sehen. Mit den Häuten stießen und schlugen sie auf die friedlichen Passanten ein, selbst Leute, die zufällig da waren, erhielten ihre Prügel. Ein Weib machte infolge dieser „nachdrücklichen“ Aufforderung sehr unsanft Bekanntschaft mit dem Füßel. Gegenüber dem geschlossenen, in militärischer Ordnung einhergehenden Marschzuge verlor der polizeiliche Latendrang und er beschränkte sich darauf, denselben in bestimmte Straßen abzulenkten. Um 8 Uhr bewegte sich vom Porzellan durch die Oranien- und Lindenstraße ein zweiter endloser Zug, dessen Teilnehmer revolutionäre Lieder sangen und stürmische Hochrufe auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausbrachten. Am Velle-Altaneploy bog die Menschenmenge in die Wilhelmstraße ein. Bis nahe den Linden zu hatte sich kein Schupmann sehen lassen. Plötzlich aber waren sie da, ein Leutnant mit einer Truppe versperrte den Weg. Eine schneidende Aufforderung ertönte, zum ersten, zum zweiten und zum drittenmal, auseinander zu gehen. Natürlich war dies absolut unmöglich, aber schon blühten die Säbel aus den Scheiden. Was nachher geschah, konnten die Hinteren nicht sehen, nur ein wirrer Menschenmangel wälzte sich fliehend und protestierend rückwärts. Sie wurden nun nach der Friedrichstraße gedrängt. Aber auch hier waren sie von den Linden her Schuppleute der Menge entgegen. Besonders die Verirrten zeigten ihr Verdroßsichtheden. Sie tittern rücksichtslos in die Menschen auf dem Bürgersteig, so daß wilde Schreie und Schreie der umliegenden Wohnungen drangen. Harmlose Spaziergänger, die mit der Demonstration nicht das geringste zu tun hatten, wurden niedergedrückt, gestoßen und mißhandelt. Ein Kind lag vor den Füßen eines Verdes und nur die Gießwegengänge und der Hut eines Mannes retteten es vor dem Verstoßen. Eine alte Dame erhielt einen Schlag über den Kopf. Wer sich in Lokale und Häuser retten konnte, war froh. Da sich die Menge immer wieder sammelte, so wiederholte sich dieses grausige Schauspiel ebenso oft. Von dem Verdeck der Omnibusse klangen Hochrufe und tausendfach stimmte die Menge ein. Grund genug für die Ordnungsmänner zu einer jedesmaligen Attacke. Einen Mann rissen zwei Verirrte zwischen ihren Pferden — an den Haaren herum. Leute, die in Häuser flüchteten, darunter vornehme Damen, wurden sogar eine Treppe hoch herabgerissen. Manche eilten vier Treppen hinauf und hielten die Bewohner um Schuß, der ihnen natürlich gewährt wurde, da die Leute selbst sich in heftiger Empörung über das Vorgehen der „Schuppleute“ befanden. Um sich vor Quälereien und Mißhandlungen zu schützen, quälte sich ein Klumpen in die Wägenstraße. Um weiteren Andrang zu verhindern, wurde das Lokal mit Wache und Rot geschlossen. Unter den Linden war fast überall abgeperrt, und es blieb einem bald weiter nichts übrig, als wie überall demüthig den Weg über die Dächer zu nehmen. 12 oder noch mehr gehobene Hüte, die da nebst einem Gummischuh lagen, zeigten von der Schlagfertigkeit der Gelegeten. Am Café Victoria sahen wir mit eigenen Augen, wie ein Schupmann nach einem Manne mit dem Fuße trat.

In der Michaelstraße spielten sich noch um 9 Uhr abends wilde Szenen, durch die Polizei hervorgerufen, ab. Uns wird berichtet: Am genannten Tag kamen von Michaelstraße her größere Menschenmengen, die anscheinend von der Waldemarbrücke durch die Polizei zurückgedrängt waren. Im Haus Nr. 10 erhielt ein Mann, der zu Fall gekommen war, einen Säbelstich. Vor demselben Hause wollte ein Schupmann auf einen Passanten einhauen, wurde aber durch laute Proteste der Umstehenden davon abgehalten. Er wandte sich nun nach rückwärts und schlug blindlings auf einen Passanten ein. Kurz darauf kam von der Michaelstraße ein Mann, der von einem Schupmann verfolgt wurde; andere Schuppleute hielten ihn an und der ihn verfolgte schlug ihn nunmehr über den Arm, daß der Betroffene zu Boden sank. Von zwei Schuppleuten wurde der Mann später weiter transportiert, die Beamten gaben ihm den „guten Rat“, jetzt nach Hause zu gehen. Vorübergehende Kinder sagten weinend, daß sie ebenfalls von der Polizei gefoltert worden seien.

Ueber eine Attacke in der Königstraße wird uns berichtet: „Vom nahen Revier in der Königstraße sprengte plötzlich ein Duzend Schuppleute in die Menge, blindlings mit ihren Säbeln dreinschlagend. Kinder wurden überannt, Entrüstungsbrüche durchdrangen die Luft. Ein junger Mann, welcher über ein Gitter gestraucht und zu Fall gekommen war, wurde von mehreren Schuppleuten unheimlich in dieser Situation geschlagen, so daß er sich nicht erheben konnte.“

Auch Geheimpolizisten beteiligten sich an diesen Rohheiten, auf wehrlose und friedliche Demonstranten herumschlugen. Es sind dort viele Verwundungen vorgekommen.“

Ueber das Massaker an der Gertraudenbrücke

haben wir schon an anderer Stelle berichtet. Alle Mitteilungen, die uns geworden, gehen dahin, daß hier in einer geradezu unerhörten Weise gegen die Arbeiter vorgegangen worden ist. Der kommandierende Polizeihauptmann heißt Stephan. Uebereinstimmend, auch von bürgerlichen Zeugen wird uns erzählt, daß in der grausamsten Weise auf die Fliehenden eingeschlagen wurde. Viele Verletzte sind von hinten in den Rücken und über den Hinterkopf mit der scharfen Klinge geschlagen worden. Die anwohnenden Bürger, die Zeugen dieser Schänderei waren, sind entsetzt über diese durch nichts gerechtfertigte Maßnahme des kommandierenden Beamten.

Auch wird uns übereinstimmend berichtet, daß ein Schuß gefaßt ist. Der Minister des Innern hat gestern im Abgeordnetenhaus behauptet, die Polizei habe festgehalten, daß zwei Schüsse abgegeben worden seien. Alle Zeugen, die uns über den Vorfall an der Friedrichsgracht Mitteilungen gemacht haben, haben nur einen Schuß vernommen und zwar aus der Richtung von der Wallstraße her. Wer ihn abgegeben, ist nicht ermittelt. Daß aus der Menge ein zweiter abgegeben ist, wie die Polizei behauptet, ist falsch, es ist dies schon deswegen falsch, da wohl die Polizei über Revolver verfügte, nicht aber die Demonstranten, die überhaupt vollkommen wehrlos waren.

Wie überhaupt der Minister über die Vorgänge vom Sonntag informiert war, beweist seine Behauptung, daß nur an drei Stellen die Schuppleute von der Waffe hätten Gebrauch machen müssen. Erstens hätten sie nicht nötig gehabt, von der Waffe Gebrauch zu machen zu müssen, die Arbeiter verhielten sich sehr gemessen, dem Tage entsprechend, dann aber ist nicht nur an drei Stellen von der Waffe Gebrauch gemacht worden, sondern in Duzenden von Fällen.

Kann es in Rußland schlimmer sein?

Die irrende Polizeifant. Die Stöße und Pöffe, mit denen die Polizeimannschaften wehrlos fliehende vor sich hertrieben, fielen mitunter vorbei — wir sagen: sie trafen gelegentlich auch solche Leute, vor denen ein richtiger Schupmann sonst zusammenläuft. Nachmittags etwa um 4 Uhr ereignete sich ein Vorkommnis ähnlicher Art an der Neuhäuserstraße. Ein stauender Zug von behaglichen Belgier, der dort gerade zu der Zeit vorbeikommt, mo wieder einmal die Uniformierten einen Demonstrationenzug jagten, war wohl der Meinung, daß er unbedenklich durch die Abperrungslinie hindurchspazieren dürfe. Da wurde er von kräftigen Schupmannsfäusten zurückgestoßen. Empört wollte er sich das verbiten, aber im nächsten Augenblick wurde er vorwärts geschoben und fiel in die Menge hinein. Als er sich außer Gerichte sah, begab er sich in beschleunigtem Tempo zu einem Polizeileutnant, zog aus seinem Felle ein Pistole heraus und hielt dem Leutnant eine Karte hin. Und der Leutnant — schlug die Handen zusammen! Erregt redete der im Felle auf ihn ein. Der Leutnant machte ein sehr verlegenes Gesicht und suchte unter vielem Bedauern die Achseln. Wer mag der Zeigträger gewesen sein? Hoffentlich war es etwas recht „hohes“. Je höher hinaus die Polizeifant vertritt, desto erfreulicher wird der Erfolg sein, den wir uns hiervon versprechen. Auch ein Schupmannsfüßel, der aus Versehen auf einen Eggellenshädler niederfiel, würde wahrscheinlich Wunder wirken.

Im Banne des Kaiserschloßes.

Die Nervosität der Berliner Polizei hat von jeher ganz besondere Dimensionen angenommen, wenn es darauf ankam, die Umgebung des Schloßes in liebevolle Hut zu nehmen. An solchen Tagen allerdings, an denen es galt, diesen oder jenen monarchischen Veranstaltung durch die Anwesenheit vieler Tausende von hurra-brüllenden „Patrioten“ erst die rechte Weihe zu schaffen, an solchen Tagen konnte die Berliner Polizei distinktion gerade im Bereiche des Alten Schloßes von beständiger Liebdenwürdigkeit, von bewundernswürdiger Lammesgebeude sein.

Hurrageträfl, Rationalblumme, „patriotische“ Jubelausdrücke waren am Sonntag nicht zu erwarten, und es trat die nervöse Gerechtigkeit der schloßbesühenden Berliner Polizei in ihr altes „Recht“.

Gegen Invasoren vom Norden der Stadt war ein riesiger Polizei-Korps abkommandiert, der — am Vorfengebäude — den südlichen Teil der Burgstraße und den Weg über die Friedrichsbrücke sperrte, sodas sich allmählich im nördlichen Zipfel der Burgstraße (zwischen Bahnhofs Vorrie und Friedrichsbrücke) dicke Menschenmassen hielten, aus deren Reihen Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht, Blut-Ause auf Blüth und die Klänge der Arbeiter-Parteiliede in die Luft brausten. Eine Feilung sah und hörte die Polizei die impotente Demonstration ruhig mit an. Urpöhlisch aber — wie auf „höheres“ Kommando — ward sie von der obligaten Nervosität ergriffen und „säuberte“ die Straße, indem sie die Menge nach dem Wobisjowplatz und dem Hodelschen Markt zu gewaltiam auseinandertrieb. In ihrem edlen Eifer ging sie sogar so weit, aus den Omnibussen und den Straßenbahnwagen und vom Verdeck dieser Gefährte alle überflüssigen Fahrgäste heraus- bezw. herunterzuholen, wobei es (selbstverständlich) ohne grobe Scheltworte und derbe Pöffe von seiten der Schupmannschaft nicht abging. Es wurden sogar Leute „egunziert“, die bereits ihr Fahrgeld bezahlt hatten!

Je mehr man sich dem Schloße näherte, desto deutlicher trat die Anstalt der Polizei in die Erscheinung, wie denn überhaupt konstatiert werden muß, daß — in diesem gefeierten Augenblick — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die Nervosität der Sicherheitsbeamten mit der höheren Stellung zunahm.

Trotz aller Sperrmaßregeln war es der Polizei nicht gelungen, den Lustgarten gänzlich freizuhalten, zumal da ja die Nationalgalerie und das große Museum von 12 Uhr mittags an offen standen und deren Besucher in der zweiten Nachmittagsstunde ihrem Heim zuzustreben begannen.

Gegen 1/2 Uhr gingen etwa 30—40 Personen über den Lustgarten vom alten Museum nach der Schloßbrücke zu. Hatten die Nachrichten aus der Burgstraße schon den Polizeioffiziersstab, der hoch zu Ross vor dem Schloße hielt, von Minute zu Minute nervöser gemacht, so schoß die Erregung auf den Siedepunkt empor, als plötzlich aus den Reihen jener dreißig bis vierzig Passanten der Ruf erscholl: „Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Ein Augenblick der Bestürzung folgte, aber auch nur ein Augenblick, und schon ward der Befehl gegeben:

„Zur Attacke!“

Die berittenen Hüter des Schloßes — zumeist Offiziere — sprengten sofort über den Lustgarten und jagten die vermeintlichen Eindringlinge auf die „Puppenbrücke“ zu. An dieser Hege beteiligten sich auch Fußmannschaften, welche — die Faust am Säbelnauf, die Schuppenleite unterm Arm, den Januar-Revolver umgeschulmt — die Fliehenden ihren Kollegen entgegentrieben, die den Bestrand der Schloßbrücke in dichten Haufen besetzt hielten.

„Haut die Bande!“

So erscholl es und schon entwickelte sich das bekannte Schauspiel: Leute gepackt und mit brutaler Gewalt gegeneinander geschleudert, Häße und Stöße ausgeteilt, mit scharfen Scheltworten nicht gepart. Alles das, um etwa vierzig Männer und Frauen nach dem Zeughausgraben abzudrängen! ... Hüte, die bei dieser Attacke zu Boden fielen, waren verloren: die Polizei gestattete nicht, daß die Eigentümer zurückgingen, sich ihre Kopfbedeckung zu holen! Ein nobel gekleideter älterer Herr, der auf dem Gang vom Museum in den Trudel geraten war und einen kräftigen polizeileutnantlichen Stoß erhielt, wollte die Erklärung abgeben, wie er... aber soviel Zeit und soviel Besonnenheit hatte das Besatzungskorps am Zeughaus nicht —, und mit den Worten

„Zug eja!“

ward der alte Herr mit nach der Museumsbrücke zu abgeschoben. Das Rückfluten in die Stadt wurde durch die Polizei ersahert, die der Straßenbahn verbot, an einigen Haltestellen Passagiere aufzunehmen. ...

Nach in der sechsten Abendstunde hielt die Schupmannschaft das Schloß und seine Umgebung — zumal die Brücke — in Belagerungszustand.

Die Arbeiterschaft hält die Ordnung aufrecht! In den Straßen, durch die die „Elektrische“ fährt, kommandiert ein demonstrierender Arbeiter: „Rechts abtreten.“ Man tut es. Der Wagen kann weiter. Schuppleute sieht man fast nur an den großen Sperrstellen. Aus der Johannisstraße biegt eine Droßkete in die Friedrichstraße. Halt! kommandiert ein Arbeiter, und hält den Zug ein wenig zurück. Der Koffelenter findet freie Fahrt. Er greift an den Hut und salutiert. — In der Großen Hamburger Straße liegt das kaiserliche Gedwigsfrankenhaus. Die Straße ist schmal. Der Zug nimmt die ganze Breite ein. Die Fenster klirren unter dem Sangessturm. Von vorn trägt die Luft den Ruf zurück: „Ein Krankenhaus!“ Totenstille beim Berbreimarsch! Kommt hört man die Tritte auf dem weichen Schnee. Während weichevolle Momente.

Dieser Demonstrationenzug trennt sich bei der Lothringerstraße Verliert sich zum Teil im Norden, zum Teil im Osten.

Demonstration an der einsamen Pappel.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration kam es nach Schluß der Versammlung in der Schönhauser Vorstadt. Eine unabsehbare Menschenmenge zog unter der Führung von Arbeiterführern und unter Hochs auf das allgemeine Wahlrecht die Schönhauser Allee hinauf. Ein paar Tausend schwenkten unter den Rufen „Zum Exzerzierplatz!“ in die Oberbergerstraße ein. Von der Schwedterstraße aus strömte die Menge durch einen breiten Eingang auf den weiten Platz und stopfte dann durch den tiefen Schnee bis nach der „einsamen Pappel“. Dort wurde Halt gemacht. Genosse Ledebour wurde unter der Pappel auf die Schultern eines stämmigen Genossen gehoben und hielt von dort aus die folgende Ansprache:

Genossen und Genossen! An dieser historischen Stelle hat am Sonntag, 22. März 1848, nach dem Siege des Volkes die erste öffentliche Volksversammlung stattgefunden, in der in mehrstündiger Versprechung die Arbeiter Berlins ihre Forderungen formuliert haben. An dieser historischen Stelle wollen wir im Andenken an jene große Zeit das Gelöbde ablegen, daß wir mit aller Kraft für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen auch in Preußen wirken wollen. Geloben Sie das mit mir, indem Sie einstimmen in den Ruf:

Die internationale, die völkervereinende, auch Preußen befreiende Sozialdemokratie lebe hoch!

Begeisterungsvoll brauste der Ruf der Tausende von Männern und Frauen dreimal über den weiten, schneederbedeckten Platz. Dann zog die Menge singend und hochrufend, wie sie gekommen war, zurück nach der Schönhauser Allee.

Die Demonstrationen in den Vororten.

In den großen Vororten Berlins fanden gleichfalls machtvolle Rundgebungen vieler Tausender statt. Mit Ausnahme von Wilmersdorf, wo die Polizei gleichfalls beim Anblick des Demonstrationenzuges nervös wurde, spielte sich die Demonstration ruhig aber würdevoll ab.

Nitzdorf. Bis gegen 12 Uhr war es nur die Polizei, die durch zahlreiches Aufgebot den Eindruck erweckte, daß Außergewöhnliches geschehen werde. In der Hermannstraße sah man sie zu zweien und dreien und verschiedenen Revieren nach dem Lokal der Vereinsbrauerei wandern, das dem Versammlungslokal von Hoppe fast gegenüber liegt. Auch in der Bergstraße hatte man stiegende Wachen eingerichtet. In den beiden Straßen wimmelte es von uniformierten und nichtuniformierten Polizisten, was natürlich den Versammlungsbesuch nicht hinderte, wohl aber Ansammlung von Neugierigen zur Folge hatte. Bald nach 12 Uhr kamen von verschiedenen Richtungen Züge von Wahlrechtsforderern anmarschierend, zu fünfzig, zu hundert und mehr in einem Zuge, Tausende von Menschen, die natürlich in den ohnehin schon überfüllten Lokalen keinen Raum mehr finden konnten. Man zog ruhig, fast lautlos vorüber. Wo sich zwei Züge begegneten, wichen sie einander aus. Einzelne Schuppleute, zuweilen auch Verirrte, begleiteten die Züge ein Stück Weges, mieden sich aber offenbar sehr überflüssig vornehmen, denn zu tun gab es nicht, nichts für sie und nichts für alle die anderen Polizeibeamten.

Später und nach Schluß der Versammlungen wandte man sich Berlin zu, sich hier jedoch auf starke Polizeileiten. Der Zugang zur Hofenheide war durch ungefähr 20 Schuppleute, höhere

Beamte und Berittene abgesperrt. Weiter der Stadt zu waren wiederum die Brücken über den Landwehrkanal gesperrt. Niemand sollte durchgelassen werden. Die strenge Absperrung konnte natürlich nicht lange aufrecht erhalten werden.

Durch die Straßen vor dem Kanal sah man große Trupps und Jüge von Demonstranten, die „Hoch das freie Wahlrecht“ riefen. Die Polizeiabsperrungen verhielten ihren Hock schließlich doch. Die Wahlrechtsforderer ließen sich das Recht des freien Verkehrs nicht rauben und fanden doch ihren Weg.

Ebenso wie der Zug der Rixdorfer sich auch der vom Tempelhofer Berg auf die Polizeihindernisse. Dieser Zug kam, nachdem ihm das Weitermarschieren nach allen anderen Richtungen unmöglich gemacht war, gegen 3 Uhr die Gräberstraße entlang und begab sich, von der Voedstraße kommend, einem Demonstrationszug aus Schöneberg. An der Ecke der beiden Straßen drang ein starkes Schutzmansaufgebot plötzlich mit blanker Waffe auf die Menge ein. Ein offenbar übernerbiger Leutnant packte hier einen Demonstranten gewaltig am Arm, drehte ihn mit solcher Wucht herum, daß er zu Boden stürzte und mit gebrochenem Unterschenkel liegen blieb. Einige Genossen eilten herbei und brachten ihn denn auch glücklich aus dem Bereich der Polizei, um ihm die nötige ärztliche Hilfe zu verschaffen.

Schöneberg. Schon um 11 1/2 Uhr stand vor dem Tor der Schöneberger Brauerei in der Hauptstraße, gegenüber der alten Schöneberger Dorfkirche, eine große Menschenmenge, so daß, als kurz darauf der Saal der Brauerei geöffnet wurde, sich der Raum sofort füllte und ein Teil der Demonstranten sich gezwungen sah, im Garten Aufstellung zu nehmen. Dennoch strömten noch mehrere andere starke Trupps herbei. Immer mehr schwellte die Menschenmenge an, bis schließlich, da an ein Unterkommen im Saale nicht zu denken war, ein aus 2000 Personen bestehender Zug sich in Bewegung setzte. Als um 1/2 2 Uhr die Versammlungsteilnehmer herauskamen, sperrte die Polizei die Potsdamerstraße ab. Der Zug ging hierauf durch die Vorbergstraße nach der Weidstraße. Doch hier an dem engen Durchgang staute sich der Zug, weil eine Schutzmanskette das Weitergehen verhinderte. Schließlich lenkte der Zug über die Kolonnenbrücke durch die Kreuzbergstraße und weiter die Kaybachstraße usw. entlang.

Charlottenburg. Die Versammlung im Volkshaus in der Rosinenstraße war überfüllt, bald nach 12 Uhr mußte der große Saal abgesperrt werden. Die Genossen, welche sich in den Bezirkkolonnen gesammelt hatten, zogen unter der Führung von Ordnern mit weißen Armbändern in geschlossenen Jügen nach dem Volkshaus. Jedoch am Eingange zur Rosinenstraße war eine Kette von Schutzeinheiten postiert, welche die Straße absperrten und die Jüge nicht in die Rosinenstraße hineinließen. Deshalb sammelten sich, während im Volkshaus die Versammlung stattfand und Genosse Herzfeld in aufseuernder Rede zur äußersten Entschärfung des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht aufforderte, die einzelnen Trupps in der Berliner Straße an, wo bald ein Zug von mehreren tausend Menschen beisammen war.

Gegen 1/2 2 Uhr war die Versammlung zu Ende, und die aus dem Volkshaus und der Rosinenstraße herausströmenden Massen schlossen sich dem Zuge in der Berliner Straße an, der unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht und unter Abhängen der Arbeitermarkeisen und anderer Arbeitsticker die Straße hinauf an dem Rathaus vorbei nach dem Schloß zu zog.

An der Wilmersdorfer Straße wurde der Zug durch eine Kolonne Schutzeinheiten zu Pferde und zu Fuß am Weiterziehen verhindert und teilte sich in mehrere Gruppen. Der Hauptzug zog wieder die Berliner Straße hinab, dann durch die Wall- und Krammstraße nach der Bismarckstraße, diese entlang, die Leibniz- und Cauerstraße hinauf, von wo die Teilnehmer sich über die Guerickestraße nach der Rosinenstraße zum Volkshaus wandten. In der Guerickestraße trat die Polizei noch einmal in Aktion, um zu verhindern, daß ein geschlossener Zug sich durch die Rosinenstraße bewegte. Ein starker Trupp berittener Schutzeinheiten bewachte die Straße, in der das Volkshaus liegt, vor dem Unglück, einen geschlossenen Zug sozialdemokratischer Arbeiter zu sehen.

Im Volkshaus blieben die Genossen noch stundenlang in angeregter Stimmung beisammen.

Die Versammlung in Wilmersdorf war stark überfüllt. Noch nie ist eine so zahlreiche Versammlung auf den Beinen gewesen. Das Referat hielt Stadtratsmitglied Genosse Gitzki. Redner wurde von stürmischen Beifall unterbrochen, als er u. a. von einer eventuellen Anwendung des politischen Massenstreiks sprach. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, einschließlich der Ausführungen des sozialliberalen Herrn Dr. Deut, welcher als die nächste Etappe des Wahlrechtskampfes den Sturz Bülow's bezeichnete. Unter Abhängen der Markeisen und Hochrufen auf die Forderung des allgemeinen Wahlrechts schloß die Versammlung und gestaltete sich zu einer imposanten Straßendemonstration. Hierüber berichtet man uns: Im geschlossenen Zuge ging es um das Rathaus herum in der Richtung nach dem „besseren“ bayerischen Viertel. Zunächst ließ sich die Polizei daran genügen, den Zug von der Ullandsstraße abzulassen und in die Gieselerstraße zu drängen, wodurch sie jedoch nur eine Spaltung desselben an der Hohensteinststraße herbeiführte. Der eine Teil des Zuges ging durch die Hohensteinststraße, der andere nun doch durch die Ullandsstraße, um sich in der Gieselerstraße wieder zu vereinigen. Am Hohensteinstplatz führten im Lauffschritt weitere Polizeimannschaften heran, um die Demonstranten in die Nassauischestraße zurückzutreiben, was naturgemäß nur schwer möglich war, da die hinteren Teile des Zuges doch hätten wehrt machen müssen, welche letztere jedoch nicht taten, was vorn vorging. Schnell erscholl das Kommando: Schuppenketten herunter! Die Säbel wurden herausgerissen und mit blanker Waffe gingen nun vor. Unbeteiligte, unter anderen selbst ein alter Mann mit dem Nischtopf in den Händen, der zweifellos dort wohnte, wurden die Straße zurückgetrieben. Kam es nun nicht zu blutigen Ergüssen, so ist dies lediglich der Kluge und Besonnenheit der Demonstranten zu danken. Allzu deutlich war zu durchschauen, welche Angst man hatte, in diesem „besseren“, dem sog. „Wilhelmsviertel“, den Schritt der Arbeiterbataillone zu vernehmen. In den Nebenstraßen kann ja der „Pöbel“ schließlich mal demonstrieren — aber ja nicht vor den Wohnungen der Befugenden.

Groß-Lichterfelde. Die Protestversammlung im „Kaiserhof“ nahm einen imposanten Verlauf. Saal und Galerien waren dicht gefüllt. Es mögen circa 700 Genossen und Genossinnen anwesend gewesen sein. Genosse Waldes-Mannasse unterzog in seinem einständigen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag die Erklärung der preussischen Junkerregierung zur Wahlrechtsfrage einer gepfeiften Kritik. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Gen. Wenzel verließ die Versammlung mit brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und unter Abhängen von Arbeiterliedern den Saal und marschierte in geschlossenem langen Zuge, wie ihn Groß-Lichterfelde selten zu sehen bekommt, durch den Ort, die Pflüster in ihrem behaglichen Heim aufschreckend.

Polizei und Gendarmen beslechtigten sich einer anerkennenswerten Zurückhaltung.

Ober-Schöneweide. Die im „Wilhelmsminenhof“ tagende Versammlung gestaltete sich zu einem gewaltigen Protest. In ganz unzähligen Jügen beleuchtete Genosse Dr. Rosenfeld die schamvolle Haltung der Regierung und der Parteien. Nach viertelstündiger Tagung vereinigte sich die Versammlung zu einem Demonstrationszug nach Berlin. Durch Zug der Genossen aus Zobanitzthal, Nieder-Schöneweide und Karlsdorf war derselbe auf circa 2000 Personen angewachsen. Die Polizei, welche in ungewöhnlicher Stärke in Fabriken, Restaurationen, ja sogar im nahen Walde stationiert war, erschien — bündig durch die kurze Dauer der Versammlung etwas zu spät auf dem Plan. An der Tresebrücke wurde einem größeren Trupp der Uebergang verweigert, welcher dann allerdings über die nächste Spreerbrücke stattfand. Der Zug, welcher mittlerweile bis zur Neuen Krugallee gekommen war, wurde hier noch einmal durch nachsprengebende berittene Gendarmen

aufgehalten und geteilt. Die politische Begleitung erstreckte sich bis zur Schlesiischen Brücke, an die Berliner Grenze.

In Köpenick referierte Genosse Zubeil im „Wilhelmsgarten“ vor 1600 Teilnehmern. Vor dem Lokal und in den Straßen befand sich ein großes Schutzmans- und Gendarmenaufgebot. Nach Schluß der imposanten Versammlung zerstreuten sich die Teilnehmer.

Adlershof. Vor überfüllter Versammlung referierte in treffender Weise Genosse Fietisch-Charlottenburg. Auf der Straße demonstrierten 500 bis 600 Personen unter steter Begleitung von Gendarmen, denen sich nach Schluß der Versammlung die Versammlungsbesucher angeschlossen, so daß circa 1000 Personen in Frage kamen, darunter die Genossen von Grünau und Alt-Grünau. Im Garten fand die imposante Kundgebung mit dem Liede „Empor zum Licht“, gefungen von Mitgliedern des Arbeitergesangsvereins „Frohmann“, und mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ihr Ende.

Rosowes. Auch hier verlief die Demonstration in großartiger Weise. Das Referat des Genossen Tharow wurde oft von Beifall unterbrochen. Eine vom Genossen Hoffmann vorgeschlagene Resolution, in welcher die Fortsetzung des Kampfes mit allen der Situation angepaßten Mitteln erklärt wird, fand einstimmige Annahme. Nach Schluß der Versammlung durchzogen die Demonstranten unter dem Schutze der Rosoweser und einiger aus der Nachbarschaft zusammengezogener Gendarmen die Straßen. Zwischenfälle kamen nicht vor.

In Treptow durfte die Versammlung nicht stattfinden, weil angeblich die Anmeldung zu spät eingetroffen war. Circa 800 Personen beiderlei Geschlechts marschierten nach Berlin.

Königs-Wusterhausen und Umgegend hatte eine Wahlrechtsdemonstration, wie sie selbst unsere Parteigenossen nicht erwartet hätten. Hunderte von Parteigenossen aus den umliegenden Ortschaften waren herbeigekommen. Der Zug schloß dadurch zu einem großen Menschenstrom an. Das Reddomsche Versammlungslokal wurde von 900 Männern und Frauen überfüllt. Referent war Genosse Freiwaldt, dessen Ausführungen stürmischen Beifall fanden. Waren vor der Versammlung auf der Straße nur fünf Gendarmen vorhanden, so hatten sich dieselben nach Schluß der Versammlung auf 10 vermehrt. Jedoch verlief die Demonstration würdevoll und ruhig.

In Zehdenitz war die Versammlung von über 500 Männern und Frauen besucht. Der Referent war Genosse W. u. e. Berlin. Es waren von außerhalb Polizisten herangezogen worden, die das Lokal ringsum besetzten. Nach Schluß der Versammlung zogen die Besucher in großen Trupps durch die Stadt zum Rathaus. Es verlief alles ordnungsgemäß.

Trebbin. Hier nahm die Versammlung, in der Genosse Müller-Berlin referierte, gleichfalls einen imposanten Verlauf.

Die Demonstration in den Provinzen.

Wahlrechtskundgebungen, Straßendemonstrationen überall! Gleichzeitig mit dem Proletariat der Landeshauptstadt ist die Arbeiterschaft der Provinzen auf die Straße gegangen. Nicht bloß die Zentren der Arbeiterbewegung, auch kleinere Orte haben ihre Straßendemonstration gehabt. Im Gegensatz zu Berlin ist es aber nirgends zu Polizeiattaken gekommen.

Das Gesamtbild ist ein großes und erhebendes. Überall dieselbe Begeisterung, dieselbe feste Entschlossenheit, dieselben begeisterten Massen!

Der Wahlrechtskampf marschiert!

Brandenburg.

In Brandenburg gehalten die Demonstration zu einer noch nie gesehenen Kundgebung. Vor dem Rathaus mit der historischen Rolandssäule trugen sich Massenmärsche, in denen nach wädhiger Schätzung gegen 4000 Männer und Frauen marschierten. Die Demonstration nahm einen ruhigen, ungestörten Verlauf. Städtische Polizeibeamte in geringer Anzahl gaben das Geleit. Militärpersonen, auch höhere Offiziere, wurden unfeindliche Mitdemonstranten in der alles mit fortziehenden, stetig anwachsenden Menschenflut. Vor den beiden überfüllten Versammlungsläfen stauten sich die Massen und die Ausgesperrten durchzogen abermals in musterhafter Ordnung die Stadt. Nach den Versammlungen, in denen die Genossen Ebert und A. Schmidt sprachen, gab es nochmals imposante Umzüge.

Über 1000 Personen beteiligten sich in Landsberg a. W. an der Versammlung und dem Demonstrationszuge. Genosse Eichhorn referierte.

Nach Spremberg waren aus der Umgegend Trupps von Arbeitern und Arbeiterinnen gezogen, um mit den Spremberger Genossen zu protestieren. Aus allen Gassen und Winkeln Sprembergs erhielten diese Trupps Zugang, so daß bereits über den Marktplatz in dichten Haufen mehr als 500 entradete Preußen zogen. Als die frommen Honoratioren die Kirche verließen, konnten sie bereits über 700 Personen mustern. Vor dem Robert'schen Konzerthaus stauten sich die Massen, ehe sie Eingang finden konnten. Mit demonstrativem Beifall wurde das Referat des Genossen Müller-Berlin aufgenommen.

In Potsdam zogen größere Trupps von den Bezirkkolonnen nach der Versammlung. Die Polizei stellte ein großes Aufgebot, fand aber nirgends Anlaß zum Einschreiten. 700 Personen hatten sich zur Versammlung eingefunden. Nach der Versammlung begleitete eine große Schar von Demonstranten den Referenten, Genossen Gödre, durch die Hauptstraßen nach dem Bahnhof.

Straßberg hat eine der imposantesten Kundgebungen erlebt. Schon um 10 Uhr füllten sich die Sammellokale, von wo aus geschlossen zum Versammlungslokal marschiert wurde. Nach dem Referat des Genossen Dittmar sprach ein Herr Kramer gegen das allgemeine Wahlrecht, nur Akademiker eignen sich zum Befehlsmachen. Die Versammlung dankte dem Herrn durch — Heiterkeit. In Guben zogen die Demonstranten, von der bewaffneten Nacht begleitet, in Trupps zu dem Kiefernwald „Lindengarten“. Genosse Dümel sprach vor circa 2000 Personen. Nachher ordneten sich die Versammlungsbesucher zu einem Umzug, der würdig verlief.

Oberwalde hatte eine kleine Sensation. Als die Demonstranten auf dem Wege zur Versammlung an der Wohnung des Landtagsabgeordneten Dr. Pauli vorbeikam, glaubte die dort postierte Schutzwache eingreifen zu müssen, sie stürmte in die Kasse hinein und nahm eilige Sittierungen vor.

Die Demonstranten in Wittgenberg, circa 1000 Personen, sollten von der Polizei auseinandergetrieben werden. Aber es blieb bei dem Versuch, der Zug kam in Ordnung im Versammlungslokal an.

Die Demonstration in Frankfurt a. O. ist prächtig verlaufen. Die Genossen Siebel und Heischold referierten in zwei Volkshausversammlungen, die ungefähr 1500 Personen vereinigten.

In Senftenberg hatte der Wirt das Lokal in letzter Stunde zurückgezogen. Sofort wurde eine Versammlung nach der eine halbe Stunde entfernten Tognitzmühle einberufen. Männer und Frauen wallfahrten dorthin. Am Ausgang der Stadt suchten Gendarmen die nach Hunderten zählende Menge zu zerstreuen und nahmen einige Sittierungen vor. Immer mehr Demonstranten machten sich auf den Weg zur Tognitzmühle, wo in kurzer Zeit der Saal gefüllt war. Über 100 Personen fanden keinen Einlaß. Genosse Köhle referierte.

In Schwiebus marschierte die bewaffnete Nacht an der Spitze des Demonstrationszuges. Genosse Grauer referierte vor überfüllter Versammlung. Prachtige Versammlungen mit vorausgegangenen oder nachfolgenden Demonstrationsumzügen fanden ferner statt in Treuenbrietzen, Priwall, Trebbin, Prenzlau, Altkirch, Rixdorf, Sieg, Lindow, Seeshau und Rottbu (2 Riesenversammlungen).

Schlesien.

Breslau sah imposante Straßendemonstrationen. Die Arbeiter, anstatt in die ihnen am nächsten liegenden Versammlungslökalen zu gehen, gingen in die Säle am anderen entgegengesetzten Ende der Stadt. So kam es, daß schon von 10 1/2 Uhr lange Jüge von Proletariern die Straßen der inneren Stadt völlig überfüllten. Die vom Westen zogen nach Osten. Die im Süden wohnenden marschierten nach Norden, die vom Nordwest nach Südost — und alle über den Zentralpunkt allen Verkehrs: über den Ring. Dort war nach 1/2 11 Uhr ein lebhaftes Treiben. Zeitweise trafen 6—8 Jüge von allen Richtungen dort ein, so daß plötzlich 1000—2000 Arbeiter alle vier Seiten des Ringes und die Wege um das Rathaus herum bevölkerten.

Zu gleicher Zeit kamen aber auch große Scharen von Arbeitern in langen Jügen aus der Umgebung Breslaus dort an. Dort hatte man nicht eine einzige Versammlung anberaumen können, so daß die ländlichen Proletariats alleamt gezwungen waren, die Versammlungen in der Stadt — es waren ihrer 13 vorgesehen — zu besuchen.

Um 11 1/4 Uhr waren sämtliche 13 Versammlungen überfüllt. Alle diejenigen, die nicht mehr hineingelassen wurden, nahmen den Gang durch die Stadt wieder auf. Bis dahin war von Polizisten fast nirgends etwas bemerkt worden. Gegen 12 Uhr aber wurden sie von oben herab signalisiert. Im Innern der Stadt wurden fliegende Wachen improvisiert.

Aus allen 13 Versammlungen ergoß sich ein endloser Menschenstrom in die innere Stadt. Wie von einem inneren Aufgetriebe nahm jeder Zug seinen Weg wieder auf, dem Ring entgegen. Erst als bereits einige Tausend Proletariats singend und laute Rufe: „Nieder mit Bülow!“ „Der das freie Wahlrecht!“ ausstieß, den Ring passierte, wurde er abgesperrt. Aber o weh: das brachte eine heillose Verwirrung — unter den Polizisten hervor. Denn nun ergoß sich die Menge in die Nebenstraßen. Und wo bisher nur lose Gruppen vorhanden waren, wurden sie in den engen Nebenstraßen blügend zu festgeschlossenen Jügen von kolossalen Dimensionen. Dank der Strategie der Polizei, die je ratloser wurde, je mehr die Zahl der Demonstranten anstiehwoll.

Gegen 1 Uhr waren auf diese Weise an 12000 Menschen auf den Beinen. Und niemand konnte nach Hause. Immer wieder wurden sie von der Polizei von einer Straße in die andere geschoben und auf diese Weise rings um den Ring herum spazieren geführt. Einige Jüge wurden allerdings vom Zentrum abgeschnitten, aber die Mehrzahl der Demonstranten wurde bis 1/2 2 Uhr kreuz und quer durch die Stadt getrieben. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen referiert. Als sie anfangen wollte, „schneidig“ zu werden, war es zu spät. Nur hier und da erfolgte eine Sittierung, etwa 6 im ganzen. Sonst aber ließ man es ruhig geschehen, daß die Menge unaufhörlich „Nieder mit Bülow!“ und „Hoch das freie Wahlrecht!“ rief. Was sollte sie auch machen? Nicht einmal die Extra-Demonstration vor dem Lokal der „Schlesiischen Zeitung“, wo die Tausende laute Verwünschungen gegen dieses Staatsstreichorgan ausstießen, konnte von ihr verhindert werden. Nur das Schloß und das Regierungsgebäude bewachte sie mit Argusaugen. Völlig überflüssigweise.

Posen.

Auch das Proletariat Posens demonstrierte gegen die Wahlentziehung. Dort fand eine überfüllte Versammlung im Saale des „Schweizerthal“ statt, in der Genosse Haase sprach. In Fromberg reichte das Lokal, in dem Genosse Appel sprach, absolut nicht aus zur Aufnahme der Demonstranten. Ein Gefuch um Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel war von der Polizei nicht beantwortet worden. Selbst in einem so kleinen Ort wie Kolmar waren 400 Personen in der Versammlung.

Ostpreußen.

In Königsberg fanden fünf große Versammlungen statt, die trotz eines grauenhaften Wetters sämtlich überfüllt waren und lange vor Beginn polizeilich abgesperrt wurden. Nach dem Schluß wählten sich die Massen in breiten Strömen durch die Straßen der Stadt. Ein großes Aufgebot von Schutzeinheiten war überall zur Stelle, den Revolver umgehängt, die Schuppenkette unterm Arm. Von Ludwigshof vor dem Königstor näherte sich der Hauptzug, nahezu 5000 Personen, um die Königsstraße zu gewinnen. Eine vierfache Schutzmanskette verlegte den Weg. Die Arbeiter durften nicht durch die vornehmsten Straßen, sie mußten die Wollgasse hinunter, sollte es nicht zum Zusammenstoß kommen. So wurden überall die Demonstranten von den Hauptverkehrsstraßen zurückgedrängt. Dafür gab es allerorts in der Stadt kleine Jüge von 50 bis 400 Mann. Überall ertönten brausende Hochrufe auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Oft fanden sich solche versprengte Jüge wieder, so vor dem Polizeigebäude in der Junkerstraße und auf dem Steindamm, machtlos erlangen dann die Hochrufe und oft ertönte auch der Gesang der Arbeitermarkeisen. Die Polizei war bedeutend rüchsiglos als am vergangenen Donnerstag, trotzdem hielten sich unsere Genossen musterhaft, nur wenige Verhaftungen sind vorgekommen. Die Schutzwache in Königsberg war verstärkt und alle auf Posten stehenden Soldaten waren zum Scharfschießen ausgerüstet. Ebenso standen die Truppen in den Kasernen in Alarmbereitschaft.

Die Demonstration war gewaltiger noch als am Donnerstag, 9000—10000 Männer und Frauen nahmen daran teil.

Soweit Nachrichten aus der Provinz vorliegen, haben auch dort die Versammlungen einen imposanten Verlauf genommen. In Insterburg zogen die Versammelten, etwa 850 Mann durch die Straßen der Stadt bis vor das Magistratsgebäude und brachten dort vor demselben ein dreifaches „Hoch“ auf das Wahlrecht aus.

Westpreußen.

In Danzig leistete sich die Polizei ein geschwändriges Versammlungsverbot, das höchst auffälligerweise erst am Sonntag selbst den zur Versammlung ziehenden Genossen mitgeteilt wurde! Die Versammlung sollte im Vorort Schildig im „Bürgergarten“ stattfinden. Um 12 Uhr hatte sich, vom Langenmarkt ausgehend, eine große Anzahl Versammlungsbesucher zusammengefunden, die durch die Langgasse marschierten. Schon auf dem Markte wurde verschiedenen Genossen von Polizeibeamten mitgeteilt, daß die ordnungsmäßig angemeldete Versammlung nicht stattfinden werde. Die Kunde stieß jedoch auf allgemeinen Unglauben. Mehrfach stieß der Zug auf absperrende Schutzmansketten und aufgeregte Polizeibeamte glaubten mehrfach die in losen Gruppen des Weges ziehenden zum Auseinandergehen auffordern zu müssen. Am Ausgang des Kohlenmarktes veränderte der Polizeieinspektor von Sausen, daß alle nach Hause gehen müssen, da die Versammlung nicht stattfinden würde. Einen Arbeiter, der ungläubig meinte, daß die Versammlung doch stattfinden, ließ der Inspektor verhaften. Später wurden noch einige Verhaftungen vorgenommen, im ganzen wohl an acht.

Als die ersten Versammlungsbesucher vor dem „Bürgergarten“ anlangten, fanden sie dort bereits den Inspektor von Sausen mit mehreren Kommissaren und einer größeren Anzahl Polizisten vor der Tür postiert. Der Inspektor erklärte, die Versammlung werde nicht stattfinden, und deshalb niemand ins Lokal gelassen werden. Auf die Frage des Einderufers, mit welchem Recht die Polizei dieses Verbot erlassen habe, erklärte ihm von Sausen: „Unter solchen Umständen nicht, wenn Sie Stöckchenzüge machen, die zu Gewalttätigkeiten führen können.“

Die Menschenmasse wandte sich darauf ruhig zum Gehen, nicht ohne daß einzelne Polizeibeamte noch besonderen Eifer im Auseinanderreiben“ entwickelten. Daß das Versammlungsverbot ungerecht ist, bedarf keiner weiteren Darlegung. Daß die Danziger Arbeiter für das gleiche Wahlrecht demonstrieren, hat die Polizei indes mit ihrem Versammlungsverbot nicht verhindern können.

Pommern.

Die Arbeiterschaft Pommerns hat am 12. Januar gezeigt, daß sie im Kampfe um ein freies Preußenwahlrecht nicht zurückbleiben will. Im Kassischen Lande des reaktionären Kraut-

Junfermann haben an diesem Tage so machtvolle Demonstrationen stattgefunden, wie sie kaum erträumt wurden. In Stettin hatten sich die einzelnen Gewerkschaften in ihren Vorkehrungslokalen zusammengelassen, von wo sie Punkt 12 Uhr in größeren und kleineren Trupps nach den Versammlungsorten gingen. Da sich diese losen Trupps im Zentrum der Stadt fortwährend kreuzten und aneinanderstoßen, so erregten sie bald allgemeines Aufsehen. Die sechs Versammlungen im Landtagswahlkreise Stettin waren durchweg überfüllt. Nach den Versammlungen begaben sich die Teilnehmer nach dem Zentrum der Stadt, wo sie auf dem Paradeplatz sämtlich zusammentrafen. Eine unübersehbare Menge von circa 8000 Personen zog schließlich durch das Berliner Tor zum Kaiser-Wilhelm-Platz. Und durch die sonst so stillen Straßen, in denen die Bourgeoisie ihre luxuriösen Heimstätten hat, dröhnten anklagend und fordernd die lauten Schritte begeisterter Arbeiterbataillone. Am Kaiser-Wilhelm-Platz teilten die Demonstranten.

In der Provinz fanden im ganzen 23 Versammlungen mit vielen Tausenden von Teilnehmern statt. Da vielerorts eine andere Demonstration nicht möglich war, so hielten die Genossen den Referenten jeweils vom Bahnhofe ab oder begleiteten ihn dahin, so in Stralsund und anderen Orten. In Jagnid, Torgelow (Wahlkreis Uckermark-Usedom) und Wolgast fanden imposante, durch nichts gestörte Umzüge durch den Ort statt. In Pöllnow hatte die Polizei die Anmeldebefcheinigung nicht herausgegeben und obendrein die Abhaltung der Versammlung untersagt.

Schleswig-Holstein.

Zu einer wichtigen Demonstration ganz eigenartigen Gepräges, wie sie die Reichs-Markshauptstadt noch nicht erlebt, gestalteten sich die Wahlrechtskundgebungen, die das Kieler Proletariat am Sonntag veranstaltete. In den vier größten Sälen der Stadt waren zu nachmittags 2 Uhr Versammlungen anberaumt. Alle waren überfüllt. Insgesamt mochte die Zahl der Versammlungsbesucher das zehnte Tausend erreicht haben.

Punkt 4 1/2 Uhr wurden sämtliche Versammlungen verlagert. Und nun ereignete sich, was dieser Kundgebung ihren an diesem Orte noch nicht dagewesenen Charakter gab: an allen fünf Punkten der Stadt zogen sich die Massen in Bewegung und strömten einer bestimmten Richtung zu. Die Besucher des „Englischen Gartens“, der in der westlichen Peripherie gelegen ist, marschierten in einem großen, aber kompakt zusammenhaltenden Zuge dem mehr im Innern der Stadt gelegenen Gewerkschaftshause zu; die Hauptverkehrsader der Stadt, die Postenstraße, erlebte das seltene Schauspiel eines mächtigen Demonstrationzuges; alles war, zur Verblüffung des bürgerlichen Publikums, plötzlich schwarz von Menschen, die in vollkommener Ruhe und würdevoller Haltung ihren Weg verfolgten. Nach ihnen kamen, zum Teil durch dieselben Hauptstraßen, circa 2000 Mann stark, die Gaardener Werftarbeiter, die um den äußersten Teil des Innenhafens, die sogenannte Kippe, herummarschiert waren und sich nach dem „Englischen Garten“ begaben. Bald erschienen im Zentrum der Stadt auch die Winterberger Genossen, die am Hauptbahnhofe vorbeigezogen waren und nach dem Gewerkschaftshause zu sich bewegten. Die Besucher des Gewerkschaftshauses ihrerseits strömten durch einen anderen Stadtteil dem „Englischen Garten“ zu. Die Polizei war augenblicklich überrumpelt. Die verschiedenen Abteilungen hatten schon ihre Zielpunkte beinahe erreicht, als ihnen endlich geschlossene Trupps von Schutzmännern teils nach, teils entgegenströmten. Da die Schutzeleute fast durchweg mit anerkenntniswerter Ruhe operierten und andererseits die Massen, dank ihrer sozialdemokratischen Schulung, ihren Willen, sich nicht zu offenem Widerstand provozieren zu lassen, mit eiserner Energie durchsetzten, wurden ernsthafteste Zusammenstöße vermieden.

In Elmhorn beteiligten sich an der Straßen- und Versammlungsdemonstration 1800 Personen.

In Hensburg waren 4000 Arbeiter auf den Beinen. In den Saal konnte nur ein Bruchteil gelangen. Während der Versammlung war die Polizei mobil gemacht worden; sie verhielt sich aber abwartend.

In den schleswig-holsteinischen Wahlkreisen vor den Toren Hamburgs kamen am Sonntag Demonstrationen zustande, die alle bislang gegen das Dreiklassenwahlrecht stattgehabten hinsichtlich der Teilnehmerzahl weit in den Schatten stellten. In Altona war die Referenterversammlung von etwa 8000 Demonstranten besucht, während große Menschenmassen keinen Einlaß fanden. — In Ottenhofen fanden in den Vormittagsstunden 25 Malatragger das Stattfinden der Versammlung an. In großen Scharen strömten die Versammlungsbesucher den beiden großen Versammlungslokalen zu, die in wenigen Minuten bis auf den letzten Platz gefüllt waren. — In Wandsbek demonstrierten über 2000, in Sande 600, in Kirch-Stein 600, in Oldesloe 400 Personen. Sehr stark besuchte Versammlungen fanden ferner statt in Iphoe, in Lagerdorf und in Heterfen, Pinneberg, Glückstadt, Blankenese, Schulau, Klein-Flotbek (Geburtsort des „Forsten“ Bülow), Schnelsen, Langenfelde und Barmstedt.

Hannover.

Das Proletariat der Städte Hannover-Linden hat am Sonntag eine herrliche Wahlrechtsdemonstration zustande gebracht.

Während sich in 5 riesigen Massenversammlungen das Proletariat versammelte, hatte sich die Haupteinheit vor dem Hoftheater auf der Georgstraße eingefunden und lauschte promemierend den Klängen der Militärkapelle. Da plötzlich, kurz nach 12 Uhr, bemächtigte sich der Promenierenden ein panischer Schrecken! Die Menge der Anzeigerleser schauwollt lawinenartig an und binnen kurzem war eine kolossale Masse Menschen von allen Seiten herbeigeströmt, jedoch der Verkehr der Straßenbahn und sonstiger Gefährte mit einem Male unterbrochen war. Die Sozialdemokraten sind aus ihren Versammlungen gekommen! Laßt uns gehen! hier ist bei manchem der patriotischen Angsthäsen, die am Viertische die Sozialdemokratie zehnmal totgeschlagen haben. Laßt uns gehen, aber wohin? Best wie eine Rauher standen die Tausende Proletarier umher und wohl oder übel mußten die Ordnungshüben nun zwischen den Arbeitern einhergehen und waren so gezwungen, selbst mit für das freie Wahlrecht zu demonstrieren. Als die Arbeiter auf der Georgstraße anlangten, war die Polizei nicht zu sehen! Von Linden zogen die Versammlungsteilnehmer in endlosem Zuge nach Hannover, von Bohrenwald, von allen anderen Versammlungslokalen strömten die Massen in hellen Säufen herbei. Gegen 12 Uhr waren mehr als 10 000 Menschen vor dem Hoftheater versammelt und die königlich preussische Polizei wußte nichts davon, so gar nichts, daß erst ein Schutzmann von dem Revierbureau nach dem Präsidialgebäude geschickt werden mußte! Unterdessen herrschte bei den Wahlrechtsdemonstranten die gehobenste und beneidenswerteste Stimmung. Gewaltig dröhnte der Rufegefang der Marschallaise, des Sozialistenmarsches hinaus in die kalte Winterluft.

Nach einer halben Stunde sprengten plötzlich von der Ständehausstraße her zwanzig berittene Schutzeleute daher. Sie wurden lebhaft begrüßt. Wer doch die Polizei zu spät gekommen und konnte nicht mehr absperrn! Sie räumte den Fahrdamm. Allmählich kamen auch die Schutzeleute in Scharen heran. Zu tun bekamen sie nichts mehr.

Provinz Sachsen.

Bei prächtigem Winterwetter kam es in Magdeburg am Sonntag Mittag zu einer eindrucksvollen Demonstration. Nach Vermeidung der fünf überfüllten Versammlungen strömten die Massen auf den Breitenweg, der Hauptstraße Magdeburgs, die sich von Süden nach Norden durch die ganze Stadt zieht. Vergeblich suchte die Polizei den Zutrom zu hindern. Im Ru der Breitenweg von Menschenmassen erfüllt, die nun unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht einen gewissen Teil der Straße auf- und abzogen, den Teil nämlich, der allsonntäglich mittags der Hauptecke Magdeburgs zur Promenade dient. Die überroffenen Spitzer wurden in das Gedränge mit hineingezogen und mußten mit darunter leiden, als die Polizei

„Zerstreuung“ mehrregeln ergriff, die darin bestanden, daß die Polizei die Menschenmassen in zwei Hälften teilte und die eine nach Norden, die andere nach dem Süden zu vor sich her „trieb“ und dann zum Teil in die Seitenstraßen hineindrängte, die dann abgesperrt wurden. Nach „Zerstreuung“ der Demonstranten hatte die Polizei überall auf dem Breitenweg Doppelposten aufgestellt.

In Burg bei Magdeburg referierte vor 1100 Personen Haupt-Magdeburg. Der Demonstrationzug bewegte sich in musterhafter Ordnung und durch die Polizei in keiner Weise behindert durch die Hauptstraßen der Stadt vom „Grand-Salon“ nach dem Paradeplatz.

In Schönebeck a. O. war die Demonstrationsversammlung von 1500 Personen besucht. Nach der Versammlung wurde ein gemeinschaftlicher Spaziergang durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Rathaus unternommen. Hier erschallten Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht. Die Polizei verhielt sich sehr ruhig.

Auch die Massenversammlungen in Halle und Umgebung waren überfüllt. Als eine etwa 1000köpfige Menschenmenge gegen 3 1/2 Uhr nachmittags nach dem Volkspark wogte, erschien die Polizei auf dem Plan und nahm 10 bis 15 Stütierungen vor. Man will den üblichen Prozeß wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten Aufzug machen. Schutzeleute und Kriegervereinter dürfen „demonstrieren“.

Eine großartig verlaufene Wahlrechtsdemonstration ist den Erfurter Genossen mit Hilfe der Polizei gelungen. Es waren in drei verschiedenen Lokalen für Sonntag nachmittags Versammlungen anberaumt worden. Da die als Referenten in Aussicht genommenen Genossen Baubert-Weimar und Hofmann-Saalfeld in letzter Minute abgeschrieben hatten, zogen es die Teilnehmer der betr. Versammlungen vor, sie gar nicht stattfinden zu lassen, sondern sich nach der dritten in dem großen Saal des Tivoli anberaumten Versammlung zu begeben, wo Genosse Reichhaus referierte. Unterwegs trafen die Teilnehmer der beiden aufgehobenen Versammlungen in der Hauptstraße zusammen und so kam ein Demonstrationzug von circa 600 Personen zusammen, der sich unter Begleitung von Polizei ruhig durch die Straßen bewegte. Kurz vor dem Tivoli kam dem Zuge ein gegen 20 Mann starkes Polizeiaufgebot unter Führung zweier Kommissare entgegen, die den Befehl gaben, alle Demonstranten soweit wie möglich aufzuscheiben. Es war ein großartiges Bild, die Polizisten, Rotjuch und Bleistift schwingend, die Masse „teilen“ zu sehen. Die Versammlung selbst, von 2000 Personen besucht, verlief ungestört.

Rheinprovinz.

In Köln war zum Mittag 3 Uhr in dem großen Saal des „Volkshauses“ eine Versammlung einberufen. Von 2 1/2 Uhr fanden sich auf dem Wallplatz weit über 5000 Demonstranten ein, um dann in imposantem Zuge durch die Stadtmitte zum Versammlungsorte zu ziehen. Vor dem Volkshause stimmte die Menge die Marschallaise an. Der große Saal des Volkshauses mit der umfangreichen Galerie war im Augenblicke gefüllt. Fürsorglich waren aber für den großen Saal des benachbarten „Roten Löwen“ und für den unteren Volkshausaal zwei weitere Versammlungen polizeilich angemeldet worden, und so hatte Köln statt der einen einberufenen Versammlung, sozusagen auf einem Punkte drei große überfüllte Versammlungen. Groß war die Zahl derjenigen, die trotzdem keinen Raum finden konnten. Diese Massen- und Umgebung war die größte politische Demonstration, die Köln je gesehen hat.

Im großen Volkshausaal sprachen in der Diskussion zwei Vertreter der freisinnigen Vereinigung, die Detten Ologowski und Wilm. Der letztere ging noch weiter als in der Donnerstagversammlung der sozialliberale Führer Dr. Pohlischer. Er charakterisierte die Volkspolitik als einen Waffenstillstand zwischen den einzelnen Parteien, um dann in der entschiedensten Weise zu fordern, daß dieser Waffenstillstand aufgehoben werde. Der dem Liberalismus von den Konserverativen hingeschleuberte Fehdehandschuh müsse von diesem sofort aufgehoben werden. Allerdings, so erklärte Herr Wilm weiter, haben wir die uns am Freitag jutell gewordene Behandlung verdient. — Genosse B. Müller, der Hauptredner, rief den Freisinnigen zu, daß Selbsterkenntnis der erste Weg zur Besserung sei und daß sie bezüglich des versprochenen energischen Eintretens im Wahlrechtskampfe Wort halten sollten.

Die Versammlungsteilnehmer wurden aufgefordert, den Demonstrationzug vom Nachmittage am Schluß der Versammlungen nicht zu wiederholen. Die vielen hundert Bewohner der nördlichen Stadt mußten zur Heimkehr wieder die hohe Straße benutzen. Sie stiegen aber am Eingange der ziemlich schmalen Straße auf einen Wall von mehr als dreißig Polizeibeamten, von denen vier beritten waren. Kein Mensch durfte die hohe Straße betreten. Das Polizeiaufgebot fand keinerlei Anlaß zum Einschreiten.

In Düsseldorf fanden 3 überfüllte Protestversammlungen statt. Nach Schluß vereinigten sich die Teilnehmer sowie jene, die nicht Platz gefunden hatten, zu einer Straßen demonstration, an der sich über 4000 Personen beteiligten. Sie verlief ohne besondere Zwischenfälle. Jedoch wurde die Absicht, vor dem Regierungsgedäude zu demonstrieren, das gleichzeitig Wohnung des Regierungspräsidenten ist, durch polizeiliche Absperrung der dorthin führenden Straßen vereitelt.

Die Versammlungen im Wahlkreise Duisburg-Mülheim gestalteten sich zu imposanten Kundgebungen. In 5 großen Lokalen gab die Arbeiterschaft ihrer Entrüstung Ausdruck. Alle Versammlungen waren überfüllt. In Duisburg zogen nach Schluß etwa 1000 Personen unter dem Befehle der Arbeiter-Marschallaise durch die belebtesten Straßen der Stadt und vor die Wohnung des Oberbürgermeisters, um dort unter Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Danach zerstreuten sich die Demonstranten.

Auch in dem „radenschwarzen“ Städtchen Sterdrade fand eine von etwa 700 Personen besuchte Versammlung statt, nach dessen Schluß gleichfalls ein Demonstrationzug unter dem Befehle der Arbeitermarschallaise und unter Hochrufen die Straßen entlangzog. Etwa 600 Personen nahmen an diesem Umzuge teil.

In Walsheim zog nach Schluß der gleichfalls bis zum letzten Stetplatz gefüllten Versammlung ein Zug von etwa 500 Personen von Bürgermeisteramt, um zu demonstrieren, und sogar in Eberhausen, wo der Partei kein größeres Lokal zur Verfügung steht, waren etwa 800 Personen, zum größten Teil Vergarbeiter, auf der Straße, um ihre Solidarität mit der übrigen klassenbewußten Arbeiterschaft zu bekunden. Die Polizei hielt sich überall verständigerweise fern, sie schien auch wohl von den spontanen Kundgebungen übertrastet zu sein.

Über 4000 Demonstranten waren in Offen in zwei Lokalen versammelt. Eine spontane Kundgebung, wie sie Offen noch nie erlebt hat, spielte sich nach den Versammlungen ab. In geschlossenen Reihen marschierten die Arbeitermassen, etwa 6000 Personen umfassend, zum Stadtgarten, wo sich gerade das Essener Bürgerturnverein (Eisbrot) vergnügte. Mann an Mann, Schulter an Schulter wenderten die Genossen und Genossinnen in größte Ruhe — denn diese war von den Versammlungsvorsitzenden geboten — mehrmals die Wege des Stadtrondels auf und ab. Auf dem Eise spielte eine Musikkapelle, und dort war — man höre und staune — ein Plagenrost mit einer roten Fahne angebracht. Diese sehen, war für die bis dahin ruhigen Demonstranten jubel. Aus tausend und aber tausend Reihen erschallten mit einem Male die internationale Marschallaise und andere Sozialistenlieder. Das Schlittschuh laufende Publikum war „laff“ ab der Freiheit der Meien und schrie nach der Polizei, die auch bald erschien. Im Ru waren die Wege gesperrt und hinaus ging zum Hause des Oberbürgermeisters und Landtagsabgeordneten. Die Menge war inzwischen auf über 10 000 angewachsen. Und weiter ging es jcht, ohne Polizei, diese schien den Zug verloren zu haben. Vorwärts ging zur Helmwegstraße, dem Hauptplatz, zur Grabenstraße, wo das neue Heim der Arbeiterzeitung debuiert wurde. Allmählich, nach zwei Stunden langer Straßendemonstration, zerstreuten sich die Genossen nach allen Richtungen. Die Polizei schien von der ganzen Demonstration überrumpelt zu sein. Sie versuchte mehr-

mals, die Straßen zu sperren und den Zug zum Auseinandergehen zu zwingen, aber vergebens. Erst ganz zuletzt, nachdem die Genossen zum größten Teil schon auseinandergegangen waren, sah man circa 20 Schutzeleute unter Führung eines Kommissars den Ausgang zur Limbederstraße absperrn. Dies gelang ihnen, da von einem Zuge schon keine Rede mehr war.

In Hagen (Westfalen) nahm die Demonstration großen Umfang an. Die sieben Versammlungen waren überfüllt. Über 3500 Arbeiter durchzogen unter Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht und Rufen der Erbitterung gegen Bülow die Stadt.

Hessen-Nassau.

In Frankfurt a. M. nahmen die Wahlrechtsveranstaltungen am Sonntagmittag einen geradezu imposanten Verlauf. Acht Versammlungen sollten in der Stadt stattfinden. Durch ein Flugblatt war am Sonnabendabend aufgefordert worden, pünktlich 10 Uhr zu erscheinen. Als die Lokale gefüllt waren, ehe noch die Versammlungen begonnen hatten, strömten plötzlich die Massen auf die Straße, um in langsamem Zuge durch die Hauptstraßen der inneren Stadt dem Lokal im entgegengesetzten Stadtteil zuzumarschieren. In zwanglosen Reihen bewegten sich die Massen auf der rechten Seite der Straßen vorwärts. Wenn die einzelnen Züge sich begegneten, erscholl von beiden Seiten ein nicht endenwollendes, immer wieder einsehendes Hochrufen auf das freie Wahlrecht. Ergötzlich waren die verbuhten und ratlosen Gesichter der zahlreich in den Straßen postierten Schutzeleute, die vor den Versammlungen keine Demonstrationen erwartet haben mochten. Alle Züge marschierten über die Zeit, die Hauptstraße Frankfurts, vier Züge von rechts und vier Züge von links. Die vier Hauptzüge waren je etwa 2000 Personen stark, die vier übrigen etwa 1000 Personen, so daß insgesamt an 12 000 Personen an den Straßendemonstrationen teilnahmen.

Nach den Versammlungen wiederholte sich die imposante Kundgebung. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen reserviert, nur in der Kaiserstraße kam es zu einem kleinen Konflikt. 80 bis 40 Polizisten mit ausgedehnten Ärmeln waren dem Zuge entgegengegrungen und suchten ihm den Weg zu verlegen. Es gelang den Demonstranten aber, die Schutzmanschette zu durchbrechen und nach dem Hauptbahnhof zu weiter zu marschieren. Einige Verhaftungen wurden allerdings vorgenommen, doch verlief sonst alles ruhig.

In Wiesbaden demonstrieren am Mittag mehr als 2000 Männer und Frauen in geschlossenem Zuge, der sich vom Gewerkschaftshause durch die belebtesten Teile der Stadt und das Viertel nach der außerhalb der Stadt gelegenen „Friedrichshalle“ bewegte. Auf der Rampe des Rathauses wurde ein Hoch auf das gleiche Wahlrecht ausgebracht. Die Versammlung war überfüllt. Die Rückkehr der Teilnehmer zur Stadt erfolgte ebenfalls in geschlossenem Zuge.

In Kassel fanden 13 Versammlungen und lebhafteste Straßenkundgebungen statt. Die Genossen waren aufgefordert worden, sich um 3 Uhr nachmittags in den Bezirkslokalen zu sammeln, dort in Versammlungen die Antwort der Regierung entgegenzunehmen, um dann ebenso geschlossen wie zwanglos nach dem Gewerkschaftshause zu marschieren, wo für 4 1/2 Uhr eine weitere Versammlung anberaumt war. Die Demonstranten stiegen auf dem Marsche zum Gewerkschaftshause auf einem großen Platze inmitten der Stadt aufeinander und von hier aus bewegte sich der Aufsehen erregende, imposante Zug von mehr als 4000 Männern und Frauen in musterhafter Ordnung durch die Königsstraße, die Hauptstraße der Stadt. Im Gewerkschaftshause angekommen, beschloß die Versammlung nach kurzer Ansprache des Parteisekretärs, die wirkungsvolleren Straßenkundgebungen fortzusetzen. In endlosem Zuge ging es nun zur Wohnung des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau. Während die Polizei sonst gegenüber den Wahlrechtsdemonstranten eine anerkenntniswerte Zurückhaltung übte, war der Zugang zum Hause des Oberpräsidenten überflüssigerweise durch etwa 20 Schutzeleute abgesperrt. Das hinderte die Demonstranten keineswegs, ihrem Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrecht zum Landtage in vieltausendstimmigem Rufe Ausdruck zu geben. Nun bewegte sich der Zug zurück ins Innere der Stadt. Um 6 Uhr langte der Zug der Demonstranten, immer noch 3000 Mann stark, wieder am Gewerkschaftshause an, wo er unter Hochrufen auf das Wahlrecht auseinanderging.

In Hanau wurde auch der überfüllte Versammlung ein Demonstrationzug durch die Stadt unternommen, an dem 3000 Personen teilnahmen.

Eine süddeutsche Kundgebung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht.

Wannheim, 12. Januar. (Eig. Ber.) Die heute vormittag im städtischen „Rosengarten“ abgehaltene, von circa 3000 Personen besuchte Volksversammlung gestaltete sich zu einer wirklichen Kundgebung gegen das neue Vereinsgesetz und das preussische Dreiklassenwahlrecht. Die Ausführungen des Referenten Genossen Dr. Frank und des Genossen Redakteur D. Ged über das preussische Wahlrecht und den Wahlrechtskampf der Arbeiterschaft wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß der preussische Wahlrechtskampf nicht bloß eine Sache Preußens und der preussischen Arbeiterschaft, sondern eine solche des gesamten deutschen Proletariats sei und in der die preussische Arbeiterschaft aufgefordert wird, ihren Kampf um das Wahlrecht mit aller Entschiedenheit weiterzuführen. Die Resolution verichert zum Schluß das preussische Proletariat der tatkräftigen moralischen und materiellen Unterstützung der Arbeiterschaft südlid des Rheins.

Ausländische Glückwünsche zum roten Sonntag.

Auf der Redaktion des „Vorwärts“ liefen die folgenden telegraphischen Kundgebungen ein:

Wien, 12. Januar.

Wir bewundern die glänzende Haltung des Berliner und des preussischen Proletariats. Immer vorwärts, der Sieg muß euch werden, wie er uns ward.

Für die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.

S. Jaret, Parteisekretär.

Stockholm, 12. Januar.

Glück zum energischen Vorstoß im preussischen Wahlrechtskampf! Demokratisierung Preußens bedeutet neue Hoffnung auf allgemeines Vorwärtstreiben.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Schwedens.

Oranien.

Gablenz (Meiße), 12. Januar.

Die Arbeiterschaft des roten Berges sendet euch ein Glückwunsch zum Wahlrechtskampf.

Die Redaktion des „Mablonzer Gebirgsboten“.

Der Eindruck des Wahlrechtskampfes in Wien.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die Demonstration vor dem preussischen Abgeordnetenhause:

„Dieser erste Tag des Kampfes um das Wahlrecht darf das Herz der Arbeiter Preußens mit freudiger Genugtuung und froher Zuversicht erfüllen. Der heutige Tag mit seinen Demonstrationen vor dem Abgeordnetenhause der konserverativen und gefestigten Macht des Kontinents hat drohend und mahnend die Kraft und Willensentschlossenheit des Proletariats vor Augen geführt. Die

Schlichte Preußen führt seit einem Menschenalter kein Ereignis an, worin so deutlich, so greifbar und unmittelbar die Erregung der Massen sich abspielte. Der Wahn ist gebrochen, auch Preußen lernt nun die Macht der Demonstrationen, den Widerhall erregter Aufbe, den überwältigenden Eindruck bewegter, von Begeisterung erfüllter Massen kennen. Und wie dicht sich Regierung und Junker hinter dem Wahn der staatlichen Machtmittel verschanzten, wie stark sie dem Volkswillen entgegenstehen mögen, sie werden erleben, was noch jeder erlebt hat, der eine machtlos anschwellende Volksbewegung durch äußerliche Gewaltmittel hemmen und bändigen wollte: daß der entfesselten Kraft des proletarischen Massenandrangs auf die Dauer nichts zu widerstehen vermag.

Ueber die Erklärung der Regierung meint unser Bruderblatt: „Das preußische Abgeordnetenhaus hat die gewaltige Kundgebung des arbeitenden Volkes, in der die tiefste Rechtsüberzeugung und der kraftvolle Wille von Millionen preußischer Staatsbürger so feurig und machtvoll zum Ausdruck gelangt ist, mit einem frechen und schroffen „Nein“ beantwortet. Allein es ist doch zu bezweifeln, ob selbst die auf ihr Privileg pochenden Konserverativen, ob der Kanzler mit seiner schlecht gespielten Verachtung von Volkskundgebungen innerlich den festen Glauben hegen, mit der Tat behaupten zu können, was sie mit dem Worte anmahnen verstanden. Noch jedes Privilegiensparlament hat sein Vorrecht als unantastbar erklärt, jedes Gleichgültigkeit gemint gegenüber den Willensmeinungen der Masse und sie haben sich alle doch schließlich beugen müssen. Je später und widerwilliger, unter desto größeren Demütigungen. Denn wie hochmütig sich heute auch Regierung und Abgeordnetenhaus über das Volk zu bräuen vor den Toren und jenseits der Schutzmannsreihe erhoben haben: weder in Ministerworten noch in Mehrheitsvoten und selbst nicht in Vollzeitaufgeboten liegt die treibende Kraft der Entwicklung, sie wirkt und weht im Willen des Volkes, wo es klar und fest sein Ziel erfährt hat. Die parlamentarische Szene mit ihren Kanzler- und Abgeordnetenreden ist Epifode, aber ein Werk der Zukunft und Dauer haben die beherzten und begeisterten Arbeiter Berlins eingeleitet, die heute in der Reichshauptstadt den Herrschenden die Gewalt der Argumente der Straße fühlen ließen.“

Es ist die Stimme der Erfahrung, die aus diesen Zeilen spricht.

Der Eindruck in England.

Aus London wird uns telegraphiert:

Die „Times“ sagt in ihrem Leitartikel über die Sonntagsdemonstration: Diese zeige die tiefe Kluft welche die Massen von der regierenden Minorität trennt. Die Lage erwecke ernste Zweifel an der Dauer der Stabilität Preußens; das Wahlsystem sei veraltet und nur darauf berechnet, den liberalen Elementen fiktive Stärke zu geben. Je länger es dauere, desto gefährlicher werde die Lage. Ware Bülow ein Staatsmann, dann hätte er eine ehrliche Reform eingebracht. Er habe eine große Gelegenheit verpasst! Der „Vorwärts“ habe recht, indem er ausrufe, das Phantom der liberalen Aera sei dahin. . . .

Aus der Partei.

Klassenkampf?

Der Redakteur Genosse Heise der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ zu Duisburg sollte durch einen Artikel: „Verurteilung auf jeden Fall“ die Richter des Duisburger Schöffengerichts, die über zwei Vogeltötter die horrenden Strafen von 14 Tagen Gefängnis verhängt, beleidigt haben. Das Urteil im Vogeltötterprozess war einmal aufgehoben, wurde jedoch zum zweiten Male mit anderer Begründung gefällt. Es hätte ein Exempel statuiert werden müssen, da die Wirte, deren Existenz bedroht worden sei, in hohem Grade erregt worden seien. Ein Wirt habe sich sogar einen Revolver anschaffen wollen, um jeden, der Vogeltötterfakate anlebe, niederzuschlagen, daraus könne man, meinte das Urteil, das brutale, terroristische Vorgehen der sozialdemokratischen Partei erkennen. In dem fraglichen Artikel war das Urteil als Klassenurteil gekennzeichnet worden; Heise besam dafür vom Landgericht Duisburg 500 Mark Geldstrafe. Der Vorwurf der tendenziösen Ausübung der Rechtspflicht hätte mit dem Worte Klassenurteil erhoben werden sollen, was auch dadurch zum Ausdruck käme, daß der Vorsitzende Kessel dreimal in dem Artikel mit Namen genannt worden sei: Obgleich ein Zeuge bekundete, es habe ihm geschienen, als ob der Vorsitzende Kessel durch die Art der Verhandlungsführung belastende Momente aus den Zeugen herausziehen wollte, wurde der Beweis der Wahrheit als nicht geführt erachtet. Der Saug des § 193 wurde Heise verlag. Zwar sei die „Arbeiterzeitung“ ein sozialdemokratisches Blatt und das Publikationsorgan der Gewerkschaften, aber es sei nicht mit der Wahrung der Interessen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften beauftragt. Das Interesse der Partei sei nicht identisch mit dem der Parteigenossen. (1) Die Revision, die Verkennung des § 193 rügte und herbeiführte, daß Heise als verantwortlicher Redakteur nicht die Absicht der Beleidigung gehabt habe, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Der beleidigte Reservelieutenant. Während der Wahlbewegung des vorigen Jahres ging durch die Parteipresse eine Notiz, wonach auf einem Gute bei Braunsberg zwei hochschwangere Frauen durch den Besitzer, einem Leutnant der Reserve, ganz rechtschenslos behandelt worden seien. Eine dieser Frauen war zum Kartoffeltragen kommandiert worden, bei welcher Beschäftigung sie ihre ungewohnten Zwillinge erdrückte. Ein Name war in dieser Notiz, die auch vom „Stettiner Volksboten“ übernommen wurde, nicht genannt worden. Trotzdem übte sich der überhebliche Ritz Knüppler in Annaberg bei Braunsberg gegen den gegen den Genossen Quessel, welcher jene Nummer verantwortliche gezeichnet hatte, Strafanzeige erstattete. Wie aus dem nun vor dem Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung hervorging, stammt jene Mitteilung von dem Hauzer Wiczochowski in Braunsberg, der dieselbe in einer Wählerverammlung machte und den Knüppler damit in Beziehung brachte. Das gegen Wiczochowski eingeleitete Verfahren endete mit seiner Verurteilung zu 200 M. Geldstrafe. Wie jedoch festgestellt ist, sind die in der infamisierten Notiz enthaltenen Behauptungen trotzdem nicht aus der Luft gegriffen. Sie sind nämlich unter dem Vorbesitzer Knüpplers passiert. Der Verteidiger des Genossen Quessel machte geltend, daß hier von einer Beleidigung Knüpplers nicht die Rede sein könne. Erkenne sei kein Name nicht genannt und zweitens sollte nicht Knüppler, sondern dessen Vorgänger getroffen werden, so daß Knüppler gar nicht beleidigt werden konnte. Das Strafmaß gegen W. ließe vermuten, daß an der ganzen Sache doch wohl etwas dran sei. Das Gericht kam zur Verurteilung Quessels zu 200 Mark Geldstrafe, während der Amtsanwalt 6 Wochen Gefängnis (1) beantragt hatte. Die mehr als sonderbare Begründung des unbilligen Urteils erschöpfte sich in der Feststellung, daß die Notiz auf den Angaben Wiczochowskis beruhe, der ausdrücklich den Namen Knüppler genannt habe. Die Berufungsinstanz wird das Urteil jedenfalls ganz bedeutend fortlagern. Auch anderwärts geht die Staatsanwaltschaft gegen die Verbreiter jener Notiz vor; augenblicklich befinden sich die Alten gegen W. in Posen!

Aus Industrie und Handel.

Häute, Ledermarkt und Schuhindustrie.

Die andauernd schlechten Verhältnisse in der Lederbranche und auf dem Rohhäutemarkt lassen in absehbarer Zeit keine Besserung erwarten. Schlepplender Absatz und infolge dessen weichen Preise halten an, und durch die Zurückhaltung, die sich die Rundschaft beim Herannahen der Jahresinventur und -Abschlüsse auferlegt, wurde das Hebel noch verschlimmert. Wohl die sogenannten Aunungsverkäufe brachten zur Jahreswende eine kleine Belebung des Geschäftes.

Die schwierigen Absatzverhältnisse haben weitgehende Produktionsbeschränkungen veranlaßt. Da überdies zur Zeit der Inventuraufnahme große Fabriken den Betrieb ganz oder teilweise ruhen lassen, so kommen auch aus diesem Grunde verminderte Posten auf den Markt.

Eine förmliche Deroute herrscht auf dem Rohhäutemarkt. Die enorm hohen Preise des Frühjahrs und Vorsummers sind ab Juni bis Ende 1907 um nicht weniger als 40 Proz. gefallen. Da auch das ausländische Ledergeschäft anhaltend schlecht war, kann sich die Inlandsware auch nach außen nicht Luft machen, so daß das Bild nach jeder Richtung ein unerfreuliches bleibt. Die empfindlichen Verschiebungen in den Preisen der Rohhäute und des Leders hatten zahlreiche Insolvenzen zur Folge. Das Gros der Lederfabrikanten und -Händler hat zwar durch die Krise empfindlichen Schaden gelitten, ist aber (wie versichert wird) in der angenehmen Lage, ihn verschmerzen zu können. Die günstige Preisgestaltung des Jahres 1906, das so üppigen Ertrag gebracht hatte, setzte sich ja eine gute Weile auch noch im Jahre 1907 fort und der große Preissturz des Sommers kündigte sich wochenlang vorher an. Die größten Verluste haben die Schlächter selbst gehabt. Infolge des Kampfes um die Auktionsbedingungen hielten sie ihre Ware monatelang zurück und schlugen sie erst los, nachdem der Preissturz schon eingetreten war. Die Dinge werden zunächst nicht besser, eher noch schlechter werden. Man kann aber die Entwicklung der Verhältnisse nicht begreifen, wenn man nicht die Sachlage in der Schuhindustrie ins Auge faßt. Der gute Geschäftsgang im Jahre 1906 verlor die Vorarbeiter, Werksführer, ja „selbst gewöhnliche“ Arbeiter dazu, einen wann auch kleinen Fabrikbetrieb zu eröffnen. Lederhändler, ja selbst Lederfabrikanten gewährten Kredit, um ihre Ware direkt an den Verbraucher abzusetzen und auch die Maschinen erhielt man ja leicht auf Leihkontrakt. Eine zeitlang, während alle Geschäfte starr gingen, war der Umsatz ein rascher und günstiger. Doch soll es den meisten dieser Erzeuger an der Fähigkeit zu kalkulieren fehlen. Deshalb und weil die allgemeine Geldklemme die Fabrikanten zur Beschränkung des Kredits zwang, waren Schwierigkeiten in zahlreichen Fällen unvermeidlich. Der Verkauf zu Schleuderpreisen beschleunigte nur das Ende und rief dann auch andere mit. Aber auch der kapitalstarke Teil der Branche hatte in der letzten Zeit unter den unangünstigen Geld- und Bitterungsverhältnissen zu leiden. Dem langen Winter folgte ein nasses Frühjahr und der Sommer war nicht trocken. Schuhfabriken müssen sich aber auf längere Zeit mit Leder umsehen und die Eindeutung schon vornehmen, ehe noch ein Ueberblick über das Saisongeschäft möglich ist. Da im Frühjahr die Lederpreise, wie oben dargestellt wurde, stark in die Höhe gingen, versorgten sich die Schuhfabriken stärker noch als sonst. Und nun sind die Lagerbestände in Frühjahr- und Sommerware sehr groß! Da inzwischen das Leder billiger geworden, können sie überdies nicht zu den ursprünglich kalkulierten Preisen verkauft werden. Kurz, der Schwierigkeiten ist kein Ende, und nur gut fundierte Schuhfabriken mit reichlichem Betriebskapital, die bessere Zeiten abwarten können, vermögen sie zu überwinden. Ueberhaupt zeigt sich gerade bei dieser Gelegenheit im Hinblick auf die Schuhfabrikation wiederum, daß die Rentabilität eines Geschäftes nicht nur von hohen Preisen, vom großen und raschen Umsatz, den billigen Produktionskosten (wohlfeile Rohstoffe und niedrige Arbeitslöhne), sondern vor allem auch und in erster Linie von der Kapitalkraft abhängt, d. h. von der Fähigkeit, Zeiten der Depression zu überdauern. In den Mitteilungen über den Schuhwarenmarkt kommt dies auch unterhohlen zum Ausdruck. Uebereinstimmend wird konstatiert, was sich übrigens aus der allgemeinen Wirtschaftslage ergibt, daß der Konsum an Schuhwaren infolge des scharfen Konjunkturrückganges tief gesunken ist, daß die verteuerte Lebenshaltung für Bekleidung und Bekleidung nichts mehr übrig läßt. Die hohen Lebensmittelpreise drücken auf die Schuhpreise — ein Effekt, für den sich die Industriellen bei den Agrariern beklagen mögen! Diese Tatsache ist um so bedenklicher, als der gesunkene Konsum sich auf die andere, die Massenware beschränkt: Die feineren Schuhgattungen, die für die wohlhabenden Klassen bestimmt sind, gehen nach wie vor ab; in diesen Kreisen ist von einer verminderten Kaufkraft nichts zu merken. Selbstverständlich werden auch zahlreiche Betriebseinstellungen, Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen in der Schuhwarenfabrikation gemeldet. Denn der Professorier muß eben doppelt die Sünden der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie büßen: als Konsument wie als Produzent.

Soziales.

Gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Inneintreibbar und strafbar sind Konventionalstrafen, die von Unternehmern vereinbart werden, um unsichere Kantonsisten zum Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter zu zwingen.

Dieser Rechtsatz ist, wie wir seinerzeit mitteilen, in seinem zivilrechtlichen Teil vom Amtsgericht Rixdorf und von dem Amtsgericht Berlin-Weidung in dem Prozesse des Ehren-Obermeisters Hermann Stuhlmann gegen mehrere Bädermeister und in dem Prozeß des Obermeisters der Bäderinnung Liebing gegen den Bädermeister Brose (Kleinendorf) anerkannt. Mit dem Urteil hatte der Obermeister Liebing sich aber nicht zufrieden gegeben und Berufung eingelegt. Das Landgericht hat endgültig in demselben Sinne entschieden. Aus den Urteilsgründen haben wir wegen der Tragweite seines Inhalts das Wichtigste hervor:

Der Beklagte hat am 19. März 1907 einen Verpflichtungsschein folgenden Inhalts ausgehellt:

„Hierdurch verpflichte ich mich Herrn Obermeister Emil Liebing gegenüber bei einer Konventionalstrafe von 30 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung während der Lohnbewegung im Bäderzweig meine Nachbarn dadurch keinen unzulässigen Wettbewerb zu machen, daß ich ihre abgehenden Kunden an mich ziehe. Ich verpflichte mich daher, während des Lohnkampfes keine neuen Bestellungen oder Wiederverkäufe anzunehmen, noch irgend eine Bestellung aufzunehmen, durch welche aus meinem Geschäft Nachworte an Fremde, die bisher nicht meine Kunden waren, geschieht.“

Der Kläger verlangt vom Beklagten Zahlung von 30 M. Konventionalstrafe, weil er Nachworte an den Wiederverkäufer Behrendt verschickt habe.

Der Beklagte wendet ein, der Kläger sei nicht Aktiv legitimiert und der Kessels verstoße gegen § 152 C.O.

Nachdem das Urteil dargelegt hat, daß der Einwand der Aktivlegitimation für die Frage bedeutungslos ist, ob der Vertrag rechtsgültig ist, fährt es fort:

„Gegen die dem Beklagten darin beizutreten, daß der Kläger aus dem Verpflichtungsschein keine Rechte herleiten kann, weil derselbe gegen § 152 C.O. verstößt, es kann dahingestellt bleiben, ob die Entscheidung des Verpflichtungsscheins auf einen Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen die Innung zurückzuführen ist, ob seine Entstehungsurkunde lediglich auf politischem Gebiete liegt oder ob es sich nur um einen wirtschaftlichen Kampf der Gesellen gegen die Meister handelt. Wie der Kläger vorträgt, bestand unter den Bädergesellen eine Bewegung, die dahin zielte, bessere Lohnbedingungen zu erlangen. Nach der Behauptung des Beklagten erzielten die Gesellen nicht höhere Löhne, sondern sie wollten von

ihren Meistern eine in bestimmten Zeiträumen wiederkehrende ununterbrochene Ruhepause von 30 Stunden. Um diesen Zweck zu erreichen, mag es sich dabei um bessere Lohnbedingungen oder um bessere Arbeitsbedingungen gehandelt haben, wurden diejenigen Bäderereien und Badwarengeschäfte, welche die Forderungen der Gesellen nicht erfüllten, boykottiert. Das Publikum wurde in Flugblättern aufgefordert, bei ihnen keine Badwaren zu kaufen. Um die Wirkungen dieses Boykotts abzumildern, verpflichteten sich die Bädermeister, während dieses Lohnkampfes keine neuen Bestellungen und Wiederverkäufe anzunehmen. Dadurch, daß andere Bädermeister den Verkauf von Waren verweigerten, sollten diese Kunden gezwungen werden, nach wie vor bei den von der Sperrung betroffenen Meistern zu kaufen. Die Wirkung dieser Verpflichtungsscheine, wie ihn der Beklagte ausgehellt hat, bestand darin, daß durch den auf die Kunden ausgeübten Zwang, die Badwaren bei ihren bisherigen Lieferanten zu beziehen, der Boykott wirkungslos gemacht und die ausgesperrten Meister dadurch, daß ihnen ein Teil ihres Einkommens gesichert wurde, in die Lage versetzt wurden, ihren Widerstand gegen die von den Gesellen erzielten besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten. Doch eben diese Wirkung durch die Kessels erzielt werden sollte, ist dem Gericht nicht zweifelhaft gemeldet. Die Gesellen sollten gezwungen werden, von den ihrerseits gestellten Forderungen Abstand zu nehmen. Es sollte die Aufrechterhaltung derselben für die Meister im Sinne des § 152 C.O. günstigerer Arbeitsbedingungen erreicht werden. (Reichsgerichts-Urteil, Band 50, S. 30.) Der vom Angeklagten ausgestellte Schein enthält daher eine Verabredung von Gewerbetreibenden zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solche Verabredungen begründen nach § 152 Abs. 2 C.O. weder ein flagrares noch natürliches Schuldverhältnis. Weder Klage noch Einrede findet aus ihnen statt. Infolgedessen ist nach § 344 U. G. O. die für den Fall der Nichterfüllung des Verpflichtungsscheins getroffene Vereinbarung einer Strafe unwirksam.“

Die vorstehende Entscheidung befindet sich im Einklang mit dem Besch und der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Demnach sind die Vereinbarungen, durch welche Unternehmer sich verpflichten, Konventionalstrafen für die Fälle zu zahlen, in denen eine Einstellung von Arbeitern oder die Nichtausführung von Arbeitern entgegen einem Beschluß der Unternehmerorganisation erfolgt, rechtsgültig. Diese Rechtsgültigkeit erstreckt sich insbesondere auch auf die sogenannten trockenen Besch. Aber nicht nur zivilrechtlich ungültige Verträge hat der Obermeister Liebing durch die charakterisierte Konventionalstrafenvereinbarung geschlossen, sondern sein Vorgehen, der Versuch, durch Klage die ungünstigen Strafen einzutreiben, ist nach der Rechtsprechung, wie sie unter Billigung des Reichsgerichts gegen Arbeiter geübt ist, auch strafbar. Denn es stellt sich kein Vorgehen danach als eine versuchte Erpressung und als Verstoß gegen § 158 C.O. dar. Wird die Staatsanwaltschaft gegen den Obermeister Klage erheben? Wird sie gegen ähnliche Vereinbarungen Textilindustrieller und Metallindustrieller vorgehen?

Immer noch die Kruppische „Wohlfahrtskasse“ vor Gericht.

Am vergangenen Donnerstag standen vor dem Gewerbegericht in M. B. (Spruchkammer Friemersheim) wiederum sechs Klagen früherer Kruppischer Arbeiter an, um aus der famosen Pensionskasse die ihnen zwangsweise einbehaltenen Pensionbeiträge einzufordern. Die Firma wurde denn auch in allen sechs Fällen verurteilt. Man macht jetzt kein großes Aufsehen mehr davon, wenn die „Wohlfahrtskasse“ der Weltfirma Krupp verurteilt wird, sucht sich vielmehr mit der fatalen Tatsache abzufinden. Es bleiben ja immer noch Hunderte und Tausende genug über, die nicht auf Herausgabe der Pensionbeiträge klagen, und da andererseits die Verurteilungen nur erfolgen, insofern der Betrag sich auf die beiden letzten Jahre bezieht, also etwa 40 bis 50 M., so kann die Wohlfahrtsfirma die Verurteilungen leicht verschmerzen, wenn sie auch erlost genug über die Friemersheimer Spruchkammer des Gewerbegerichts in M. B. sein mag. Oder sollte vielleicht ein Wechsel in der Besetzung in Aussicht stehen?

Gerichts-Zeitung.

Wie die Polizei die Gesetze achtet.

Wie die Polizei die Gesetze achtet, zeigt eine Verhandlung, die vor dem Altonaer Landgericht in der Verurteilung stattfand und der folgenden zugrunde lag: Anfang August v. J. meldete der Fabrikarbeiter Christian Brüggemann in Izhoe als Vorsitzender des Athletenklubs „Einigkeit“ bei der Polizeibehörde in Izhoe eine geschilderte Festlichkeit seines Klubs an, die am 11. August stattfinden sollte. Obwohl die Polizeibehörde das Stattfinden der Festlichkeit nach den gesetzlichen Bestimmungen weder zu genehmigen noch zu verbieten hatte, nahm sie sich doch das Recht heraus, die Genehmigung der Festlichkeit von der Einreichung einer Mitgliederliste abhängig zu machen. Brüggemann verweigerte die Einreichung der Mitgliederliste und bedeutete dem Chef der Polizei, daß er nach der Entscheidung einer höheren Instanz gar nicht berechtigt sei, die Liste zu fordern. Dennoch wurde die Forderung aufrecht erhalten und Brüggemann und dem betreffenden Wirt wurde bekanntgegeben, daß die Festlichkeit nicht stattfinden dürfe. Als dennoch am Nachmittag und Abend des 11. August die Festlichkeit vor sich ging, erschien im Auftrage des Polizeichefs der Polizeikommissar Rasch und mehrere Polizeifergeanten und räumten nicht nur den Saal, sondern auch alle Nebenlokalitäten des betreffenden Etablissements. Brüggemann wurde von dem Kommissar eigenhändig aus der Garderobe herausgeholt und in der unsanftesten Weise auf die Straße befördert, wobei ihm erhebliche Schmerzen bereitet wurden. Diese Polizeitaten wurden dann in einer öffentlichen Versammlung am 20. August, die von dem Herrn Kommissar Rasch überwacht wurde, von Brüggemann in entsprechender Weise kritisiert. Durch die Ausführungen fühlte sich der Kommissar Rasch verhöhnt und beleidigt und stellte Strafantrag. In der Verhandlung des Schöffengerichts versuchte die Polizei die Forderung der Einreichung der Mitgliederliste damit zu rechtfertigen, daß sie vermutet habe, ein vorher verbotenes Gewerkschaftsfest solle unter dem Namen des genannten Klubs abgehalten werden. Das Schöffengericht gestand Brüggemann zwar zu, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er die geschilderten Vorgänge zur Sprache brachte und kritisierte, doch gehe aus der Form seiner Ausführungen hervor, daß er die Absicht hatte, den Kommissar Rasch zu beleidigen. Erkennt wurde auf zwei Monate Gefängnis. In der Verhandlung vor dem Landgericht trat der Angeklagte den Beweis an, daß der Kommissar Rasch sich in der unpassendsten Weise benommen hat und eine scharfe Kritik über sein Verhalten am Platze war. Der Verteidiger Dr. Herz ging mit der Polizei scharf ins Gericht und führte aus, daß der Angeklagte wohl berechtigt gewesen sei, das ungesetzliche Vorgehen derselben und namentlich die Handlungsweise des Kommissars Rasch in der von ihm beliebigen Weise zu kritisieren. Deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Das Landgericht hob das schöffengerichtliche Urteil auf und erkannte gegen den Angeklagten auf eine Geldstrafe von 150 M. eventuell 30 Tagen Gefängnis. Daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat und er durch das ungesetzliche Vorgehen der Polizei in hohem Maße gereizt worden ist, wurde bei Begründung des Urteils ausgeführt. Das Landgericht hat aber auch mit dem Schöffengericht angenommen, daß der Angeklagte in der Form gefehlt habe. Die Verurteilung sei aber nicht bezarr, daß auf Freiheitsstrafe erkannt werden mußte.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tabaksteuer-Frage und ihre Entwicklung. Herausgegeben von der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands. 26 Seiten. Verlag C. Euter, Berlin, Straßburgerstr. 41.

When Things Were Dying by C. A. Stoenz. 282 Seiten. Verlag: Charles D. Kerr u. Co., Chicago.

Heute abend finden in Groß-Berlin in den bekannten Zusammenkunftslökalen

Extra-Zahlabende

statt, da mit Sicherheit zu erwarten steht, daß ein Teil der gegnerischen Presse die Vorgänge am Sonntag in Berlin zu perfiden Entstellungen und Angriffen auf die Arbeiterschaft ausnutzen wird, und es durchaus nötig erscheint, diesen Angriffen sofort entgegenzutreten. Der Aktionsausschuß.

Partei-Angelegenheiten.

Der heutige Extra-Zahlabend

soll, wie schon angekündigt, sich auf eine Besprechung des Verlaufs der Sonntagsdemonstration beschränken. Es sei angesichts der Wichtigkeit der Sache darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Genossen in einigen bestimmten Bezirken die Teilnehmer genau ansehen.

Friedrichsfelde. Für Friedrichsfelde und Karlshorst findet kein Extra-Zahlabend statt, dafür wird für Friedrichsfelde die schon angekündigte öffentliche Versammlung bestimmt stattfinden.

Friedenau. Heute abend 1/9 Uhr findet bei Grube, Kaiser-Allee 85, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre, Neuwahlen, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen erwartet. Der Vorstand.

Wrig-Budow. Heute, Dienstag, abends 1/9 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. Straße 28, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben, Bericht der Gemeindevertreter und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Röpenitz. Die Genossen werden ersucht, heute abend auf dem Extra-Zahlabend zu erscheinen. Die Genossen der Altstadt treffen sich bei Rohet, Rosenstraße.

Franz. Buchholz. Am Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Käthe die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht des Vorstandes und Neuwahl des 1. Vorsitzenden.

Wilhelmstraße. Heute Dienstag, Diskutierabend bei Barth, Viktorstraße 7. Tagesordnung: Statutenberatung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeitslosigkeit.

Aus allen Teilen des Reiches mehren sich die Meldungen über zunehmende Arbeitslosigkeit. In Berlin wurden unlängst, wie wir meldeten, durch die Gewerkschaftsorganisationen über 30 000 Arbeitslose festgesetzt und die Zunahme ist bisher ununterbrochen geblieben. Die Berliner Partei- und Gewerkschaftsleitungen haben schon in Aussicht genommen, wenn die Anschwellung der Arbeitslosenziffer wie bisher anhält, in den nächsten Wochen große Arbeitslosenversammlungen abzuhalten, um den herrschenden Klassen vor Augen zu führen, wie gewaltig sich Mangel und Elend gesteigert haben. Solche Versammlungen sollten namentlich in den großen Industriestädten und -Gebieten abgehalten werden, denn sie bieten eine treffliche Gelegenheit, dem Volke den ganzen Widerstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung klar zu machen.

Die Geschäfte stoden, weil nicht genügender Absatz vorhanden ist, Fabriks- und Warenlager, heißt es, sind bis oben vollgestopft. Damit vergleiche man die zahllose Menge derer, denen das nötigste fehlt, ihre Blöße zu bedecken, ihre Bedürfnisse auch nur in bescheidenem Maße zu befriedigen. Auf dem Baumarkt prophezeit man ein weiteres Zurückgehen der Konjunktur, weil die letzten Jahre eine Ueberproduktion zeitigt hätten und speziell in Wohnungen zurzeit großer Ueberfluß sei. Dabei sind die Wohnungsverhältnisse der niederen Bevölkerungsklassen besonders in den Großstädten meist miserable, mindestens unzulängliche und der Bedarf an geeigneten Wohnungen könnte nicht im entferntesten gedeckt werden, wenn die breiten Schichten in der Lage wären, sich allenthalben genügende, ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnungen zu beschaffen. Eine gerechte Verteilung entspricht nicht den Interessen des Kapitalismus, der seine Macht und Stärke aus der Armut der Massen zieht. Deshalb müssen Millionen hungern und frieren und schlecht gekleidet gehen, damit einige Zehntausende im Ueberfluß schwelgen und in Samt und Seide raufen können; deshalb müssen die Proleten in Stübchen, Kammern und Kellern hausen, damit der reiche Mann in großen, gesunden Räumen, in herrlichen Prunkbauten wohnen kann. Dieser Zustand, den man die „göttliche Weltordnung“ nennt, bedeutet nichts anderes, als eine ständige Anreizung zum Klassenhaß, als eine fortwährende Revolution von oben; ihn zu beseitigen, ist die wichtigste Lebensaufgabe des Proletariats. In der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum, in der Umwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in die sozialistische, also in der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms liegt die Lösung dieser Aufgabe. Wenn dieser Grundgedanke in all den Versammlungen der Arbeitslosen klar herausgearbeitet und den nach Arbeit und Brot verlangenden Beschäftigungslosen überzeugend dargestellt wird, dann wird die hereinbrechende wirtschaftliche Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und ihrem Massenelend doch das Gute haben, daß immer breitere Schichten des werktätigen Volkes zu der wohlgegründeten Ueberzeugung kommen, daß nur der Sozialismus dem enterbten Volke Befreiung bringen kann. Und alle, die noch einen Funken an Lebenskraft und Lebenshoffnung besitzen, werden sich in den Dienst der Sache des weltbefreienden Sozialismus stellen!

Eisendübler aus der Reichshauptstadt!

Ein trüber, nachfolter Wintertag. Es regnet und nieselt ganz fein, aber beständig, ohne Unterlaß. Halb Schnee, halb Regen, dazwischen dünne, spitze Eisknadeln, die der Wind den Passanten mit Behemung ins Gesicht schleudert. Männer, Frauen, Kinder eilen hastig in Gruppen und auch einzeln die Straße entlang. In den Händen tragen sie Eimer, Töpfe, Kasserolen, Kröpfe, kurzum, Gefäße in allen Formen und Größen. Vor einem bestimmten Hause machen sie Halt und verschwinden in dem dunkleren Eingang. In einem

Dose, der von Hinterhäusern, Remisen, Ställen und Schuppen umgeben ist und in dem Fuhrwerke allerlei und Gerümpel in idealer Unordnung umherstehen, sammeln sich die Gruppen. Die ersten postieren sich vor der Tür eines niedrigen Gebäudes, aus dem der Rückwind in langen Schwaden zieht, während die nachfolgenden dichtgedrängt eine lange Reihe bilden. Hier befindet sich eine Armenspeisungsanstalt, in der die dazu Berechtigten gegen Abgabe eines vom Armenvorsteher erhaltenen Zettels eine oder mehrere Portionen Suppe erhalten.

„Ach, heute gibts Linsen süß und sauer, das ist fein!“ ruft ab und zu einer aus der Menge. Alle Altersstufen sind hier vertreten, vom schlohweißen, gebrechlichen Greis oder auch Greisin, bis herab zum kleinen Knirps, der sich fröstelnd und zähnelappernd zwischen die Erwachsenen schmiegt und mit steifen Händchen krampfhaft den Topf umlammt. Es summt wie ein Bienenschwarm, klagend, schimpfend, murrend tauschen sie gegenseitig ihre Meinung aus. Manche haben unter dem starken Druck der Rot das Lachen doch noch nicht ganz verlernt, und oft genug steigt ein gelungener Witz über die Köpfe hinweg, bei den Umstehenden ein lautes Gelächter auslösend. So stehen sie eine halbe, und eine ganze Stunde in dem Hof, der eine einzige Pfähe bildet und trippeln, ungeduldig den Moment der Zuempfangnahme des Essens erwartend, während aus den zumeist defekten Schuhen das Wasser in kleinen Springbogen quillt. Im Innern des Raumes sieht man Personen sitzen, die ihr Mittagmahl gleich an Ort und Stelle mit Heißhunger verschlingen. Zuletzt sammeln sich die Obdachlosen in großer Anzahl, die nur die Abfertigung der anderen erwarten, um die Reste in Empfang zu nehmen.

Wir verlassen den trübseligen Ort und suchen in einer der nächsten Straßen die Kindervolksschule auf. Ein früheres Geschäftslokal im Vorderhaus, das zu seiner jetzigen Bestimmung eingerichtet ist und zwei leider sehr beschränkte Räumlichkeiten aufweist, so daß nur ein sehr kleiner Teil der hungrigen Kinder Eintritt findet, während die anderen immer so lange auf der Straße warten müssen, bis wieder einige Plätze frei geworden sind. Die Aufsichtsdamen gehören den oberen Kreisen an und üben das Amt freiwillig und unentgeltlich aus. In äußerst zuvorkommender und liebenswürdiger Weise werden uns Küche und Vorratsskammern gezeigt und in Zahlen die Ausgaben und Kosten angegeben. Zweimal in der Woche gibt es auch Fleisch oder Würstchen. Auch hier standen zufällig Linsen süß und sauer auf dem Speisezettel, und durch eine dargereichte Kostprobe überzeugen wir uns von der guten und schmackhaften Zubereitung derselben. „Säreiben Sie recht, recht viel über unser Berl, damit wir reichliche Unterstützung finden, die Ausgaben sind sehr beträchtlich, und Sie sehen ja, wie vortrefflich und segensreich die Einrichtung ist“, bittet uns die kleine, emsige Dame mit dem gütigen, freundlichen Lida.

Wohlthuend berührt der Anblick der Schar hungriger Kinder, die eifrig die Teller betrogen und mit glücklichen, strahlenden Augen aufschauen. Anaben und Mädchen sitzen getrennt. Zwei Jungen sind als „Kalfaktoren“ angestellt, die beiden Damen verteilen das Essen und es ist keine Kleinigkeit in dem engen Raum den Ansturm der hungerigen Mäulchen immer fix und flott zu verfolgen, daß die Aushelfenden nicht allzulange dem Regen und Schnee ausgefetzt sind. Ab und zu müssen die „ausdauerstunten“ unter den kleinen Gästen an den Ausbruch gemahnt werden, damit ihre Kameraden die Plätze einnehmen können.

„Sie sind ja so gerne in der warmen Stube und dann wollen sie auch möglichst viel essen, bei vielen ist es ja die einzige Mahlzeit im Tage. Ja, gebe ihnen ja auch so viel sie wollen, die Mehrzahl läßt sich zweimal dreimal nachfüllen und Linsen essen sie ganz besonders gerne“, erzählt uns die Aufsichtsdame. Doch schon muß sie wieder weg von unserer Seite, 20 bis 30 leere Schüsseln starren ihr in den ausgestreckten Armen verlangend entgegen.

„Na, Kinderchen, habt Ihr noch Hunger!“ „Ja wohl, Fräulein!“ schallt es vielstimmig zurück. Auf die Frage, ob der einzelne noch viel Suppe wolle, lautet stets die energische Antwort: „Ja wohl, sehr viel, Fräulein!“ Dieser Titel steht der Frau zwar nicht mehr zu, aber die Kleinen nehmen das nicht so genau.

Auch die Mädchen lassen sich das Essen trefflich munden, tuschelnd und lichernd hecken sie die Köpfe zusammen und die fröhlichen, geröteten Gesichtern zeigen, wie glücklich sie sind, gesättigt zu werden. Sie sind alle sauber und reinlich gekleidet.

Wir fragen eine kleine Blondine mit einem niedlichen Apfelgesicht: „Hat Vater Arbeit?“ „Ja, habe keinen Vater mehr, der ist schon lange tot!“ lautet die Antwort. Auf einer Bank sitzen drei Geschwister beisammen, zwei kommen noch um 1 Uhr nach.

In der Küche ist mittlerweile eine Situation eingetreten, die lebhaft an die Hochzeit zu Roman erinnert. Dort ging der Wein frühzeitig auf und hier die Linsen. Wenn aber auch die Kochfrauen die Kunst nicht verstehen, aus Wasser Linsen zu bereiten, so wissen sie sich doch auf natürliche und praktische Weise zu helfen und in ganz kurzer Zeit wird eine fertige Griesuppe aufgetragen. „Schmeckt auch ganz gut!“ erklärt ein kleiner Stöpsel mit wichtiger und bestimmter Miene.

Kun läßt die Dame ein kurzes Gebet sprechen vom lieben Gott, der die „milde Hand aufstut und allen Speiß und Trank gibt“. Die Kinder leeren den Spruch mechanisch herunter, ihre Augen aber sind unterwands auf den Teller gerichtet. Auch die vielen Fürstenbilder und Bibelsprüche, mit denen die Wände „geziert“ sind, werden von der Kinderchar nicht beachtet. Die jugendlichen Gemüter zeigen für derartige Dinge wenig Verständnis, eine „reale“ Linsensuppe ist ihnen lieber.

Und klar und fest drängt sich uns bei dem Anblick der vielen Kinder — es sind zwa 300 und in anderen Räumen bis 600 — die Ueberzeugung auf, daß diese Einrichtung eine soziale, unabwendbare Notwendigkeit ist, die nimmermehr der reine Ausfluß einer wohlthätigen Veranstaltung sein darf; so gut und herzlich es einzelne Personen auch meinen mögen, eine Notwendigkeit, die im Interesse der gekanteten Bevölkerung liegt und auch für die heranwachsende Generation von enormer Bedeutung ist.

Ueber eine Erhöhung der Straßenbahnpreise wird gemeldet, daß die Große Berliner Straßenbahngesellschaft gleichzeitig mit der Verfolgung ihrer Tunnelprojekte und der Konzeptionsverlängerung zur Sicherung ihrer Monopolstellung in Groß-Berlin auch

eine erhebliche Erhöhung sämtlicher Straßenbahnpreise betreibt. Diese Erhöhung der Tarife, die einer Verringerung des Zehnpennigtarifes gleichkommt, wird die gesamte Bevölkerung von Groß-Berlin weit mehr interessieren als die Erhöhung der Tarife der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft und zur Verteilung der famosen Tunnelprojekte mehr beitragen als alle schönen Erwidernngen der Straßenbahngesellschaften.

Die neue Polizeiverordnung für die Kinotheater ist nunmehr dem Magistrat zur Zustimmung überhandt worden. Sie bezweckt eine Vereinfachung und Erleichterung der polizeilichen Zensur. Bisher mußten die Kinotheaterunternehmer dem Polizeipräsidenten das Programm in drei Exemplaren zur Genehmigung einreichen. Bevor diese erteilt werden konnte, vergingen immer mehrere Tage, da es angeht die Ueberproduktion der Filmfabrikanten nicht leicht ist, festzustellen, ob es sich um neue oder bereits genehmigte Bildererien handelt. Die neuen Bilder müssen bekanntlich zuvor im Polizei-Kinotheater vorgeführt werden, ehe sie öffentlich zur Darstellung gebracht werden dürfen. In Zukunft soll für jeden genehmigten Film ein für allemal eine polizeiliche Erlaubnis-Lizenz ausgestellt werden, auf welcher der Titel (Inhaltsangabe), Länge und Fabriknummer des Films genau bezeichnet werden. Diese Karte hat der Unternehmer bei der behördlichen Kontrolle des Theaters vorzulegen, das Duplikat befindet sich bei der polizeilichen Sammlung, aus welcher man dann bei künftigen Genehmigungsanträgen leicht feststellt, ob die Erlaubnis zur Vorführung erteilt werden kann oder nicht. So werden wiederholte Vorführungen ein und desselben Bildes im Polizei-Theater verhindert und das Verfahren sowohl wie die Kontrolle wesentlich erleichtert und beschleunigt. Die neue Polizeiverordnung wird voraussichtlich am 1. April d. J. in Kraft treten.

Wohnungsfürsorge bei der — Armenverwaltung!

Um die Beschaffenheit der Wohnungen, in denen die minderbemittelte Bevölkerung hausen muß, macht die Gemeindevverwaltung sich wenig Sorge. Wie sollte sie auch! Für Maßnahmen, die auf eine bessere Beeinflussung unserer Wohnungsverhältnisse abzielen, ist der Stadtfreisinn nicht zu haben. Wer dergleichen auch nur vorschlägt, der läßt den Jörn der um ihren Profit bangenden Hausagrarier auf sich — und das mag kein Freisinniger riskieren. Aber die Erkenntnis, daß manche Hausbesitzer „Wohnungen“ vermieten, die zum Aufenthalt für Menschen nicht mehr geeignet sind, scheint doch auch den Rathhausmännern nicht ganz zu fehlen. Wenigstens dafür ist uns eine Mitteilung, die wir im „Berl. Tagebl.“ lesen.

Das Blatt meldet, die Armenverwaltung habe über die Häuser der Köllnischen Straße eine Sperre verhängt. Den Armen, die dort wohnen oder dorthin ziehen, werde die Unterstützung versagt. Somit wird diese merkwürdige Sperre begründet! Auf eine Anfrage bei der Armenverwaltung ist dem „Berl. Tagebl.“ die Auskunft gegeben worden, in der Köllnischen Straße habe das Dürren- und Juchitterium immer mehr überhand genommen, von solchen Häusern müsse man die Armen fernhalten, besonders Familien mit Kindern. Ein ähnlicher Beschluß sei von der Armenverwaltung schon früher gefaßt worden bezüglich der ehemaligen Stadtvogtei am Rollenmarkt, deren Hellen in Arbeiterwohnungen umgewandelt seien. „Die Armenverwaltung“ verhängt, so sagt das „Berl. Tagebl.“ auf Grund der erhaltenen Auskunft, die Sperre über das Haus, damit städtische Arme nicht in diese menschenunwürdigen Löcher hineingezogen werden. Der städtischen Armenverwaltung kann es, wie sie angibt, nicht gleichgültig sein, ob ihre Pfleglinge in gefunden Wohnungen oder in Kellerlöchern hausen, und sie sucht mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Anfechtung von Armen in moralisch oder hygienisch nicht einwandfreien Massenquartieren anzukämpfen.

Die Armenverwaltung weiß natürlich sehr wohl, daß gerade die von ihr selber jetzt als „menschenunwürdig“ bezeichneten Wohnungen diejenigen sind, die von den Armen gemietet werden müssen, weil es bei ihnen zur Miete für eine einwandfreie Wohnung nicht langt. Will sie künftig den Armen sozial Unterstützung zahlen, daß davon eine einwandfreie Wohnung gemietet werden kann, so wird sie sich den Dank nicht nur der Armen, sondern aller Menschenfreunde verdienen. Nur der Stadtfreisinn würde es ihr nicht danken; denn ihm gelten die Unterstützungsätze, die in der Armenpflege gegenwärtig üblich sind, längst als hoch genug. Die „Armenwohnungen“ in der Stadtvogtei haben wir uns früher mal gelegentlich angesehen; die meisten waren in der Tat so, daß wir sie keinem Armen wünschen möchten. Auch in der Köllnischen Straße sind Wohnungen bekannt; was wir dort gesehen haben, war sogar noch schlimmer als die Hellen der Stadtvogtei. Aber wir haben noch viel Schlimmeres kennen gelernt. Zu dem Schlimmsten zählen wir das alte Waisenhaus an der Stralauer Straße, das erst im vorigen Jahre abgebrochen wurde. Es gehörte — ja, wem? Der Stadt Berlin! Die Räume dieser längst abbruchreifen Ruine wurden von der Gemeinde noch viele Jahre hindurch als Wohnungen vermietet. Ueber dieses Waisenhaus hat vor Jahren der zuständige Armenarzt, der dort ein- und ausging, wiederholt in seinen Berichten an die Armenverwaltung ein sehr ungünstiges Urteil gefällt. Aber niemals ist es der Armenverwaltung eingefallen, über das Haus die Sperre zu verhängen. Die Sperre über ein der Stadt gehöriges Haus, weil die Armenverwaltung Wohnungen in ihm für menschenunwürdig hält! Der Gedanke ist einfach undenkbar. Eine „Sperre“ wurde von der Armenverwaltung damals nur über die Berichte der Armenärzte verhängt, deren Angabe über die Wohnungen der Armen nicht mehr in den großen Jahresberichten der Armenverwaltung aufgenommen wurden.

Heute aber denkt die Armenverwaltung anders. Heute würde sie gewiß auch eine Sperre über die Waisenhausräume verhängen — wenn die Ruine noch stünde! Und heute würde sie vielleicht gar der sozialdemokratischen Forderung beistimmen, daß die Stadtgemeinde an die Berliner Wohnungsarme die Waisenhausräume die bessere Hand zu legen hat — wenn die Armenverwaltung dürfte!

Aus der Haft entlassen ist der wegen Ermordung der Frau Bläher verhaftete gewesene Arbeiter Richard Schmidt. Der gegen Schmidt gedregte Verdacht hat sich als unbegründet herausgestellt. Eine von der Polizei gelieferte Korrespondenz wukte ziemlich sicher zu melden, daß kein anderer als Schmidt der Täter sein könnte, genau so wie der vor längerer Zeit verhaftete gewesene Sobelinsky die Wirtschafterin Bath ermordet haben sollte; auch dessen Täterschaft stellte sich als unbegründet heraus. Schmidt ist bereits am Donnerstag aus der Haft entlassen worden. Diese Zulaufe ist der Öffentlichkeit bisher verschwiegen worden.

Jetzt hat die Polizei von den in den letzten Monaten begangenen sechs Kapitalverbrechen im keinem Falle den Täter ergriffen.

Ein schwerer Unglücksfall auf dem Eise, bei welchem ein Knabe seinen Tod fand und zwei weitere Personen arg gefährdet wurden, ereignete sich gestern auf dem Tasdorfer Kanal bei Rüdersdorf. Dort versuchte der neunjährige Schüler Schwidinski aus Tasdorf mit seiner sechsjährigen Schwester die Eisfläche des Tasdorfer Kanals zu überschreiten, als die Eisbede plötzlich nachgab und beide Kinder einbrachen. In der Nähe der Unfallstelle befand sich der 21jährige Fischer Thiele aus Berlin, der bei dem Versuch, die Kinder zu retten, ebenfalls in das offene Wasser geriet. Er vermochte sich jedoch an der Bruchstelle zu halten. Obwohl er selbst auf das Ärgste gefährdet war, ergriff er doch noch das Mädchen und hielt es solange fest, bis Passanten hinzukamen und die Kleine und ihn den Wellen entzogen. Der Knabe war unter der Eisbede bereits verschunden, seine Leiche konnte bisher nicht aufgefunden werden. Das gerettete Kind wurde in bewußtlosem Zustande nach einem Krankenhause übergeführt, es befindet sich außer Gefahr. Es hat bei dem kalten Bade keinen Schaden genommen.

Unter dem Rufen eines Schlittens den Tod gefunden hat am Sonntagmorgen in Oranienburg der vierjährige Sohn des Kaufmanns Schindler. Der Knabe spielte in dem genannten Vorort auf dem Fohrdamm vor dem Hause Berliner Straße 22, ein Schlitten herannahende, dessen Pferde vor einem Automobil steh geworden waren. Die Tiere liefen auf das nichtahnende Kind zu und wiewohl sich der Knabe bemühte, den Rufen eine andere Richtung zu geben, wurde der Knabe von den Rufen des Gepannts erfasst und unter den Schlitten geschleudert. Die rechte Kufe ging dem Kleinen über die Brust hinweg. Schwer verletzt wurde der Knabe nach der elterlichen Wohnung gebracht, wo er noch vor Eintreffen eines hinzugerufenen Arztes verstarb.

Im Gefängnis Selbstmord verübt hat der Gelegenheitsarbeiter Karl Haufe, der im Tegel Polizeigefängnis eine längere Strafe zu verbüßen hatte. Er war am Freitag nach Langenow übergeführt worden, wo er sich eines Diebstahls wegen vor dem Schöffengericht verantworten sollte. Als er am Sonnabend über den Korridor des Gefängnisgebäudes geführt wurde, kam ihm dort ein Barbierlehrling entgegen, der die Gefangenen zu rasieren hatte. Der Lehrling trug in der Hand ein Rasiermesser. Wütlich stürzte sich Haufe auf den Lehrling, entriß diesem das Messer und bedrohte damit den Gefangenenaufseher, der dem Gelegenheitsarbeiter die Waffe abnehmen wollte. Der Beamte hielt die rechte Hand des Gefangenen fest und versuchte, ihm das Messer zu entwenden. Dabei gelang es aber dem H., sich die Pulsader der linken Hand aufzuschneiden. Bevor es gelungen war, die Ader zu unterbinden, hatte der Gefangene bereits soviel Blut verloren, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Eine Riffahrt bis zum zweiten Katarakt lautet der zweite Teil des Vortrages über Ägypten, der gestern in der Urania in der Taubenstraße von Herrn O. Wagner gehalten und durch Lichtbilder dem Verständnis näher gebracht wurde. Die erste Fahrt geht von Kairo nach Luxor. Der Vortragende erzählt uns von den Quellen des Nils, von seinem Lauf und den Ueberschwemmungen, die er anrichtet, Ueberschwemmungen, die aber bei der herrschenden Dürre außerordentlich ersprießlich für die Vegetation sind. Wir lernen Land und Leute kennen und besuchen zahlreiche altägyptische Stätten, Ueberbleibsel einer vieltausendjährigen Kultur. Wir werden erinnert an das alte Pharaonenreich durch die Tempel von Dendera mit seinen Reliefs. Wir sehen das alte Theben mit seinen hundert Toren, den Tempel Luxor mit seinen Säulenhöfen und Statuen, der eine Schöpfung Ramses II. ist. Mit einer gewissen Ehrfurcht durchwandern wir den vor 3450 Jahren errichteten Säulengang, dessen 14 Säulen mit 18 Meter hohen Reliefs, Szenen aus einem Ammonfest darstellen, bedeckt sind. Wir schauen einige Trümmer der Sphinx, wo ehemals eine ganze Spitzallee vorhanden war, dann die Königsgräber von Hibis an Kulat und schließlich die Memniskolosse, die nach der Sage seit den Tagen des Kaisers Septimius Severus mit ihrem legendären Ringen beim Fuß der Morgensonne aufgeführt haben. Es ist ein Stück altägyptischer Geschichte, das sich da vor unserm geistigen Auge aufrollt. Im zweiten Abschnitt des Vortrages sehen wir unsere mit einem Dampfer begonnene Fahrt fort, und zwar von Luxor bis zu den Stromschnellen des zweiten Katarakts bei Wadi Safsa. Erhöhtes Interesse nötigen uns auf der Fahrt die Stromschnellen und nicht zuletzt die Wunder der Wasserbaukunst ob. Dabei hatten wir der Tempelinsel Philae einen Besuch ab und bestaunen auch hier die Ueberreste, die an die Besatzung längst entschwundener Zeiten erinnern, an die Zeiten einer niedergegangenen Kulturperiode.

Der Zoologische Garten hat neuerdings ein Paar Pinfelohrschweine erworben, die vorläufig während der kalten Jahreszeit im Elefantenhause unmittelbar rechts neben dem Eingang untergebracht worden sind. Diese auffallenden Bestiaristen sind im Gegenfall zu ihren Verwandten geradezu als farbenprächtig zu bezeichnen; von der leuchtend roten Grundfärbung hebt sich ein schwarz abgelesener weißer Rückenstreifen und eine ebenfalls schwarz gezeichnete ab, die Ohren sind mit langen weißen Pinfeln geschmückt. Beide Tiere sind prächtige, erwachsene Stüde, wie sie nur sehr selten in den Handel kommen und lebend gezeigt werden können.

Im Berliner Aquarium fällt dem Besucher unter den neuen Erwerbungen zunächst ein hübsch gezierter Schimpanse auf, der die linke Seite des Affenhauses bezogen hat und sich hier, in lebhafter Verbindung mit den nebenan hausenden kleineren Vertretern des Affengeschlechts, Meerkatzen, Papatzen und dergleichen sehr wohl zu befinden scheint. Dank der vorzüglichen Verpflegung und aufmerksamen Behandlung, deren dieser Menschenaffe — bisher im Besitz des Herrn Ingenieur Otto Widmann hier — auf der Ueberfahrt, vorher und nachher zuteil wurde, gibt er sich als ein ebenso auf alles merkwürdig wie zu Spiel und Scherz geneigter drälliger Bursche. — Die beiden erwähnten Wandbuden gegenüber dem Vogelhause beherbergen eine Anzahl aus warmen Gebieten, Indien und Afrika, stammende Süßwasserfische. Unter ihnen macht sich ein Fisch durch seine außerordentliche Länge — er mißt nahezu 1/2 Meter — besonders bemerklich; und diese Länge läßt es uns sehr begreiflich erscheinen, wenn wir lesen, daß derartige Fische, die wegen ihres in Form und Bekleidung sehr einem Schlangenkopfs ähnelnden Kopfes „Schlangenkopffische“ genannt werden, in ihrer Heimat bezw. in China als Leichfische zu Nahrungszwecken gehalten werden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr brannte vor dem Hause Wilhelmstraße 111 eine Automobildrosche. Etwas später, um 3 1/2 Uhr, stand schon wieder eine Automobildrosche vor dem Hause Leipziger Straße 120 in Flammen. Der 19. Jug löschte diese. Die Droschen mußten fortgeschleppt werden. In der Fehrbelliner Straße 41 wurden bei einem Brande Lumpen, Kisten, eine Nähmaschine u. a. ein Raub der Flammen. Gestern nachmittag um 8 Uhr brannte in der Gräberstraße 24 ein Wagnau und gleichzeitig in der Prinzen-Allee 47 ein Treibhaus in einer Gärtnerei. Außerdem mußten noch mehrere kleinere Brände an verschiedenen Stellen gelöscht werden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordneten-Versammlung. In der Sitzung am Donnerstag wurden unter den üblichen Reden der Stadtverordnete Honfal und der inzwischen bestätigte zweite Bürgermeister Dr. Weinreich durch den Ersten Bürgermeister Kaiser in ihr Amt eingeführt.

Den Stadtverordnetenvorsteher Sander wählte die Versammlung wieder in das Amt. Bei der Wahl des Stellvertreters appellierte der Stadtv. Wutzky (Soz.) namens der sozialdemokratischen Fraktion an das Gerechtigkeitsgefühl und den parlamentarischen Anstand der Mehrheit und verlangte, daß ein Vertreter der III. Abteilung mit ins Bureau gewählt werde. Doch bewiesen die Vertreter von Besitz und „Bildung“, wie fremd ihnen

parlamentarische Tugenden sind; sie wählten den bisherigen Stellvertreter des Vorstehers, Stadtv. Bögelke, wieder gegen die Stimmen unserer Genossen, welche sich auf den Genossen Obermann vereinigten. Hierauf brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, nach welchem das Bureau um einen Weisiger vermehrt werden sollte. Auch hier machte der „Brod“ von seiner Macht Gebrauch und lehnte die Dringlichkeit ab; der Antrag wird nunmehr die nächste Sitzung beschäftigen.

Eine Anfrage des Stadtv. Groger (Soz.) nach dem bereits vor Jahresfrist beschlossenen Bürgerbuch beantwortete der Erste Bürgermeister dahin, daß dasselbe nach etwa 2 Monaten fertig vorliegen werde.

Bei der Bestimmung der Ortszeitungen für die Bekanntmachungen der Stadtverordnetenversammlung beantragte Stadtv. Bockle (Soz.) die Einbeziehung des „Vorwärts“, um auch das Gros der Bürgerschaft, das diese Zeitung lese, über das kommunale Leben zu informieren. Der gegenwärtige Zustand sei eine Begünstigung der im Orte erscheinenden Einzelblätter, von denen die Bürgerschaft in ihrer ungeheuren Mehrheit nichts wissen wolle. — Die Stadtv. Abraham und Koge wußten darauf nichts Besseres zu antworten, als daß es dem Ansehen einer Großstadt schade, wenn sie „außwärtige“ Unternehmungen in Fällen, wie dem vorliegenden, berücksichtige; sie forderten schließlich die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. — Stadtv. Wutzky (Soz.) nagelte diesen unsinnigen Partikularismus fest, der jede Objektivität vermissen lasse und darauf hinauslaufe, die Bürgerschaft zum Besen der hundertfachen „unparteiischen“ Lokalpresse zu zwingen oder sie andernfalls kommunalpolitisch noch um ein weiteres rechtlos zu machen. Es half alles nichts, die Mehrheit hielt ihren Rixdorfer Leisbörigen die Konfuzierung des „Vorwärts“ vom Halbe und lehnte den Vorschlag unserer Genossen ab.

Als nächster Punkt stand die Bewilligung einer Beihilfe an den gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin erneut auf der Tagesordnung. Der Gegenstand wurde von der vorigen Sitzung auf Wunsch des Bürgermeisters Kaiser abgesetzt, weil — wie dieser sagte — erst noch „Interessenten“ Gelegenheit zur Äußerung über die vor einiger Zeit eingerichtete hiesige Rechtsauskunftsstelle gegeben werden sollte. Inzwischen hat eine Versammlung von „Interessenten“ getagt, in der — wie uns mitgeteilt wird — lediglich die Herren Rechtsanwältel allerlei zu kritisieren hatten. Schließlich muß man aber doch in den anfangs anheimelnden lauren Apfel gebissen haben; denn Stadtv. Abraham leitete sofort die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung mit einer großen Rede ein, die natürlich getragen war von dem Wohlwollen der Annahme eines solchen gemeinnützigen Instituts gegenüber, deren „wenn“ und „aber“ jedoch die Zweifel an eben dieser Sympathie nicht zerstreuen konnten. — Die Vorlage wurde genehmigt.

Eine recht lebhaftige Debatte rief der Antrag des Magistrats auf Anstellung eines Schularztes für die Hülfschulen zum 1. April 1908 hervor. Derselbe soll mit 800 M. jährlicher Entschädigung eingestellt werden. Als Begründung war der Vorlage eine Denkschrift beigegeben, welche vom zweiten Bürgermeister Dr. Weinreich verfaßt ist. Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) präziserte namens unserer Fraktion deren Stellungnahme zum Magistratsantrage. Als unser Antrag auf Anstellung von Schulärzten vor einem Jahre — so führte Redner etwa aus — gegen unseren Willen der Schuldeputation zur Erörterung überwiesen wurde, da waren wir überzeugt, daß in dieser Deputation die Sache in den schlechtesten Händen war. Wie berechtigt dies Mißtrauen war, beweist der Antrag und die Denkschrift. Dieser Antrag bedeutet einfach nichts! Unglaublich ist aber die Denkschrift. Sie wimmelt von Fehlern und Widersprüchen. Statt — wie doch verlangt werden muß — die vorhandene neue Literatur und die neuzustellenden Tatsachen zu berücksichtigen, wird darin veraltetes, längst überholtes Material vorgetragen. (Redner weist dies bezüglich mehrerer Städte an Beispielen treffend nach). Auch über Berlin sind falsche Angaben gemacht, indem statt 90 nur 73 Ärzte als angestellt angegeben werden. Was soll denn eine Denkschrift, die über die Berliner Vororte so gut wie nichts zu sagen weiß und verschweigt, daß diese letzteren ziemlich alle Rixdorf in der Schularzfrage vorangeht? Es gibt überhaupt keine Großstadt, ja keine größere Provinzialstadt in Deutschland mehr, welche nicht Schulärzte angestellt hätte. Da ist es doch geradezu unverständlich, wenn die Denkschrift behauptet, Rixdorf beharrt daran nicht, weil der Gesundheitszustand unserer Volksschüler sich von dem in den anderen Gemeinden nicht wesentlich unterscheiden soll. Letzteres ist bei den ungünstigen Lebens- und Wohnverhältnissen der Rixdorfer Arbeiterbevölkerung einfach unmöglich. Das Gegenteil ist richtig. Und deshalb braucht Rixdorf eher wie manche andere Stadt, mindestens aber ebenso notwendig Schulärzte. Im übrigen scheint der Verfasser der Denkschrift das Prinzip der Schularzfrage gar nicht zu kennen, welches in erster Reihe die Gesundheitshaltung der Kinder wolle. (Zurufe.) Wenn hier immer wieder die Kosten ins Treffen geführt werden, so erkläre ich es für eine Schande der Stadt Rixdorf, wenn für Hülfs- in den höheren Schulen 5000 Mark ausgegeben werden, für Schulärzte aber nicht die zum ersten brauchbaren Anfang benötigten 12 000 Mark vorhanden sind. (Stürmischer Protest beim Brod, lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So wie der Antrag vorliegt, ist er einfach untauglich, ganz abgesehen von der unhaltbaren Denkschrift. Wir beantragen daher Ueberweisung an eine Kommission und Vereinstellung von 12 000 M. um etwas Vernünftiges zustande zu bringen. — Bürgermeister Dr. Weinreich beklagt sich über die herbe Kritik des Vorredners an der Denkschrift, welche eine stille Arbeit später Nachtstunden sei, gibt aber im wesentlichen die gerügten Mängel zu. Um den vorliegenden Antrag zu stützen, genüge diese als Begründung. (Höhnisches „Sehr richtig!“) Er unterscheidet die sozialen kommunalen Einrichtungen nach den Begriffen „notwendig“, „nützlich“ und „angenehm“. Die Anstellung von Schulärzten bezeichne er nur als „nützlich“. Und da sei als Anfang 1 Schularzt für die kranken Kinder der Hülfschulen genügend. Auch müsse auf die Finanzen der Stadt Rücksicht genommen werden, die eine größere Zahl von Schulärzten nicht zulasse. Wenn kleinere Vororte darin weiter gehen, so sei das dort leichter als in Rixdorf mit seinen 25 000 Schülern. — Stadtv. Rosenow stimmt in der Beurteilung der Frage dem sozialdemokratischen Redner zu. Die wirtschaftlich Starken dürfen nicht bloß genießen, sie haben auch Pflichten der Arbeiterbevölkerung gegenüber zu erfüllen. Hauptgrundlag müsse bleiben: die Gesunderhaltung der Kinder. Dazu reiche die Vorlage aber nicht aus; er halte mindestens 3 Schulärzte für nötig. — Stadtv. Silberstein (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Bürgermeisters. Finanzselle Bedenken seien hier gar nicht stichhaltig, weil 12 000 M. einen Etat, wie den der Stadt Rixdorf, nicht umlürzen können; das seien Äußerungen, die ja stets bei sozialen Dingen herhalten müssen. Geradezu unverständlich sei die Logik des Bürgermeisters, nach welcher Rixdorf dann für seine 25 000 Kinder Schulärzte bekäme. Es sei sehr schlimm, daß über den sozialdemokratischen Antrag die Schuldeputation zu befinden hatte, in der sicher außer dem Delegierten kaum ein Mitglied von der Sache etwas verstehe. (Lebhaftes Wohl im Brod.) Sie bestreiten das! Nun, dann frage ich, wer von den anwesenden Mitgliedern der Schuldeputation schon ein einziges Wort über die Schularzfrage studiert hat. (Die Befragten schweigen.) Nun, also keine! Demnach ist meine Behauptung zutreffend. — Stadtv. Reich erwies sich wieder als das enfant terrible der Mehrheit. Dieser Stadtvater produziert sich meist zum Gaudium der Versammlung in allerlei Wägen, dabei nicht selten die wahren Gründe seiner Wagnissen in Herzensinfarkt auszukundend. So auch diesmal! Ein Arzt ist kein Arzt, so sagen wir uns — meinte er — und machen deshalb den „Witz“ mit. Die ganze Geschichte ist überflüssig (!) — Doch bei solchen und ähnlichen rickständigen Anschauungen der sozialdemokratische Antrag von der Mehrheit abgelehnt wurde, dürfte wohl kaum erst festzustellen sein.

Mit Rücksicht auf das neue Schulunterhaltungs-gesetz beantragt der Magistrat, die hiesige Schuldeputation und die Deputation für die höhere Mädchenschule aufzulösen und der ersten nach

vollzogener Neuwahl auch das höhere Mädchenschulwesen zu übertragen. Die Deputation soll dann aus von 9 auf 15 Mitglieder erhöht werden. Stadtv. Abraham spricht gegen die Auflösung der Deputation für die höhere Mädchenschule, die nicht — wie der Magistrat behauptet — ihren Zweck erfüllt habe, sondern bei dem geplanten Ausbau des höheren Mädchenschulwesens noch Aufgaben zu lösen bekomme. Redner weist nach, daß das Schulunterhaltungs-gesetz vom 28. Juli 1906 auch gar nicht die Auflösung des gegenwärtigen Zustandes bedinge. Die Auflösung und Vergrößerung der hiesigen Schuldeputation könne bei dem umfangreichen Volksschulwesen Rixdorfs ohnedies erfolgen und sei wünschenswert. — Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) und Koge sind derselben Auffassung. Ersterer ist es unverständlich, wie man schon vorher aussteifen wolle, ehe die Regierung irgend welches Verlangen gestellt habe. Das sei eine merkwürdige Art, um die Selbstverwaltung zu wahren. Vor der Öffentlichkeit müsse eine Äußerung des Delegierten in der Schuldeputation festgestellt werden, nach welcher Mitglieder der Schuldeputation gedroht haben sollen, die Stadt bei der Regierung zu denunzieren, wenn nicht das höhere Mädchenschulwesen der hiesigen Schuldeputation ausgeliefert würde. Schulrat Anders soll dabei beteiligt sein. Dagegen muß energisch Protest eingelegt werden. — Bürgermeister Dr. Weinreich sucht die vom Vordredner gekennzeichneten Drogen als harmlos hinzustellen. Nach einigen Einwendungen erklärt er sich mit dem Antrage Abraham, der nur die Schuldeputation auflösen und neu wählen, alles andere aber vertragen will, einverstanden. — Die Versammlung beschließt hierauf demgemäß.

Nachdem drei weitere kleinere Vorlagen ohne nennenswert Debatte erledigt waren, fand noch ein geheime Sitzung statt.

Steglich.

Gemeindevertretersitzung. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß der besoldete Schöffe Dr. V e h e n d o r f f zum Gemeindevorsteher von Langwitz gewählt sei und daher zum 1. April aus unserer Verwaltung zu scheiden gedenke. Die Vorberatung über eine etwaige Neubesetzung dieses Postens wurde einer Kommission überwiesen. Hierauf gelangte die neue Hundsteuerordnung mit einem Steuerlage von 16 M. in zweiter Lesung zur Annahme. — Das von der Versammlung angenommene neue Ortsstatut für die gemeinliche Fortbildungsschule bringt verschiedene Neuerungen. Zunächst verpflichtet es nur die hier beschäftigten Lehrlinge zum Besuche der Schule und setzt als Entlassungstermin dasjenige Halbjahr fest, in dem die Schüler das achtzehnte Jahr vollenden. Der Unterricht findet in der Zeit von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends statt. Als Schulstrafen werden festgesetzt: Geldstrafe, Verwarnung und Nachsicht. Die ständige Vermehrung der Schüler macht abermals die Anstellung einer ganzen Anzahl neuer Lehrkräfte sowohl an den höheren wie an den Gemeindefschulen nötig. Die erforderlichen Mittel wurden bewilligt. — Das Bauprogramm für das Realgymnasium wurde genehmigt und beschlossen, zwecks Erlangung von künstlerischen Entwürfen für die Fassade ein Preisausgeschrieben zu eröffnen. — Zur Ausführung des zweiten Bauteiles der Gemeindefschule in der Ringstraße wurden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. — Vor zwei Jahren bewilligte die Gemeindevertretung dem Gymnasium einen jährlichen Beitrag von 500 M. zwecks Beitritts zum Schüler-Clubverein „Bannsee“. Nunmehr hat auch die Leitung der Oberrealschule den Wunsch, den Herren Jungens, deren Väter die üblichen, jedenfalls nicht geringen Extraausgaben für diesen Sport bezahlen können, Gelegenheit zum Ruben zu geben. Da es sich nach Auslassungen der bürgerlichen Vertreter um die Kräftigung „unserer Jugend“ handelt, wurden die geforderten 1450 M., und zwar 950 M. einmalig und 500 M. dauernd, bewilligt. In dem Gymnasium kommen die 500 M. 20 Schülern zugute; da bei der Realschule kaum mehr in Betracht kommen dürften, so bedeuten die 1450 M. ein Geschenk der Allgemeinheit an wohlhabende Mitbürger von rund 70 M. pro Kopf. So sorgt unsere Gemeindevertretung für „unsere Jugend“. — Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde ferner beschlossen, den Lehrerinnen an den zwei hiesigen höheren P r i v a t - Mädchenschulen Pensionen von 600 bis 750 M. jährlich zu zahlen. Hiermit war jedoch das Kapitel „Schulkosten“ noch nicht erledigt. Nachdem eine ansehnliche Summe Vertretungskosten bewilligt war, kam noch ein Dringlichkeitsantrag auf Gewährung von Feuerungszulagen an die Lehrer für das verfloffene Jahr. Dieser Antrag wurde vorerst der Etatskommission überwiesen. Der schon in der vorigen Sitzung gestellte Antrag auf Wänderung des Gemeindefortschritts wurde einer Kommission überwiesen, die außerdem noch folgenden Antrag vorberaten soll: „Verständigung mit den übrigen stadtbühlichen Berliner Vorortgemeinden wegen Einleitung geeigneter Schritte zwecks Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs aus der preussischen Landgemeindevorordnung.“

Rummelsburg.

Die erste Gemeindevertretersitzung im neuen Jahre war gegen sonst nur schwach besetzt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung, die Auflösung der zum 1. April auscheidenden Gemeindevertreter, wurde unser Vertreter Gläser ausgelost, außerdem scheidet in der dritten Abteilung Genosse Gorgas und der bürgerliche Vertreter Werther aus. Bei Besprechung der Jahresberichte der Schulärzte nahmen unsere Vertreter Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Berichte wenig übersichtlich und äußerst trocken gehalten sind und daß auch die Untersuchung der Kinder allem Anscheine nach viel zu wünschen übrig läßt, nur ein einziger Arzt (Dr. Wagner) hatte Veranlassung genommen, auch auf einzelne Uebellstände und Ursachen des schlechten Gesundheitsbefundes der von ihm untersuchten Kinder hinzuweisen und gleichzeitig einige Vorschläge zur Abstellung dieser gerügten Uebellstände gemacht. Wie wenig zuverlässig und brauchbar die Berichte sind, geht aus der großen Differenz in der Angabe nach Prozenten der als krank und gesund aufgeführten Kinder deutlich hervor. Der eine Arzt hat z. B. als vollständig gesund 20 Proz. Kinder befunden, ein anderer Arzt dagegen nur 3,3 Proz. Als krank hat ein Arzt 25 Proz. Kinder befunden, der andere Arzt aber nur 2,5 Proz. Der Gemeindevorstand betrieb für entsprechende Abhilfe Sorge tragen zu wollen. Eine rege Debatte zeitigte die Verpöschung der beiden Wochenmärkte. Der Gemeindevorstand beantragte, dem bisfertigen Wächter der Wochenmärkte ohne Ausschreibung wiederum auf weitere drei Jahre gegen eine von diesem Wächter selbst gebotene jährliche Pachtsumme von 20 000 M. zu verpachten. — Unser Vertreter beantragte und begründeten hierzu öffentliche Ausschreibung, die auch nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit angenommen wurde. — In scharfen Auseinandersetzungen zwischen den privilegierten Hausbesitzern und unseren Genossen kam es bei Beratung einer neuen Grundsteuerordnung. Nach dieser neuen Grundsteuerordnung wird als höchster Satz der Gebäudebesteuerung 3 M. von 1000 M. gemeinen Wertes festgelegt. In den letzten Jahren betrug der Satz, den die Grundbesitzer zu zahlen hatten, 3,25 M. Damit das Geschenk, das man den Hausbesitzern hiermit in den Schoß wirft, die Finanzen der Gemeinde nicht gar zu arg schädigt, sollen die ungebauten Grundstücke zum doppelten Satz wie die Gebäudegrundstücke zur Steuer herangezogen werden. — Da nun aber die ungebauten Terrains in der Mehrzahl der Stadt Berlin gehören, so wird der Berliner Gemeindefiskus dieses Hausbesitzergeschenk hauptsächlich tragen müssen. Unsere Vertreter machten in längeren Ausführungen der Hausbesitzerpartei klar, daß es sich auf keinen Fall reißfertig, wenn dieselben in einer Zeit, wo der Hauswert ständig im Steigen ist, noch ein solches Geschenk von einer finanziell schlecht gestellten Gemeinde annehmen wollen, geschweige sich selbst bewilligen. Die wenigen Gegenargumente gipfelten hauptsächlich in dem Mangel, daß die Lage der Hausbesitzer eine so trostlose sei, daß dieselben bei einer Nicht-Herabsetzung der Steuer verzögern müßten, noch länger das schwere Amt eines Hauswirts zu tragen. — Die Hausbesitzer stimmten dem auch geschloßen für die Herabsetzung der Steuer auf den Höchstbetrag von 3 M. — Eine für die Herren Kuratpatronen wohl nicht angenehme und unerwartete Erledigung fand der letzte Punkt der Tagesordnung, welcher die Wahl von Mitgliedern zu einem Denkmalsauschuss vorsch.

Der hiesige Arbeiterverein hat, um wohl auch seinem Dasein einen Schein von Berechtigung zu geben und um auch wohl durch eine große patriotische Tat sich ganz besonders nach oben bemerkbar zu machen, beschlossen, in Mummelsburg ein Kaiser-Friedrich-Denkmal zu errichten. Die Gemeindevertretung sollte nun aus ihrer Mitte zu diesem Denkmal-Ausbau sechs Mitglieder stellen, wodurch natürlich die Gemeindevertretung auch zugleich die Verpflichtung einer finanziellen Unterstützung übernehmen würde. Nachdem Genosse John in gebührender Weise das Unkunnige zu einer solchen Denkmal-Gründung für den Ort Mummelsburg in finanzieller und örtlicher Beziehung dargelegt hatte, sah sich nur der Herr Rechtsanwalt Bernhardt veranlaßt, noch auf sein und anderer Leute ihr patriotisches Gefühl besonders aufmerksam zu machen. Hierauf wurde der von unsen Vertretern gestellte Ablehnungsantrag gegen fünf Stimmen angenommen.

Schwabe.

Die Erziehung zur Gemeindevertretung für den seit Oktober vorigen Jahres verfallenen Sitz des Kaufmanns Lucht findet heute Dienstag, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im Rathause statt. Es muß sich bei dieser Gelegenheit zeigen, ob der redlich denkende Teil der Bürgererschaft, der bei den bisherigen Verhältnissen schon oft das Fehlen eines Vertreters der Arbeiterklasse beklagt hat, es bei dem bloßen Bedauern bewenden läßt, oder gewillt ist, für seinen Teil mit dazu beizutragen, den ersten Schritt in den Kampfzweck unserer Gemeindeparlamente einzuleiten. Unseren Parteigenossen aber noch einmal die ernste Mahnung, alles aufzubieten, um den letzten Mann heranzuziehen! Wir haben uns in erster Linie auf uns selbst zu verlassen. Dies muß um so mehr geschehen, als die diesmalige Wahl für und besonders schwierig ist, weil ein Teil unserer früheren Wähler verzogen ist und neu hinzugezogene nicht wahlberechtigt sind, da auf Grund der alten Listen gewählt wird.

Trebbin (Kreis Teltow).

Bekanntlich erklärte die letzte Stadtverordnetenversammlung die Wahl der Stadtverordneten vom 22. November vorigen Jahres für ungültig. In der nun am 9. Januar stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung fand die Neuwahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Protokollführers und deren Stellvertreter auf der Tagesordnung. Trodem vorher die Frage aufgeworfen war, ob es ratsam sei, daß nach der am 22. November erfolgten Ungültigkeitserklärung man in in die Neuwahl eintrete, beschloß die aus 16 Personen bestehende Versammlung, dieselbe vorzunehmen. Bei der nun erfolgten Vorsteherwahl existierten bei einer Stimmenthaltung auf den bisherigen Vorsteher und dessen Stellvertreter je 7 Stimmen. In der Stichwahl wurde der stellvertretende Vorsteher Mathenow mit 8 gegen 7 Stimmen, die auf den bisherigen Vorsteher Haase entfielen, gewählt. Als Stellvertreter wurde Stadt. Vinge gewählt. Als Schriftführer wurde Stadt. Jenger wieder, und Stadt. Köppen neugewählt. In Protokollführern wurden die Stadtverordneten Haase und Müddel gewählt, nachdem dieselben unter den verschiedensten Einwänden bereits abgelehnt hatten.

Rosowes.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung nahm von einem Schreiben der Eisenbahnverwaltung Kenntnis, welches sich mit dem Antrage der Gemeindevertretung auf Höherlegung des Bahnhofs und Beschaffung einer besseren Verbindung mit Potsdam und Berlin beschäftigte. Danach lehnt es die Eisenbahnverwaltung grundsätzlich ab, die durchgehenden Züge in Rosowes halten zu lassen, da nach ihrer Meinung die Verbindung mit Berlin und Potsdam genügend ist, was sie durch statistische Ausführungen zu beweisen sucht. Im übrigen solle sich die Gemeindeverwaltung innerhalb sechs Wochen äußern, welchen Betrag sie zu den Kosten der Höherlegung des Bahnhofs trotz der Ablehnung der Errichtung einer Haltestelle für die Vorortzüge beitragen wolle. Die Angelegenheit wurde der Finanz- und Begegnungskommission zur Vorberatung überwiesen. — Die Anlieger der westlichen Lindenstraße, in welcher ein geteilter Fahrdamm hergestellt werden soll, haben eine Petition an die Gemeindevertretung gesandt, in der sie sich gegen den vorläufig aufgestellten Kostenverteilungsplan für die Pflasterung äußern und um Abänderung desselben ersuchen. Nach dem aufgestellten Plan hätten sie höhere Beiträge zu leisten wie die Anlieger der östlichen Lindenstraße, in welcher nur ein einfacher Fahrdamm hergestellt werden soll und somit die Regulierung billiger zu stehen kommt. Da die Deckelung des geteilten Fahrdammes nicht im Interesse der Anlieger, sondern der Gemeinde liege, so fänden sie sich nicht veranlaßt, höhere Beiträge zu leisten wie die Anlieger der östlichen Lindenstraße. Die Vertretung beschloß, die Beratung über die Petition bis zur definitiven Festsetzung des Kostenverteilungsplanes auszusetzen. — Nach der Neuaufnahme in den Volksschulen ist die Errichtung einer neuen Leberstraße notwendig geworden, wozu die Mittel von der Vertretung bewilligt werden. — Zur Pflasterung der Lindenstraße, welche im westlichen Teil mit Kupferblechsteinen ausgeführt werden sollte, muß anderes Material herbeigeholt werden, da die Firma Werner, Leipzig, welche Generalvertreterin sämtlicher Werke ist, die Kupferblechsteine herstellen, nicht in der Lage ist, im Laufe des Sommerhalbjahres diese Steine zu liefern. Um die Pflasterung der Lindenstraße im Frühjahr zu ermöglichen, beschloß die Vertretung, für die Strecke von der Wilhelmstraße bis zum Thälischen Grundstück Granitpflaster von Reichenstein herstellen zu lassen, welches von der Firma Worch u. Co. zum Preise von 7,50 M. pro Quadratmeter bezogen werden soll. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung betreffen nur kleinere Vorlagen. — In der nächsten Sitzung wird die Gemeindevertretung sich noch einmal mit der Frage der Neubenennung unseres Ortes befassen. Die bürgerlichen Vertreter haben wahrscheinlich an der ersten Abfuhr, die sie sich in dieser Sache von der Regierung geholt haben, noch nicht genug, und wollen nochmals an die maßgebenden Behörden um Neubenennung des Ortes mit einem deutschen Namen petitionieren. Da der jetzige böhmische Name „Rationalgeheiß“ beleidigt; ob sie diesmal Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Bei jedem ernsthaften Menschen kann dies Gebären natürlich nur Kopfschütteln erregen.

Potsdam.

In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung beglückwünschte Oberbürgermeister Passberg die neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten und wies auf die Wichtigkeit ihrer Aufgabe hin. Pflicht eines Stadtverordneten sei vor allen Dingen, sich losgelöst von allen Partei- und Vereinsinteressen, am Gemeinwohl zu betätigen. Nachdem er dann den Neugewählten durch Handschlag das Versprechen abgenommen, im Interesse der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu arbeiten, und ihnen hierbei die übliche goldene Amtskette überreicht hatte, ergriff Stadtverordnetenvorsteher Bolle das Wort, um seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die neuen Stadtverordneten aus allen Ständen hervorgegangen seien, so seien Gelehrte, Beamte und Geschäftsmänner unter ihnen (den Arbeiterstand rechnet man hier nicht mit, denn der hat keine Nummer). Bei der Bureauwahl wurden die Stadtverordneten Bolle, Vorsteher; Pauli, Vorsteherstellvertreter; Schmöder, Schriftführer und Töpfer, Beisitzer, wiedergewählt. In einer Auseinandersetzung gab eine Eingabe beschiedener Pensiongeber Veranlassung, in der die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, dem Rangel an Platz in den hiesigen höheren Lehranstalten abzuwehren, damit mehr Schüler von außerhalb untergebracht werden könnten. Beschlossen wurde schließlich, die Sache dem Magistrat als Material zu überweisen. Unter anderem stand auch die Umwandlung der katholischen Schule in ein schulpflichtiges Schulsystem auf der Tagesordnung. Dieser Punkt wurde einer Kommission zur Bearbeitung überwiesen.

Zweiter Wahlkreis. Die Bezirksführerschaft bei Habel fällt aus; die Bezirksführer haben sich um 8 Uhr in ihren Abteilungslokale einzufinden.

Aus der Frauenbewegung.

Gefährliche Plakate.

Zu den letzten rühmlichen Taten der Ordnungsmenschen gehört auch das Abkragen etlicher tausend roter Plakate. In aller Stille hatten tapfere Genossinnen den Plan gefaßt, die Berliner Bevölkerung Sonntag früh auf die Parole des Tages aufmerksam zu machen. Sie liehen eine stattliche Auflage Plakate drucken mit der Aufschrift:

Nieder mit dem Dreiklassenparlament!

Sher mit dem freien Wahlrecht für Männer und Frauen!

Und nach Mitternacht konnte man in den verschiedenen Stadtteilen Frauen, mit dem Meißeltopf bewaffnet, lustig an der Arbeit sehen. Gänge, Masten und öffentliche Gebäude wurden zur Feier des Tages mit den roten Plakaten verziert. Jedoch das Auge der „Ordnung“ warnte. Mit Tagesanbruch waren die staatsunfähigen Plakate fast überall wieder abgerissen, teilweise sogar sehr sauber heruntergekratzt. Greusen wurde doch noch einmal gerettet. Unter den wenigen Plakaten, die der staatsretterischen Abtraherei entgangen waren, gehörte merkwürdigerweise auch das, welches an einem Granitpfeiler des Bitterwerks vor dem Kriminalgericht angeklebt worden war. An diese heilige Stätte haben sich die Ordnungsarbeiter wohl nicht herangewagt.

Auch am Sonntag in den Demonstrationen, besonders in denen aus dem 6. Wahlkreise, waren die Frauen stark vertreten. Bei einer Attacke der Schupmannschaft in der Rosenstraße wurde auch eine Frau mißhandelt. Ein „Sau“mann verleierte ihr einen Schlag auf den Kopf, daß der Haarlampe tief eindrang. Auch Kinder, die zur Eisbahn wollten, sind mißhandelt worden. Mit solchen Taten wird man dauernd das Privilegiertenrecht in Preußen nicht halten.

Die liberalen Frauen — demonstrieren.

Von der liberalen Frauenpartei geht und folgende Mitteilung zu: Die am 11. Januar 1908 verammelte Liberale Frauenpartei bedauert auf tiefste die Ablehnung der geheimen Wahl seitens der Staatsregierung, da nur durch diese Wahlreform die Freiheit der Wahl für breite Schichten der Bevölkerung gesichert ist. Sie spricht ferner die Erwartung aus, daß bei der nunmehr geschaffenen Sachlage die Liberalen aller Richtungen sich zur Erhebung einheitlicher, praktischer Forderungen verbinden, um endlich dem Arbeiterstande einen Anteil an der preussischen Volksvertretung zu erringen. —

Die Herren Liberalen, die sich vor aller Welt von der preussischen Regierung und ihrem Vorkanzler wie dumme Jungen behandeln lassen, werden sich wegen der Mahnung der liberalen Frauen sicher nicht in Unkosten fügen. Hebrigens hätten die liberalen Frauen nicht ganz übersehen sollen, daß die Forderung des Frauenwahlrechts sowohl von der Regierung als auch von sämtlichen bürgerlichen Parteien einfach ignoriert worden ist.

Frauenwahlrecht in Dänemark.

Für die dänischen Provinzstädte und Landgemeinden gilt das Zweiklassenwahlrecht zu den Gemeindevertretungen, während in Kopenhagen das kommunale Wahlrecht zwar gleich, jedoch an ein Steuerereinkommen von mindestens 1000 Kronen gebunden ist. Die weibliche Hälfte des Volkes ist dort wie hier gänzlich wahlrechtlos in staatsbürgerlicher Hinsicht.

Besprochen wurde dem dänischen Volke das allgemeine gleiche Gemeindevahlrecht schon bei dem „liberalen Systemwechsel“ im Jahre 1901, als der alte König Christian sich endlich, nach dreißig-jährigem Kampfe gegen die Oppositionsparteien, entschloß, ein der Forderungsbereitschaft entsprechendes Ministerium zu ernennen. Dem Reichstag Dänemarks liegt auch schon seit Jahren ein Regierungsentwurf vor, der das allgemeine gleiche Gemeindevahlrecht bringen soll, und zwar auch für die Frauen. Dieser Entwurf ist auch vom Folkething, der auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts der über 30 Jahre alten Männer gewählten zweiten Kammer des Reichstags, angenommen worden, jedoch bisher am Widerstand des Landsthings, der nach dem Zweiklassenrecht gewählten ersten Kammer, gescheitert. Noch im Jahre 1906 entschied sich das Landsting mit 30 Stimmen bei 24 Stimmenthaltungen für Beibehaltung des kommunalen Zweiklassenwahlrechts, sowie für Beibehaltung des Steuerzensus in Kopenhagen. Inzwischen scheint die Stimmung sich nun doch etwas geändert zu haben. Wie ein Telegramm aus Kopenhagen meldet, ist in dem Landstingsauschuß, der sich mit der Regierungsvorlage zu befassen hat, ein Uebereinkommen zwischen den Vertretern der Freisinnigen, der Regierungspartei und der Gemäßigten Liberalen zustande gekommen, das die Einführung des allgemeinen gleichen Gemeindevahlrechts für Männer vom 25. Lebensjahr ab zu sichern scheint. Die Wahlen sollen nach einer proportionalen Methode vorgenommen werden. Das Uebereinkommen hat jedoch mindestens einen Vorbehalt. Man will zu den höheren Kommunalämtern, den Amtsräten, die über den ländlichen Gemeindevertretungen, die über den Kirchspielräten, stehen und jetzt von diesen gewählt werden, den größten Steuerzensus ein direktes Wahlrecht geben, so daß sie immer noch ein Drittel statt bisher die Hälfte der Wahlmänner bilden. Ein Privilegierten- oder Klassenwahlrecht soll also für diese Körperschaften beibehalten, oder in neuer Form geschaffen werden.

Kommt auf Grund dieses Uebereinkommens die kommunale Wahlrechtsreform im Landsting zustande, so wird sie in derselben Form vielleicht auch im Folkething eine Mehrheit finden. Die Einführung des allgemeinen Gemeindevahlrechts für die Frauen wäre damit gesichert, ebenso die Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts in den Gemeinden bis auf das Privilegiertenwahlrecht zu den Amtsräten, das ein Zugeständnis an die Reaktion ist und den Wert der ganzen Reform beeinträchtigt.

Betrachtet man den Vergleich, den die Vertreter der Regierungspartei mit denen der anderen reaktionären Parteien geschlossen haben, genauer, als es nach dem Telegramm möglich war, dann erkennt man erst recht, mit welcher schweren Lasten an die Reaktion die Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts wie die Einführung des Gemeindevahlrechts und des Frauenwahlrechts erkaufte werden sollen. Es soll zunächst das Wahlrecht davon abhängig gemacht werden, daß man mindestens ein Jahr lang vor dem Steuerjahr, in dem die Wahl stattfindet, in der Kommune anständig war. Da die Kommunalwahlen im März stattfinden, die Unzugänglichkeit für das Landproletariat aber auf den 1. Mai und 1. November fallen, diese Daten aber nicht mit dem Beginn des Steuerjahres übereinstimmen, muß ein Landarbeiter, Dienstmagd oder eine Dienstmagd tatsächlich zwei bis drei Jahre in einer Kommune wohnen, ehe sie das Wahlrecht haben. Nach der jetzt noch geltenden Wahlrechtsordnung genügt es, daß man ein Jahr lang vor Stattfinden der Wahl in der Kommune wohnt. Des weiteren sollen die Gemeindevertretungen jedes vierte Jahr neu gewählt werden, während jetzt in den Provinzstädten und Landgemeinden in kurzen Zwischenräumen je die Hälfte der Vertreter ausscheidet. In Kopenhagen, wo jetzt jedes Jahr sechs von den 42 Vertretern neu zu wählen sind, würden danach auch nur jedes vierte Jahr Kommunalwahlen stattfinden. Als drittes Zugeständnis an die Reaktion folgt dann das direkte Amtsratswahlrecht der Höchststeuernden

in den Landgemeinden. Das schlimmste ist jedoch, daß man das Selbstverwaltungrecht der Gemeinden einschränken will, um die Wohlhabenden vor Steuererhöhungen so weit wie möglich zu schützen. Für Kopenhagen, das dringend einer Erweiterung seines Besteuerungsrechtes bedarf, soll das jetzt geltende Maximum von 2 1/2 Proz. vom Steuereinkommen bestehen bleiben. Für die Stadt- und die Kirchspielorte soll das Recht, die Kommunalsteuern zu erhöhen, in der Weise eingeschränkt werden, daß z. B. eine Stadt wie Aarhus, wo in den letzten vier Jahren die Erhöhungen der Vermögens- und Grundsteuer 170 000 Kronen ausmachten, 110 000 Kronen das Maximum sein müßte. Befähigt müssen die Einschränkungen, die nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern oder des Amtsrates überschritten werden können, in anderen Kommunen wirken zum Schaden der Entwicklung der Städte und Orte.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Märshof. Dienstag, 14. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Böllstein, Widmarkstraße 24. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen.“
Reinickendorf. Mittwoch, den 15. Januar, bei Hoffmann, Sec- und Regierstr. 10. Gemütliches Beisammensein.
Saundhausen. Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Christ. Marienhalerstraße. Generalversammlung. Vortrag: Genosse Bartel: „Die Geschichte der Schrift.“ Bericht und Neuwahl des Vorstandes.
Königsackerhagen und Wilbau. Mittwoch, den 15. Januar bei Schumann, Wilbau. Generalversammlung. Bericht der Vorsitzenden und Kassiererin. Neuwahlen des Vorstandes. Vereinsangelegenheiten.
Brieg. Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Weniger, Brigg, Werberstraße. Vortrag. Genosse Dr. Schütte: „Schule und Haus.“
Mummelsburg. Sonntag, den 19. Januar, 5 1/2 Uhr bei Tempel Alt-Vorhaben 56. Vortrag: Herr Schriftsteller Hugo Fründ. Regitation usw. Nachher gemütliches Beisammensein.
Charlottenburg. Mittwoch, den 22. Januar, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kohnenstraße 3. Vortrag des Genossen Philipp Duff: Naturheilkunde.

Vermischtes.

Das Ende des Kassierers. Wie eine Meldung aus München besagt, ist der seit vorgestern verschwundene Geschäftsführer der Raumbelmer Dorlebenskasse, Mayer, vorgestern von Spaziergängern im Kedarauer Walde tot aufgefunden worden. Mayer hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht.

Begnadigt. Nach einer Meldung aus München hat der Prinzregent den zum Tode verurteilten ehemaligen Direktors David Niederhofer zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Starke Kälte, 24 Grad Celsius, herrscht, wie eine Meldung aus Sigmaringen besagt, in Hohenzollern. Es ist viel Schnee gefallen und die Donau und ihre Nebenflüsse sind gefroren.

Unglück beim Rodeln. Aus Soden (Taunus) wird von gestern gemeldet: Beim Rodeln hat sich auf der Straße Königlein-Neubain-Soden ein schwerer Unglücksfall ereignet. Ein mit sechs Personen besetzter Schlitten rannte gegen einen Baum. Zwei Insassen namens Bodenheimer und Christ, junge Leute aus Soden, wurden auf der Stelle getötet, während ein dritter namens Gamsch auf dem Wege zum Hospital starb. Von den drei übrigen wurden einer schwer, die beiden anderen leicht verletzt.

Eingegangene Druckschriften.

Kultur und Fortschritt. Heft 133. Der österrösch-ungarische Adel. Von F. Gerner. — Heft 134. Vereins- und Verammlungsrecht. Von Dr. jur. H. Eiler. — Heft 135. Das Frauenwahlrecht in den verschiedenen Ländern. Von Adelt. v. Weizel. — Heft 136/37. Die Berufstätigkeit des weiblichen Geschlechts. Von Henriette Käth. — Heft 139/39. Soziales Strafrecht. Von Dr. jur. S. Weinberg. — Heft 140. Die Lage und Entwicklung der italienischen Industrie im Vergleich zu den übrigen. Von L. Balet. — Heft 141. Die Wohnungsaufsicht. Von S. v. Kalkstein. Einzelheft 25 Pf., Doppelheft 50 Pf. — Die Welt von der man nicht spricht. Von A. Papprik. 60 Pf. Verlag J. Dietrich in Gießen bei Leipzig. —
Votereform. Nr. 1. 1908. Herausgegeben von A. Damaschke. Verlag J. Neumann, Neudamm. Berlin SW. 48.
Mundarten unterhaltende Habeln in Versen. 1,50 M. Selbstverlag in Wandsbeck l. B.
„Muskamppe“. Monatlich ein Heft. 50 Pf. Verlag von S. Schöps u. Co. in Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Als juristische Beantwortung der Linderstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100 Habeln 1. wochentlich von 7, bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren 7 M. Sonnabend beginnt die Beantwortung um 6 Uhr. Jeder Anfrager in ein Buchstabe und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Billige Antworten erge man in der Beantwortung vor.

G. Stern. Nicht vergessen. — M. G. 4. C. Aufsorge muß! Weizel, Neudamm-Allee 27. — M. G. 23. Nähere Mitteilungen folgen. — 2. 58. 1. In fünf Jahren. 2. Auskunft darüber, ob bestimmte Länder wegen bestimmter Vergehen oder Verbrechen ausliefern, müssen wir grundsätzlich ablehnen, weil in der Verantwortung von der Staatsanwaltschaft und vom Reichsgericht eine Begünstigung der Straftäter erblickt ist. Eingegen steht es jedem frei, aus den Auslieferungsvorträgen, die er in öffentlichen Bibliotheken einsehen kann, sich selbst Auskunft zu geben. 3. Antworten. Auskunft über Fahrpreise und dergleichen erhalten Sie zuverlässig in den amtlichen Auskunftsstellen der Eisenbahnverwaltung (Schlesischer Bahnhof, Alexanderplatz, Friedrichstraße, Potsdamer Bahnhof, Unter den Eichen). — 21. 12. Die Verabreichung der Lösung ohne einen Schein war unteres Gericht nicht gestattet. Suchen Sie eine Freisprechung dadurch zu erzielen, daß Sie dortigen, ein Verlaß in der von Ihnen abgegebenen mehrfach erwähnten Meinung widerlegen. Ihre Grundsätze der Verordnung nicht. — 63. 100. 1. Berliner Freiwörterverein, Niederstr. 7, pt. 2. Nicht zu ermitteln. — 63. 100. 2. Stephanplatz. Die Strafe wegen Körperverletzung beträgt Geldstrafe bis 1000 M. oder Gefängnis bis zu drei Jahren. Mit der Körperverletzung mittels einer Waffe oder mittels eines hinterlistigen Uebertretens oder von mehreren gemeinschaftlich oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung bezogen, so tritt Haftstrafe von zwei Monaten bis fünf Jahren ein. Wegen der Haftstrafe empfiehlt es sich in Ihrem Fall, den Befehl eines Verteidigers nachzusuchen.

Kunstler Marktbericht der k. k. Reichs- und Provinzial-Verwaltung über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend. Preise für Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise beschränkt. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise normal. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise für Hechte niedriger, sonst wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise unverändert.

Witterungsbericht vom 13. Januar 1908.

Stationen	Baromet. hoch in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Baromet. hoch in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	772 B	3 bedeckt	1	0	Dapertau	756 BSB	4 bedeckt	—5	
Gumburg	774 BSB	2 bedeckt	—0	0	Dersdorf	759 B	1 bedeckt	—11	
Berlin	773 BSB	— bedeckt	—0	0	Scilly	762 B	4 bedeckt	—4	
Frankfurt	774 B	1 wolkenl.	—1	0	Aberdeen	764 BSB	1 bedeckt	0	
München	777 B	2 bedeckt	—18	0	Genève	769 B	1 wolkenl.	—7	
Siegen	775 B	1 wolkenl.	—5	0					

Wetterprognose für Dienstag, den 14. Januar 1908. Etwas kälter, vielwolbig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

